

Stenographisches Protokoll.

38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 10. Dezember 1946.

Inhalt.

1. Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (225 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1947 (256 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe XIII, enthaltend die Kapitel 23: Energiewirtschaft und Elektrifizierung, und Kapitel 18, Titel 8: Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Wasserkraftanlagen.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Honner (S. 1051).

Redner: Abgeordnete Kysela (S. 1054), Matt (S. 1056), Astl (S. 1059), Norbert Mayer (S. 1061) und Fischer (S. 1062).

Gruppe XII, mit dem Kapitel 22: Ernährungswirtschaft.

Generalberichterstatter: Abgeordneter Müllner (S. 1065).

Redner: Abgeordnete Appel (S. 1065), Koplenig (S. 1068), Hinterndorfer (S. 1071), Hilde Krones (S. 1074), Fink (S. 1076), Wilhelmine Moik (S. 1078), Walla (S. 1080), Rupp (S. 1082) und Gindler (S. 1086).

Gruppe XI, bestehend aus Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Spezialberichterstatter: Abgeordneter Aichhorn (S. 1088).

Redner: Abgeordnete Honner (S. 1089), Dr. Migsch (S. 1092), Kristofics-Binder (S. 1095), Dr. Häuslmayer (S. 1099), Brunner (S. 1100), Dr. Kolb (S. 1103), Wedenig (S. 1104), Seilinger (S. 1107), Weikhart (S. 1109), Springschitz (S. 1111) und Obrutschka (S. 1111).

Ausschußentscheidungen, betreffend Überprüfung der neuerteilten Gewerbeberechtigungen sowie betreffend den Wiederaufbau beschädigter Häuser und den Ersatz zerstörter Wohnungseinrichtungen (S. 1089).

Minderheitsentscheidung, betreffend die Schaffung von Bauwirtschaftsstellen (S. 1089).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.

Präsident Kunschak eröffnet die Sitzung.

Es wird in die Spezialdebatte über die Gruppe XIII des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947, bestehend aus Kapitel 23: Energiewirtschaft und Elektrifizierung, und Kapitel 18, Titel 8: Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Wasserkraftanlagen, eingegangen.

Spezialberichterstatter Honner: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat diese Gruppe des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947 in seiner Sitzung vom 22. November 1946 der Beratung unterzogen. Im Kapitel 23 handelt es sich um sparsam und bescheiden budgetierte Posten des Verwaltungsaufwandes. Die eingesetzten Summen von persönlichen und sachlichen Ausgaben umfassen nur den geringsten Aufwand, der unter Berücksichtigung unserer staatsfinanziellen Lage, der Notzeit und der notwendigen Ersparnisse an Verwaltungsaufwand erforderlich ist. Ich kann mir daher ersparen, auf dieses Kapitel ausführlicher einzugehen.

Der große Aufgabenbereich des Ministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung findet seinen Ausdruck im Titel 8 des Kapitels 18, Kassenverwaltung, der mit den Worten: Ausbau der österreichischen Wasser-

kräfte umschrieben ist. Der Ausweg, die größte Ausgabenpost des Ministeriums in einem anderen Kapitel unterzubringen, mußte gesucht werden, weil die Verstaatlichung der Energiewirtschaft trotz der von den Vertretern aller drei demokratischen Parteien übereinstimmend geäußerten Meinung sich noch immer im Stadium der Parteienverhandlungen befindet und eine endgültige Lösung der Frage noch nicht gefunden ist. Die Verstaatlichung der österreichischen Energiewirtschaft konnte im Budget daher noch nicht berücksichtigt werden. Da die Arbeiten im Rahmen des vom Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung vorgesehenen Vierjahresplanes aber dringend sind und nicht aufgeschoben werden können, bis Klarheit über die Rechtsform der Unternehmen besteht, mußte auch diesmal wieder die Bereitstellung der Mittel im Wege der Kassenverwaltung, ähnlich wie im laufenden Jahr, vorgesehen werden.

Die budgetierte Summe von 47.300.000 S ist an sich sicherlich beträchtlich. Und doch kann sie nur als außerordentlich niedrig bezeichnet werden, wenn man die zu lösenden Aufgaben in Betracht zieht. Es ist daher wichtig und notwendig, daß in der Durch-

führung des Ausbaues der österreichischen Wasserkräfte keine Hemmung eintritt und der Staat überall dort einspringt, wo die Mittel für die Fortsetzung dieses Ausbaues nicht anders beschafft werden können. Dies gilt auch dann, wenn eine einheitliche und klare Rechtslage, wie sie die Verstaatlichung schaffen könnte, noch nicht geschaffen ist. Es gilt in gleicher Weise für die Kraftwerksbauten und auch für die bedeutenden Hochspannungsleitungen, da das gegenwärtige Leitungssystem den steigenden Bedürfnissen und den erhöhten Anforderungen einer modernen Wirtschaft nicht genügen kann. Österreich ist sehr reich an Wasserkraften, reicher als fast alle anderen Länder Europas, aber leider sind diese reichen Wasserkräfte nur zum geringsten Teil ausgebaut. Wenn wir etwa die Schweiz zum Vergleich heranziehen, brauchen wir hinsichtlich unserer Wasserkräfte diesen Vergleich durchaus nicht zu scheuen; im Gegenteil, wir sind in dieser Beziehung wesentlich günstiger daran als die Schweiz. Die Schweiz jedoch hat den größten Teil ihrer Wasserkräfte bereits ausgebaut und ist, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in der Elektrifizierung viermal so weit wie wir. Wir können sie einholen, ja wir könnten die Schweiz sogar überholen, aber dazu bedarf es der energischen und zielbewußten Arbeit vieler Jahre, dazu bedarf es großer Opfer und vieler Mühe.

Elektrifizierung aber bedeutet Gewinn an Lebensfreude, Erleichterung des Lebens für die Massen der Bevölkerung, modernen Verkehr; sie bedeutet billige Energie für die gesamte Wirtschaft und damit gesteigerte und verbilligte Produktion für den Bedarf der Bevölkerung, Verbesserung der Exportmöglichkeiten und Ausbau neuer Industrien. Heute leiden wir in Österreich an Strommangel, wenigstens in den Wintermonaten, und doch exportieren wir auch heute schon einen großen Teil des in Österreich erzeugten Wasserkraftstromes und wir müssen ihn exportieren, weil in Österreich auch noch kein geeignetes System moderner Hochspannungsleitungen besteht, das den Transport und die Verteilung des Stromes im ganzen Land ermöglicht. Aber Österreich wird und muß auch in der Zukunft Stromexportland sein, es wird und muß im steigenden Maß Strom exportieren. Wir haben durchaus die Voraussetzungen dazu im Lande, und die Länder um uns brauchen Elektroenergie und werden sie uns gerne abnehmen. Der aus unseren Wasserkraften erzeugte Strom wird eines der wichtigsten Exportgüter Österreichs werden und muß es uns auch ermöglichen, einen großen Teil der Lebensmittel und der sonstigen Rohstoffe, die wir aus dem Ausland beziehen

müssen, zu bezahlen. Voraussetzung für all dies ist der Ausbau der österreichischen Wasserkräfte.

Selbstverständlich hat sich der Budgetausschuß aber nicht nur mit Zukunftsfragen, mit dem Ausbau der Wasserkräfte und dessen Planung beschäftigt, sondern auch mit der leider heute aktuellsten Frage der Energiewirtschaft, mit der gegenwärtigen Stromknappheit. Diese Stromknappheit ist eine Erscheinung, die wir nahezu in allen Ländern beobachten können, wenn sie auch nicht überall gleich drückend ist wie bei uns. Viele Haushalte, besonders in Wien, müssen tagsüber ohne Strom bleiben, viele Industrien sind in ihrer Produktion schwer beeinträchtigt. Ich muß nicht besonders betonen, welche Bedeutung das für unsere gesamte Wirtschaft hat.

Auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft ist im vergangenen Jahr viel Arbeit geleistet worden, trotz aller Schwierigkeiten in den kleinsten und in den größten Dingen. Es sind neue Werke in Betrieb genommen, Leitungen geschaffen worden, wenn auch nur behelfsmäßig, und es ist manches andere geschehen. Trotz allen Schwierigkeiten ist die Leistungsfähigkeit unserer Elektrizitätswirtschaft beträchtlich gestiegen. Wir können heute weit mehr Strom erzeugen, als wir im Jahre 1937 erzeugen konnten, und wir haben auch — man braucht nur die Jahresdurchschnittszahlen zu vergleichen — wesentlich mehr Strom erzeugt als im letzten Jahr vor der Okkupation Österreichs durch den deutschen Faschismus.

Der größte Teil unserer Elektroenergie wird aus Wasserkraft erzeugt. Aber die Wasserkräfte allein genügen nicht. Insbesondere in den Wintermonaten, während der niedrigen Wasserstände, in der Zeit der geringen Wasserführung besonders im Gebirge, muß ein beträchtlicher Teil des Stromes, den wir in Österreich brauchen, in Dampfkraftwerken erzeugt werden. Es gibt Möglichkeiten, auch durch Wasserkraftstrom im Winter mitzuhelfen, den sogenannten Spitzenbedarf auszugleichen. Dazu aber braucht man große Speicherwerke, sogenannte Jahresspeicher, und gerade daran ist Österreich, obwohl in seinen Bergen viele Möglichkeiten hierfür bestehen, außerordentlich arm. Die größten Speicherwerke, die Österreich hat, die Speicher im Bereich der III in Vorarlberg, können überdies derzeit für den innerösterreichischen Bedarf nicht herangezogen werden, weil eine Verbindungsleitung vollständig fehlt. Darum besteht auch so ein großes Interesse an dem Ausbau des Tauernkraftwerkes Glockner-Kaprun, weil dieses Werk schon in der ersten Baustufe einen großen Jahresspeicher vor-

sieht, dem in der zweiten Baustufe ein zweiter solcher Speicher folgen wird.

Zum Betrieb der Dampfkraftwerke, die wir insbesondere im Winter so dringend brauchen und die auch zur Verfügung stehen, weit mehr als im Jahre 1937, braucht man Brennstoffe, vor allem Kohle, die nur da und dort durch Heizöl ersetzt werden kann. Grob gerechnet braucht Österreich derzeit, um die wesentlichsten Bedürfnisse an Elektroenergie zu befriedigen, in jedem der Wintermonate 100.000 t Steinkohle oder die entsprechende Menge gleichwertiger Brennstoffe, um ein Fachwort zu gebrauchen: rund 100.000 t Steinkohlenbasis. Die Dampfkraftwerke Österreichs sind in der Lage, solche Mengen Kohle zu verfeuern, um daraus Strom zu erzeugen, aber die Elektrizitätswirtschaft sollte nach dem bestehenden Kohlenplan kaum mehr als ein Drittel dieser vorher genannten notwendigen Kohlenmenge erhalten. Es ist klar, daß diese Tatsache zu weitestgehenden Stromsparmaßnahmen, zu schwersten Einschränkungen führen muß. Noch ärger wird die Situation dadurch, daß, wie berichtet wurde, nicht einmal diese planmäßigen Brennstoffmengen den Dampfkraftwerken zur Verfügung gestellt wurden, die zum Beispiel im Oktober nur etwa 60 Prozent dieser Planmenge tatsächlich erhalten haben.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf die Ursachen dieser Kohlenkrise, ich möchte fast sagen, Kohlenkatastrophe, hier einzugehen. Ich mußte diese Tatsachen hier nur erwähnen, weil sie notwendig sind, um die derzeitige Stromsituation verstehen zu können. Gegenwärtig, im Winter, erzeugt Österreich in seinen Wasserkraftwerken rund 90 Millionen Kilowattstunden im Monat, während die Dampfkraftwerke rund 50 Millionen Kilowattstunden erzeugen. Eben diese Dampfkraftwerke aber könnten, wenn sie die notwendige Kohle erhielten, 170 Millionen Kilowattstunden im Monat erzeugen, also um 120 Millionen Kilowattstunden mehr als gegenwärtig, um damit nicht nur die heuer wegen der geringen Niederschläge besonders ungünstige Wassersituation auszugleichen, sondern auch den wesentlichen, stark gestiegenen Bedarf Österreichs vollauf zu befriedigen. Würden wir die Dampfkraftwerke voll einsetzen können — die technischen Voraussetzungen dafür wären gegeben —, dann gäbe es in Österreich keinerlei Stromkrise und keine irgendwie nennenswerte Stromknappheit. Ich habe wohl recht, wenn ich die Kohlenkrise, oder besser gesagt Kohlenkatastrophe, als das Entscheidende bezeichnet habe. Diese Situation aber und vor allem auch die Ziffern zeigen auch, wie wichtig und bedeutsam es ist, daß wir zu einem günstigeren Ausbau unserer Was-

serkräfte kommen, der uns in der Stromerzeugung von der Kohle weitgehend unabhängig machen könnte.

In meinem Bericht habe ich versucht, in einer kurzen Zusammenfassung das Wesentliche darzulegen. Ich glaube, daß die Bedeutung der Elektrizitätswirtschaft dem Hohen Hause vollauf bewußt ist. Es weiß, daß auf diesem Gebiete vieles geleistet wurde. Es weiß aber auch, daß uns noch sehr große Aufgaben bevorstehen. Sie zu lösen, bedarf es der sachlichen Zusammenarbeit aller, der Bereitschaft, Österreich zu dienen, und der Gewißheit, daß die Früchte all der Mühe und all der Opfer, die gebracht werden müssen, dem österreichischen Volke zufallen werden.

Ein wesentlicher Schritt auf diesem Wege wird darum die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und der Energiewirtschaft überhaupt sein. Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in seiner Debatte am 22. November 1946 mit diesen grundsätzlichen Fragen der Elektrizitätswirtschaft, mit der Frage des Ausbaues unserer Wasserkräfte, der Planung für die nächsten Jahre und für eine fernere Zukunft, mit den Fragen der Lastverteilung, der Aufteilung der verfügbaren Strommenge auf die einzelnen Bundesländer und auf die einzelnen Gruppen von Stromabnehmern und mit einer Reihe konkreter Einzelfragen beschäftigt.

Auf die sachlichen Fragen ist der Herr Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung im Finanz- und Budgetausschuß eingegangen und hat in einer Darstellung unter Hinweis auf den Bericht, den er vor kurzem im Energiewirtschaftsausschuß des Hohen Hauses erstattet hat, zu den einzelnen sachlichen Fragen Stellung genommen. Es obliegt mir nicht, hier die sachliche Darstellung zu wiederholen oder auf die einzelnen Ausführungen im Finanz- und Budgetausschuß näher einzugehen. Ich darf nur sagen, daß die Bedeutung der Energiewirtschaft für Österreich zweifelsohne außerordentlich groß ist und daß aller Anlaß besteht, der Elektrizitätswirtschaft alle Förderung zu geben, die sie braucht, worunter ich aber nicht nur die finanziellen Mittel verstehe, die dieses Budget in sehr bescheidenem Maße vorsieht, sondern vor allem auch die allgemeine Förderung, jetzt konkret insbesondere die Beistellung der nötigen Kohlenmengen, ohne die die Kraftwerke und Leitungen, für die die Elektrizitätswirtschaft verantwortlich ist, unserer Wirtschaft und unserem Volk nicht die nötigen Strommengen geben können. Ich weiß, daß die Kohlenfrage weit über das Gebiet der Elektrizitätswirtschaft hinaus eine Frage unserer allgemeinen Wirtschaftspolitik ist,

der Wirtschaftspolitik im Inneren und eine Frage der Handelspolitik, und daß sie nicht im Rahmen der Elektrizitätswirtschaft allein gelöst werden kann. Ich weiß aber auch, daß gerade für Österreich die Elektrizitätswirtschaft eine so große Bedeutung hat, daß sie eine der wichtigsten Fragen der gesamten Wirtschaftspolitik unseres Landes sein muß. Die finanziellen Mittel, die der Bundesvoranschlag für die Elektrizitätswirtschaft vorsieht, sind jedenfalls außerordentlich bescheiden, und die Ansätze zeigen von allergrößter Sparsamkeit.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich daher den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 23: Energiewirtschaft und Elektrifizierung, und dem Kapitel 18, Titel 8: Bereitstellung von Mitteln für den Bau von Wasserkraftanlagen (außerordentlicher Aufwand), des Bundesvoranschlages für das Jahr 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Abg. Kysela: Hohes Haus! Bei der Behandlung des Kapitels 23, Energiewirtschaft und Elektrifizierung, in der Budgetberatung für das Jahr 1946 im heurigen Frühjahr gab es keine Debatte. Das Kapitel wurde damals nach dem Bericht des Herrn Abgeordneten Honner ohne weitere Stellungnahme von allen Parteien zur Kenntnis genommen. Man schenkte diesem Teil des Budgets scheinbar nicht die notwendige Aufmerksamkeit, die das Kapitel, wie in den letzten Wochen bitter festgestellt werden mußte, infolge seiner Wichtigkeit für die Wirtschaft und den Aufbau unseres Staates wohl verdient hätte. Heute, glaube ich, hat sich hier eine Wandlung vollzogen. Denn als vor einigen Wochen die alarmierende Meldung durch die Presse ging, es gebe keinen Strom, als der Straßenbahnverkehr in Wien stillstand, als die Betriebe ohne elektrische Energie waren, da hat sich gerade die Wichtigkeit dieses Sektors innerhalb unserer Wirtschaft gezeigt.

Die lange Trockenheit begann sich auszuwirken, und unsere Stromversorgung, die Stromversorgung Gesamtösterreichs, wurde dadurch schwer beeinträchtigt. Zu anderen Zeiten war das keine besondere Angelegenheit. Man schaltete auf die kalorischen Werke um, und der Ausgleich war wieder hergestellt. Doch diesmal fehlten dazu die nötigen Heizstoffe, wie Kohle und Öl. Der Berichterstatter Abgeordneter Honner hat schon in seinem heutigen Bericht auf diese Kohlenverhältnisse hingewiesen. In normalen Zeiten hatten die E-Werke zum Beispiel 150.000 t

Kohle im Herbst lagernd. Heute sind es bloß 2600 t, also nur ein Bruchteil dessen, was unbedingt notwendig ist. Wohl wurde ein Teil des E-Werkes auf Ölfeuerung umgestellt, aber gerade in dieser kritischen Zeit gab es auch das Öl nicht, obwohl Österreich ein ölproduzierendes Land ist. Heute kann man feststellen, daß Öl für diesen Zweck wieder vorhanden ist, und wir alle hoffen, daß es hier keine Schwierigkeiten mehr gibt.

Jeder moderne Wirtschaftler weiß, daß die Energie, ganz egal woraus sie gewonnen wird, ob aus Kohle, Öl oder aus der Wasserkraft, das Blut der Wirtschaft, das Grundelement unseres komplizierten Lebens ist. Das Ministerium für Energiewirtschaft scheint aber auf diese Trockenheit nicht rechtzeitig geachtet zu haben. Übrigens weiß man ja aus alter Erfahrung, daß mit Einbruch des Winters die Kapazität der Wasserkraftwerke immer sinkt. Deshalb hätte der Bundesminister dieses Ressorts seinen Kollegen vom Handelsministerium auf diese Gefahr rechtzeitig aufmerksam machen müssen, damit dieses Ministerium rechtzeitig für die Beschaffung der Heizstoffe sorgt. Scheinbar weiß auch hier die Rechte nicht, was die Linke braucht. Wir hören und lesen, daß unsere Kollegen auf der einen Seite sehr viel von Planung reden. Die andere Seite hat dieses Wort wie auch das Wort Verstaatlichung zur Zeit der Befreiung und der Wahlpropaganda viel gebraucht, heute aber schon aus ihrem Wortschatz gestrichen und dem Vergessen anheimgestellt.

Für uns aber sind zu dem Hunger und den kalten Wohnungen die Finsternis, stillgelegte Betriebe und verkürzte Arbeitszeit gekommen. Letzteres wäre bei dieser Kalorienzuteilung vielleicht noch zu ertragen, aber wir wissen, daß Arbeit und wieder Arbeit die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau Österreichs ist.

Wiens Bedarf an Strom beträgt derzeit ungefähr 2,5 Millionen Kilowattstunden. Durch das Verbundnetz erhält Wien derzeit 1 Million Kilowattstunden, an kalorischem Strom erzeugt Wien selbst, zum Teil mit Kohle und zum Teil mit Öl, ungefähr 600.000 Kilowattstunden, zusammen also insgesamt 1,600.000 Kilowattstunden. Wir haben also um ungefähr 900.000 Kilowattstunden weniger, als wir nötig hätten, um Wirtschaft und Haushalt voll zu beliefern. Die Industrie erhält um 35 Prozent weniger Strom, als sie braucht. Was das bedeutet, darüber hat ja auch der Berichterstatter schon einiges gesagt. Und wie eng dies mit der Wirtschaft, mit dem Handel und so weiter verbunden ist, meine Damen und Herren, darüber soll gerade vom Standpunkt Österreichs nun kurz gesprochen werden.

Wir wissen, es fehlt uns nicht nur an Nahrung, es fehlen uns vor allem auch die notwendigen Bedarfsgegenstände, es fehlen uns Konsumgüter aller Art und es fehlen uns Kompensationsgüter zum Tausch. Wenn die Industrie und wenn das Gewerbe mit ihren ohnehin infolge Facharbeiter- und Rohstoffmangel geringen Leistungen noch um ein volles Drittel ihrer Kapazität eingeschränkt werden mußten, so bedeutet dies eine weitere Verschärfung unserer angespannten wirtschaftlichen Lage, es bedeutet aber auch, daß sich die Schere zwischen Geld und Ware nicht schließt, sondern weiter öffnet und so der Inflation Tür und Tor öffnen kann. Dies ist die eine Seite.

Aus der Budgetierung kann entnommen werden, daß 473 Millionen Schilling im außerordentlichen Aufwand vorgesehen sind, um im Jahre 1947 den Ausbau der Wasserkraftwerke fortzusetzen oder einige Wasserkraftwerke fertigzustellen. Aus den Berichten hiezu ist zu entnehmen, daß hiezu 117 Millionen Schilling vorgesehen waren. Wie es heißt, aus Ersparungsgründen wurde diese oben genannte Summe auf 47 Millionen Schilling herabgesetzt. Andererseits sind im Kapitel 15, Soziale Verwaltung, unter Titel 3, Paragraph 2, für Ausfallvergütung bei Kurzarbeit 6 Millionen Schilling für das heurige Jahr ausgewiesen. Diese Summe wird sich heuer um 2 Millionen Schilling auf 8 Millionen Schilling erhöhen, weil die Kosten der entfallenden Arbeitszeit dem Arbeiter ausbezahlt und dem Unternehmer zurückerstattet werden müssen. Aus diesem Titel wird das Ministerium im nächsten Jahr für die Monate Jänner, Februar und März mit den veranschlagten 6 Millionen sein Auslangen nicht finden. Es werden wenigstens 24 Millionen Schilling zu dieser Summe dazugegeben werden müssen. Insgesamt werden für diese drei Monate also 30 Millionen Schilling als Rückerstattung an die Unternehmer ausbezahlt werden müssen. Für das vergangene Jahr und das kommende sind dies zusammen 38 Millionen Schilling. Abgesehen davon, was der Entfall an Arbeitskraft und Ware an Volksvermögen kostet und nicht so leicht in Schillingen ausgedrückt werden kann, bedeutet dies einen zusätzlichen Verlust der Volkswirtschaft. Andererseits gehen Millionen Schillinge der Wirtschaft verloren, worauf ich hier nicht näher eingehen will.

Ich habe im Frühjahr anlässlich einer Debatte hier erklärt, die Voraussetzung einer guten Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaft. Vor einigen Tagen sind im Sozialausschuß bei der Debatte über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Renten um

50 Prozent von den Vertretern der Volkspartei dem Sozialminister die allergrößten Schwierigkeiten bereitet worden. Andererseits befinden sich im Kapitel 15, wie ich schon erwähnt habe, unter dieser Summe die 38 Millionen Schilling, die zur Auszahlung gebracht werden müssen. Auf der einen Seite kann man sehen, daß für die notwendigen Unterstützungen die Mittel nicht oder nur schwer aufgebracht werden können, auf der anderen Seite muß man feststellen, daß durch eine nicht planmäßige Wirtschaft ungeheure Summen wegen der Fehler verloren gehen, die in der Wirtschaft geschehen. Wir haben ja darauf hingewiesen, daß eine planvolle Wirtschaft auch die Verstaatlichung voraussetzt.

Was ist nun bis heute geschehen? Nichts oder fast nichts. Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß schon in der vorjährigen Budgetdebatte die Vertreter aller drei Parteien die Notwendigkeit der Verstaatlichung erkannt und ihr zugestimmt haben. Es muß daher nachdrücklichst wieder verlangt werden, daß die Verstaatlichung in diesem Sektor endlich durchgeführt wird. Dem Länderpartikularismus in der Frage der Wasserkraftwerke muß ein Ende gemacht werden. Hier geht es um die Interessen von ganz Österreich. Ich habe im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß auch bei der Verteilung des Stromes auf die Interessen Wiens und Niederösterreichs mehr Rücksicht genommen werden muß. Nicht nur Tirol hat sich elektrifiziert und seine Elektrizitätswirtschaft ausgebaut, auch Wien braucht mehr Strom. Der Verbrauch Wiens gegenüber 1937 mit 380 Millionen Kilowattstunden ist bis heute auf 510 Millionen Kilowattstunden gestiegen. Wien hatte im Jahre 1937 rund 500.000 Abnehmer, heute sind es 720.000 Abnehmer. Für den Haushalt in Wien dürfen derzeit täglich durchschnittlich nur 0,6 Kilowattstunden verwendet werden. In Tirol verwendet man heute noch 2 bis 3 Kilowattstunden. Der Herr Bundesminister wird deshalb gebeten, dafür zu sorgen, daß durch den Bundeslastverteiler ein besserer Ausgleich herbeigeführt wird.

Abschließend soll gesagt werden: Es ist höchste Zeit, daß mit den Halbheiten endlich Schluß gemacht wird. Wir können es uns auf die Dauer nicht leisten, von Zufälligkeiten zu leben. Hätte vor 14 Tagen nicht Regen eingesetzt, es gäbe heute eine ganz große Katastrophe in der Versorgung Österreichs mit Strom. Vom Bundesministerium für Energiewirtschaft verlangen wir mehr Energie und Kraft. Wir Sozialisten aber werden es mit allen Mitteln in seiner Arbeit unterstützen und stimmen daher für dieses Kapitel. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Matt: Hohes Haus! Die Behandlung der Budgetpost Energiewirtschaft und Elektrizifizierung verpflichtet uns, die Tätigkeit des Ministeriums einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Wir haben von dieser Tätigkeit schon sehr oft in den Zeitungen lesen können, von seinen Absichten und Plänen so manches gehört, leider haben wir aber gerade auf diesem Sektor noch wenig Taten und Erfolge gesehen. Aber nach den hoffnungsvollen Berichten zu Beginn dieses Jahres und nach der Versicherung, daß die Stromsparmaßnahmen sich in diesem einschneidenden Ausmaß nur auf den Winter 1945/46 erstrecken werden, sind wir in diesem Winter in die unangenehme Lage versetzt, vor einer Krise der Energiewirtschaft zu stehen, deren Ausmaß für die große Allgemeinheit unverständlich erscheint und in vielen Fällen nicht begriffen wird.

Es ist vielleicht ein grundlegender Fehler gewesen, daß das Energieministerium nicht von Haus aus der Bevölkerung mitgeteilt hat, daß die Elektrowirtschaft unseres Heimatlandes wohl zu berechtigter Hoffnung Anlaß gibt, daß aber alle diese Kraftquellen, die in unseren heimischen Wasserkraften schlummern, zum Großteil erst zu erschließen sind. Die bisherigen Leistungen und Arbeiten auf diesem Gebiet sind erst als Anfang zu betrachten. Wenn wir die Pläne, die das Energieministerium mit dem Ausbau der Großkraftwerke Kaprun und Ybbs-Persenbeug verfolgt, überblicken, werden sie es bei hundertprozentiger Verwirklichung und Fortsetzung des gleichen Tempos erst in 20 Jahren dorthin bringen, wo die Schweiz in der Energiewirtschaft heute steht.

Das sind nüchterne Zahlen und nüchterne Tatsachen, die man feststellen muß, um vor Enttäuschungen bewahrt zu werden, denn sonst ist es unvermeidlich, daß die Bestürzung und Depression im privaten und wirtschaftlichen Leben so große Formen annehmen muß, wie es heute der Fall ist. Es ist dann unvermeidlich, daß viele ernst zu nehmende Kreise die Frage aufwerfen, ob das nicht Sabotage am Wiederaufbau ist. An dieser Stimmung ist im besonderen Maße die falsche Propaganda des Energieministeriums schuld. Man soll nicht immer von den Großkraftwerken und ihrem Ausbau sprechen, wenn man feststellen muß, daß der Ausbau im Jahre 1946 teilweise überhaupt unmöglich und teilweise nur in zu geringem Maße zu verwirklichen war. Ich gestehe, daß das Jahr 1946 ein sehr regenarmes Jahr war, aber ich stelle fest, daß gerade das Energieministerium ja ein Musterbeispiel von planungsvoller Arbeit sein soll, weil wir gerade von den Parteifreunden des Energieministers

nichts anderes hören, als planvolle Tätigkeit, planvoller Aufbau und Planung im Großen und im Kleinen. Nun muß ich aber feststellen, daß schon im Juli dieses Jahres eine Energieverknappung aufgetreten ist, zu einer Zeit also, wo man bei dem Überdargebot an Laufwasser in keine Bedrängnis kommen sollte. Wir wissen nur zu gut, daß das Ansteigen der Industrie einen größeren Konsum zur Folge hat, und es wäre zweckmäßig gewesen, wenn das Energieministerium schon zur damaligen Zeit warnend seine Stimme erhoben hätte. Freilich hat man sich von einer Woche auf die andere Woche durchgewurstelt, um den dringenden Anschluß des Tiroler Netzes an das innerösterreichische Verbundnetz zu erwarten, und es ist ein sehr schweres Versäumnis, daß diese Verbindung zwischen Gerlos und Kaprun so lange auf sich warten ließ. Die rechtzeitige Fertigstellung hätte damals einen zweifachen Vorteil gehabt: Erstens die Energiebilanz des Hochsommers zu verbessern und zweitens die Verhandlungen mit Bayern zu einem günstigeren Zeitpunkt zu ermöglichen, denn damals war das Energieangebot jedenfalls größer als im Oktober, wo in Bayern ebenfalls eine Stromnot eingetreten ist. Aber man hatte ja noch immer Aussichten auf eine künftige Besserung.

Es sollten ja auch die Stromlieferungen der Innkraftwerke für das innerösterreichische Verbundnetz herangezogen werden. Man hat es später, Ende September, als einen großen Erfolg des Energieministeriums dargestellt, daß die Verbundleitung zwischen Gerlos und Kaprun endlich fertig war. Ich will nicht auf die einzelnen Übelstände des Baues dieser Leitung eingehen. Ich will nicht auf die technischen Mängel und auf alle Mißstände zurückkommen, die bei diesem Bau zutage getreten sind. Ich will nur auf eines hinweisen: Man hat auch in diesem Falle der Bevölkerung vorgegaukelt, daß dadurch eine Lösung der Stromkrise eintreten wird. Als das nicht eingetreten ist, hat man wieder alle Hoffnungen auf die Verhandlungen mit Bayern über die Lieferung von Innkraftstrom gesetzt. Und als auch diese Verhandlungen zu einem Abschluß gekommen sind und nun keine Möglichkeit einer Ausrede mehr vorhanden war, da war es wieder die Kohlenkrise, und ich stelle fest, daß die große wasserenergiewirtschaftliche Planung zu einer Kohlenfrage geworden ist. Die viele Wasserenergie ist scheinbar wirklich ins Wasser gefallen.

Ich erlaube mir aber darauf zu verweisen, daß man bereits im Sommer, wo also noch genügend Wasserdargebot war, schon Vorräte angegriffen hat, die für den Winter bestimmt

waren. Wenn wir die Statistik der Erzeugung durchlesen, so muß man als besonderen Übelstand feststellen, daß im Juli dieses Jahres 31.000 Kilowattstunden durch Ölfeuerung und 62.000 Kilowattstunden durch Braunkohlenheizung erzeugt wurden. Im August waren es schon 284.000 Kilowattstunden, gewonnen durch Öl, und 451.000 Kilowattstunden, gewonnen durch Braunkohlenfeuerung. Im September erreichten diese Zahlen die Summe von rund 591.000 Kilowattstunden ölerzeugter und von 830.000 Kilowattstunden aus Braunkohle erzeugter Strommenge.

Ich stelle also fest: das Energieministerium hat trotz der warnenden Stimme der Fachleute im Hochsommer kalorische Werke laufen lassen und Kohle und Öl verfeuert, die für den Winter bestimmt waren. Ich stelle weiter fest, daß in diesen hochsommerlichen Monaten außer in den kalorischen Werken Stromenergie auch dadurch gewonnen wurde, daß man den großen Winterspeicheranlagen Wassermengen entnommen hat, die für den Winter, für Dezember und die folgenden strengen Wintermonate bestimmt waren. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Speicherenergie angetastet wurde und die Winterspeicher nicht mehr hundertprozentig gefüllt sind.

Ich glaube schon, daß es nicht angenehm ist, dem Volk Unannehmlichkeiten zu sagen. Es ist aber besser und würde einer wirklichen Planung entsprechen, wenn man über den wahren Stand der Dinge zur richtigen Zeit der Bevölkerung Mitteilung macht und die nötigen Maßnahmen auch zur richtigen Zeit durchführt. Der wirtschaftliche Aufbau hätte sich dadurch jedenfalls planvoller entwickeln können, wenn das Energieministerium nicht so planlos gearbeitet hätte. Ich weiß schon, daß vielleicht nochmals, wie im Finanzausschuß, ein Vertreter von Wien anführen könnte, daß die östlichen Länder gegenüber den westlichen wasserreichen Alpenländern schlechter bedacht werden, ich erlaube mir aber darauf hinzuweisen, daß es durch die letzten Beratungen und durch die Lastverteilung im ganzen Bundesgebiet, mit Ausnahme Vorarlbergs, eine einheitliche Einsparung geben soll. Ich erlaube mir auch besonders darauf hinzuweisen, daß diese Einsparungen für jene Gegenden, wo durch die große Energieerzeugung schon in den vergangenen Jahren eine Elektrifizierung bis in den kleinsten Haushalt durchgeführt wurde, eine viel härtere Maßnahme darstellen müssen, als in einem Lande oder einer Stadt, wo diese großen Elektrifizierungsmaßnahmen nicht mit einer solchen Propaganda durchgeführt wurden wie in den westlichen Gegenden. Ich erlaube mir da besonders darauf hinzuweisen,

daß die Einstellung der Wiener Elektrizitätswerke, ob kalorischer Strom oder Alpenwasserelektrizität, in Wien vor 20 Jahren zugunsten der großen kalorischen Anlagen entschieden wurde und daß dieser Nachteil nicht so leicht wettzumachen ist, insbesondere in einer Zeit, wo sowohl Material- als auch Arbeitskraftmangel vorhanden ist.

Das Ministerium für Energiewirtschaft hat auch die Betreuung des Ausbaues der Großwasserkraftwerke Kaprun und Ybbs-Persenbeug übernommen. Es wäre sicherlich nicht am Platze, wenn wir alle Schwierigkeiten und Mißstände beim Bau Kaprun hier im Hohen Hause aufzeigen würden, ich erlaube mir nur zu bemerken, daß alle Fachkreise, ob sie so oder so eingestellt sind, gesagt haben, daß es in der Weise, wie der Bau jetzt durchgeführt wird, nicht weitergehen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt mir ganz ferne, den Begriff Planung, der scheinbar oft zum Schlagwort geworden ist, in Mißkredit zu bringen, aber das, was hier gearbeitet oder verfügt wird, hat mit planvoller Arbeit gar nichts mehr zu tun. Es wäre uns lieber, man würde bei einer solchen Aufgabe weniger von Planung reden, aber eine wirklich sinnvolle Arbeit verrichten. Wenn man feststellen muß, daß wochen- und monatelang die Rollwagen ungekippt, mit Wasser angefüllt, im Freien stehen, bis sie womöglich vom Rost zerfressen oder zerstört werden, dann muß ich sagen, es wäre viel besser, man würde, ohne viel von Planung zu sprechen, den vorhandenen Baumaterialien und Geräten eine richtige Betreuung angedeihen lassen. Wenn diese Betreuung, also die Arbeit für die Baustelleneinrichtung, aber über 40 Prozent der geleisteten Arbeit darstellt, so ist jedenfalls die Behauptung nicht überheblich, daß hier von Plan- und Ziellosigkeit gesprochen werden kann.

Es wäre müßig, auf Einzelheiten einzugehen und es würde auch nur verletzend und kränkend auf die Leute wirken, die oft ihr Bestes geleistet haben, aber eines muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: Zu jeder Tätigkeit gehören nicht nur theoretische Erörterungen, sondern vor allem auch verantwortungsvolle Menschen, denen man Vertrauen zu objektiver Leistung entgegenbringt, die aber auch wissen müssen, daß sie für eine umfassende Tätigkeit die volle Verantwortung zu tragen haben.

Es wurde in diesem Hause ein Minister angegriffen, weil er auf dem Standpunkt steht, daß es vor allem die erste und grundlegende Aufgabe ist, bei einem wirtschaftlichen Unternehmen den Kopf in Ordnung zu bringen. Wir teilen diese seine Ansicht restlos, weil wir der Meinung sind, daß nur bei

der richtigen Führung eines Werkes auch das Unternehmen gedeihen kann. Wenn wir aber sehen, daß beim Bau des Großwasserkraftwerkes Kaprun es nicht vorwärts geht und auch nicht vorwärts gehen kann, weil der Kopf fehlt, müssen wir hier schon von Planlosigkeit sprechen. Wichtiger als alle Planungen und propagandistischen Versprechungen scheint uns daher die endgültige Festlegung von geordneten Verhältnissen.

Wir haben auch vor Jahresfrist gehört, daß das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug vor seinem Ausbau steht. Es wurde sogar behauptet, daß der Plan für dieses Großkraftwerk fertig ist und daß nur mehr mit dem Bau begonnen werden muß. Wir müssen heute feststellen, daß diese Angaben nicht den Tatsachen entsprechen haben. Es hat sich ein Komitee eingehend mit den Planungsarbeiten befaßt, und es wurden hervorragende Kräfte mit der Ausarbeitung des Bauplanes betraut. Die Einreichung des Bauplanes, seine Überprüfung, die kommissionellen Begehungen und all das, was zu einer Bauführung notwendig ist, benötigt auch dann eine geraume Zeit, selbst wenn alle interessierten Kreise an der schnellen und raschen Erledigung interessiert sind. Es ist daher ganz zwecklos und ein Ablenkungsmanöver, wenn die „Volksstimme“ behauptet, daß das Landwirtschaftsministerium an der Verzögerung des Baues Ybbs-Persenbeug schuldtragend wäre. Ich erlaube mir daher anzuführen, daß am 21. Oktober 1946 beim Landwirtschaftsministerium das Projekt eingereicht wurde und am 28. Oktober, also nach sieben Tagen, bereits die Verhandlungen darüber durchgeführt wurden. Nur müssen wir dabei bedenken, daß die Projektierungen während der nationalsozialistischen Zeit sehr mangelhaft waren und daher auch jetzt noch nicht die brauchbaren Unterlagen für die Auswirkungen auf die niedrig gelegenen Gebiete westlich von Ardagger und Dornach vorhanden sind. Auch hier wie überall nur propagandistische Aussendungen! Die wirkliche Arbeit ist sehr gering.

Ich will hier auf die Auswechslung der Baufachleute in Ybbs-Persenbeug verweisen. Man hat den Bauführer, einen erfahrenen Baufachmann, durch einen angeblichen Baurat, der einmal bei der Bundesbahn gewesen sein soll, ersetzt. Sein Vorleben liegt im Dunkel, die fachliche Bildung ist nicht vorhanden, der beigelegte Titel ist nicht erworben. Die geldlichen Verpflichtungen, die dieser neueingesetzte Bauführer eingeht, stellen einen bedenklichen Tatbestand dar.

Es drängt sich die Frage auf: Will man mit solchen Leuten Werke errichten und Großtaten setzen? Es soll bei Bestellung von Fach-

leuten letzten Endes nicht entscheidend sein, welcher Fraktion sie angehören. Entscheidend soll nur sein, daß sie die nötigen Kenntnisse haben und eine dementsprechende Leistung vollbringen.

Wir müssen also feststellen, daß dem Herrn Energieminister von uns kein Vertrauen entgegengebracht werden kann, wenn er sich weiter mit solchen Fachleuten umgibt. Sie werden uns vielleicht darauf antworten, daß Sie auf die Bestellung dieses Mannes keinen entscheidenden Einfluß ausüben können, aber gerade dieser Umstand ist es, der mich veranlaßt darauf hinzuweisen, daß auch die Funktionäre und Regierungsmitglieder der Kommunistischen Partei auf die Behörden der Besatzungsmächte keinen oder nur sehr wenig Einfluß haben, obwohl sie sich rühmen, Mißstände leicht abstellen zu können, wenn sie nur die Macht dazu besäßen. Hier hätten sie die Macht und die Möglichkeit, ihre Verbindung zur Besatzungsmacht auszuwerten.

Die Propagandatätigkeit der Kommunistischen Partei und ihre Stellung innerhalb des Hohen Hauses gleicht der einer Oppositionspartei. Wir nehmen dies zur Kenntnis, erlauben uns aber gleichzeitig, auf Ihre Regierungstätigkeit hinzuweisen, und stellen fest, daß Ihre Worte, die sie als Oppositionspartei sprechen, durch Ihre Regierungstätigkeit zum Großteil widerlegt werden. Sie sprechen von planvoller Tätigkeit, und wir beweisen Ihnen Planlosigkeit, Mangel an zielstrebender Tätigkeit und Erfolglosigkeit. Sie sprechen von Ihren guten Beziehungen, von der Möglichkeit dort zu vermitteln, wo es den anderen beiden Parteien nicht möglich ist, und wir beweisen Ihnen an Hand von Tatsachen, daß sich die Mißstände häufen, die wir nicht begreifen können. Auch Sie können eine gerechte Stromverteilung nicht durchführen oder anordnen. Wo wir hinblicken, Hohes Haus, sehen wir Mißerfolg, Taten- und Planlosigkeit. Aber eines können wir feststellen: Propaganda für eine Sache, die uns über den wirklichen Stand unserer Stromversorgung hinwegtäuschen soll. Propaganda und leere Worte gehören in die Stube eines Propagandaministeriums und nicht in die Stube eines Energieministeriums. Diese Regierung ist gewählt von einer Volksvertretung, die aus einer geheimen und von allen Besatzungsmächten und der ganzen Welt anerkannten, objektiven und sauberen Wahl hervorgegangen ist. Diese Regierung als Koalition der bestehenden Parteien hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie hat in ihren Teilen bescheidene und teils sehr beachtliche Erfolge trotz all dieser Schwierigkeiten errungen. Es werden ihr diese Erfolge von allen Vertre-

tern, die hier Einblick haben, und vom größten Teil der Bevölkerung zuerkannt. Nicht aber werden diese Erfolge von der kommunistischen Partei anerkannt, und deshalb erlauben wir uns nüchtern festzustellen, daß ein Ministerium keinen Erfolg aufzuweisen hat sondern nur Mißerfolge und Katastrophen, und das ist das Ministerium des einzigen Regierungsmitgliedes der kommunistischen Partei, das Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Astl: Hohes Haus! Wenn heute von Energie und ihrer Gewinnung die Rede ist, so tauchen vor dem geistigen Auge des Zuhörers unmittelbar Bilder auf, Bilder von reißenden Gebirgswässern, Wasserfällen, Gebirgsseen und so weiter. Diese Ideenverbindung kommt nicht von ungefähr. Sie hat ihre Ursache in dem Umstand, daß nach unseren heutigen Begriffen und auch nach dem jetzigen Stande der Technik die Erzeugung elektrischer Energie in erster Linie durch diese Gebirgswässer und den entsprechenden Ausbau derselben ermöglicht und wirtschaftlich gestaltet werden kann. Es sind vor allem natürliche Quellen, die es der Menschheit unseres Jahrhunderts ermöglichen, Elektrizität zu erzeugen und der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Wir in Österreich haben in dem gewaltigen Gebirgsstock unserer Alpen einen riesigen Speicher solcher natürlicher Wasserkraft und damit elektrischer Energie. Der Herr Berichterstatter hat schon auf die Bedeutung dieses Naturschatzes hingewiesen, und ich möchte seine Ausführungen in dieser Hinsicht nur unterstreichen. Auf 20 bis 25 Milliarden Kilowattstunden jährlich wird die nutzbare Wasserkraft Österreichs geschätzt; davon sind bis jetzt erst etwa 20 Prozent ausgebaut. Ein Vollausbau dieser Naturkräfte würde Österreich ein gewaltiges Stück vorwärts bringen. Nicht nur der gesamte Verkehr könnte elektrifiziert werden, auch alle Haushalte und die Industrie könnten auf die Verwendung elektrischer Kraft umgestellt werden; neue Industrien könnten errichtet werden, Industrien zur Veredlung und Verbesserung von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Über all dies hinaus aber könnte auch noch eine erhebliche Strommenge ausgeführt werden. Durch Jahrhunderttausende strömten diese Wassermengen zum größten Teil ungenützt zu Tal, den Flüssen und dem Meere zu. Erst vor knapp 50 Jahren begann man mit dem Ausbau unserer Wasserkraft zur Gewinnung elektrischer Energie, nach dem damaligen Stand der Technik allerdings vorerst nur in bescheidenem Ausmaß. In erster Linie waren es fortschrittlich denkende Gemeindeverwaltungen, die die Errichtung

solcher Kraftwerke durchführten. Erst mit dem Fortschreiten der Bau- und Maschinenteknik wurde es möglich, größere und dann nach dem ersten Weltkrieg Großkraftwerke mit einer Leistung von zehntausenden Kilowatt zu errichten. Durch diesen Fortschritt auf der Erzeugungsseite wurde die Verwertung der elektrischen Energie immer mannigfaltiger und umfassender, so daß wir uns heute eine industrielle und handwerkliche Produktion ohne Elektrizität gar nicht mehr vorstellen könnten. Auch die Landwirtschaft benützt die elektrische Energie immer mehr als wertvolle Hilfskraft, und ganz besonders im Haushalt ist der elektrische Strom bereits unentbehrlich geworden. Mit einem Wort, Elektroenergie ist derart zu einem Bestandteil unserer Lebensbedürfnisse geworden, wie es etwa Kleidung und Wohnung seit langem schon sind.

Diese Entwicklung drängt dazu, sowohl die Erzeugung wie auch die Verteilung elektrischer Energie nicht mehr allein der Privatinitiative einzelner oder von Gesellschaften zu überlassen. Genau so wie auf dem Gebiet des Verkehrswesens wird auch bei der Energieerzeugung und Versorgung eine ordnende und planende Stelle die lebenswichtigen Notwendigkeiten der Allgemeinheit wahren müssen. Nach den derzeit herrschenden Umständen ist vor allem der Staat dazu berufen, diese ordnende Tätigkeit zu übernehmen. Nur der Staat kann im Großen planen und die Pläne ausführen. Nur mit Hilfe des Staates können sozial und wirtschaftlich gerechte Tarife erstellt werden. Nur der Staat kann den Energieexport dem Nutzen der Volksgesamtheit entsprechend verwerten.

Aber auch den Gemeinden steht in der Energiewirtschaft eine bedeutende Aufgabe zu. Sie waren es ja, die in vielen Fällen als Pioniere auf diesem Gebiet gewirkt haben, die ihre Werke im Laufe von Jahrzehnten ausgebaut und vergrößert haben, so daß diese Werke heute in dem Begriff Gemeindeeigentum sehr oft die größte Aktivpost darstellen. Es ist sehr zu begrüßen, daß diese gemeindlichen Elektrizitätswerke aus dem Verstaatlichungsprogramm herausgenommen worden sind, in der richtigen Erkenntnis, daß diese Werke als Gemeindeeigentum ohnehin schon im Besitz der Volksgesamtheit stehen. Es ist ohne weiteres möglich, daß diese Gemeindewerke durch Anschluß an eine Großsammelschiene für ihren zugewiesenen Bereich selbständig bleiben.

Unklar scheint mir derzeit noch die Stellung und Rolle der sogenannten Ländergesellschaften, wie sie im Verstaatlichungsprogramm vorgesehen sind. Es besteht die

Vermutung, daß der Name Ländergesellschaft nur als Deckname dienen soll und die Wirtschaft nach denselben Methoden weiter betrieben werden soll wie bisher, ohne daß auf die Interessen der Volksgesamtheit Rücksicht genommen wird. Das Verstaatlichungsprogramm hat zum Beispiel auf die Verstaatlichung der Gemeinde-Elektrizitätswerke verzichtet, dagegen aber möchte jetzt in Tirol die zukünftige Ländergesellschaft, die jetzige Tiwag, diese Gemeindewerke den Gemeinden mit den fadenscheinigsten Begründungen abnehmen und sich einverleiben.

Gegen solche Bestrebungen werden sich die Gemeinden absolut und energisch zur Wehr setzen. Aber auch dem Ausbau dieser kleinen Werke darf man nicht gleichgültig gegenüberstehen, denn gerade die Natur der elektrischen Energie, beziehungsweise deren Verteilung ermöglicht es ohne weiteres, auch kleinere Werke einem Verbundnetz einzugliedern, um diesem nach Bedarf Energie entnehmen oder Energie zuführen zu können. Freilich muß ein Ausbau solcher kleinerer Werke unbedingt von einer zentralen Stelle aus überwacht und gelenkt werden, damit sich solche Arbeiten in den Rahmen der Gesamtplanung der Energiewirtschaft einfügen. Bei der Planung neuer Kraftwerksbauten muß unbedingt Rücksicht genommen werden auf die üblichen wirtschaftlichen Bedürfnisse der betreffenden Gegend. In der jüngsten Vergangenheit wurde diesem Umstand nicht gerade immer Rechnung getragen. Ich verweise bei dieser Gelegenheit auf die unerfreulichen Verhältnisse, wie sie sich bei dem Innkraftwerk der Tiwag bei Kirchbichl in Tirol entwickelt haben. Dieses Werk wurde in den Jahren 1938 bis 1941 gebaut. Durch den Bau der Stauanlagen im Inn ohne entsprechende Vorkehrungen zum Abzug der ankommenden Schuttmassen hat sich das Bett des Innflusses um mehr als einen Meter gehoben. Die Folge davon ist eine Hebung des Grundwasserspiegels und damit eine Versumpfung des Talbodens. Hunderte Hektar fruchtbaren und wertvollsten Ackergrundes sind dadurch der landwirtschaftlichen Produktion verlorengegangen. Es sind umfangreiche und kostspielige Umbauten notwendig, um diesen Übelständen einigermaßen abzuhelfen. Die Kosten für diese Umbauten und Neubauten sind so hoch, daß man sich fragen muß, ob bei der Durchführung dieser Arbeiten noch eine Wirtschaftlichkeit des Werkes gegeben ist. Ähnliches wird uns von dem bekannten Gerloswerk mitgeteilt. In diesem Werk hat sich im heurigen Jahr ein Rohrbruch ereignet, dessen Folgen sich für das Werk katastrophal ausgewirkt haben. Der Rohrbruch hatte seine Ursache anschei-

nend darin, daß bei der Fundierung der Druckrohrleitung nicht die entsprechende Sorgfalt angewendet wurde. Außerdem scheint es, daß sich auch bei der Fundierung des Krafthauses solche Mängel zeigen.

Es muß unbedingt verlangt werden, daß bei der Planung solcher Anlagen alle Folgerungen erwogen werden, um schwere Schäden in anderer Hinsicht zu vermeiden.

Hohes Haus! Die Folgen des zweiten Weltkrieges und des Zusammenbruches des faschistischen Systems haben der österreichischen Wirtschaft eine katastrophale Knappheit an kalorischer Energie gebracht. Dazu kommt eine abnormale Armut an Niederschlägen im Jahre 1946. Diese Verhältnisse machen es notwendig, empfindliche Beschränkungen des Strombezuges anzuordnen. Besonders in Wien entwickelte sich der Energiemangel — man kann ruhig sagen — zur Katastrophe. Aber auch in den Ländern draußen mußten große Einschränkungen angeordnet werden. In Tirol zum Beispiel ist die derzeitige Strombeschränkung mit 20 Prozent bemessen. Es muß festgestellt werden, daß sich diese Einschränkungen auf die einzelnen Haushalte in der Form auswirken, daß eine Person pro Tag eine Kilowattstunde verbrauchen kann, die zweite Person nur mehr 0,8 Kilowattstunden, die nächste 0,5 und so fort. Das bedeutet jedenfalls eine fühlbare und für die Bevölkerung ziemlich beschwerliche Einschränkung, die sich aber hauptsächlich deshalb so ungünstig auswirkt, weil vor nicht gar so langer Zeit gerade in unserem Lande Tirol eine starke Propaganda zugunsten eines größeren Stromverbrauches getrieben wurde. „Strom in Überfluß“ stand an allen Ecken und Enden auf großen Plakaten zu lesen. Mit dieser Propaganda verhält es sich ähnlich wie mit der Aufforderung: „Eßt Tiroler Butter und Käse! Trinkt Milch!“ Sehr viele Haushalte haben sich inzwischen auf die ausschließliche Verwendung elektrischer Energie eingestellt, sie haben ihre Heiz- und Kochapparate nur darauf eingerichtet. Diese Haushalte trifft eine Einschränkung des Strombezuges besonders schwer. Trotz dieser Schwierigkeiten kann festgestellt werden, daß die Bevölkerung Tirols volles Verständnis für diese Einschränkungen aufbringt, weil sie weiß, daß die Verhältnisse in Wien und in den Industriegebieten Niederösterreichs noch viel schwieriger und katastrophaler sind. Es wird verstanden, daß alles unterlassen werden muß, um die Versorgung dieser notleidenden Gebiete mit Elektroenergie zu erleichtern.

Hohes Haus! Der Herr Minister für Energiewirtschaft hat in einer der letzten Sitzungen des Energieausschusses ein um-

fassendes Programm für den Ausbau der Energiewirtschaft Österreichs im nächsten Jahrzehnt vorgetragen. Bei diesem Vortrag bekundete der Herr Minister einen bemerkenswerten Optimismus. Für das vor uns liegende Budgetjahr ist ein Betrag von 47,3 Millionen Schilling gegen 17,3 Millionen im Vorjahr zum Ausbau unserer Energieanlagen eingesetzt. Es ist diese Post als Vorschuß für den Optimismus des Herrn Ministers zu betrachten. Es wäre zu wünschen, daß der Optimismus des Ministers in Zukunft recht behalten möge. Es wäre bei Verwirklichung dieses Programms möglich, den Eisenbahnverkehr voll zu elektrifizieren, die Haushalte und die Landwirtschaft zu versorgen und neue Industriezweige zu schaffen. Die Durchführung eines solchen Programms erfordert aber große finanzielle Aufwendungen, die nur vom ganzen Staatsvolk beschafft werden können. Schon aus diesem Grunde ist nur der Staat in der Lage und berufen, die Planung und die Durchführung solcher Aufgaben in die Hand zu nehmen. Und nur der Staat als sichtbare Verkörperung der Volksgesamtheit kann diese großen Aufgaben der Planung, des Aufbaues der Energiewirtschaft, der großzügigen Verwertung der Energie im eigenem Land und der Verwertung des Energieüberschusses im Ausland auch wirklich zum Wohle der Volksgesamtheit lösen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Norbert Mayer: Hohes Haus! Im Jahre 1921 ist der Schweizer Ingenieur Höhn nach Ybbs gekommen und hat die Donautrecke bis Linz begangen. Bei dieser Begehung ist ihm die Verengung des Donautales zwischen Ybbs und Grein für eine Stauanlage zu einem Großkraftwerk besonders geeignet erschienen. Er hat Jahre hindurch Aufnahmen und Vermessungen gemacht, hat Versammlungen abgehalten und mit großzügiger Propaganda für dieses Großkraftwerk geworben. Im Jahre 1926 wurde dem Ministerium ein baureifes Projekt vorgelegt, das eine Stauhöhe von 8 m aufwies. Im Jahre 1930 wurde nach vielen Urgezen endlich eine Kommission durchgeführt und der Baukonsens gegeben. Das Werk hätte zu dieser Zeit hauptsächlich mit Schweizer Kapital gebaut werden sollen. Von einem Zweckverband, der sich unter der Führung des Grafen Clam-Martinic und anderer in Grein gegründet hatte, wurde gegen dieses Projekt mit der Begründung Stellung genommen, daß das Marchland überschwemmt werde. Obwohl alle Techniker nachweisen konnten, daß eine Gefährdung des Marchlandes nicht zu befürchten sei und außerdem eine entsprechende Ablösung geboten wurde, gelang es

den Gegnern des Projektes, die Entscheidung hinauszuschieben.

Erst im Jänner 1938, als Ing. Raab Handelsminister war, wurde beschlossen, das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug zur Ausführung zu bringen.

Durch den Umbruch im März 1938 wurde der österreichischen Regierung das Bauvorhaben entrissen und seine Durchführung von der Reichsregierung sofort in Angriff genommen. Es wurde das Projekt Höhn mit der Brücke angenommen, jedoch mit einigen Abänderungen, die sich aus den Erfahrungen von mehr als zehn Jahren ergaben. Als der Bau schon im besten Anlaufen war, wurde der Herr Generaldirektor der Rhein-Main-Donau A.G., der den Auftrag hatte, das Projekt durchzuführen, abberufen und durch einen gewissen Herrn Fischer ersetzt. Dieser war kein Fachmann, er verwarf das Projekt Höhn und wollte ein von ihm selbst projektiertes Unterwasserkraftwerk bauen. Da jedoch für ein Unterwasserkraftwerk in diesem Ausmaß keine Erfahrungen vorlagen, hat das Ministerium die Zusage verweigert, und nach langwierigen Verhandlungen wurden im Jahre 1944 die Arbeiten eingestellt.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Mai 1945 wurde neuerlich mit Minister Raab der Bau des Donaukraftwerkes beschlossen und die Durchführung dem Professor Dr. Grzywinsky übertragen. Dieser wurde aufgefordert, alles zu unternehmen, um den Bau raschestens in Schwung zu bringen. Von diesem Augenblick an wurde gearbeitet, jedoch wurde infolge der Schwierigkeiten, die sich bei der Materialbeschaffung ergaben, noch nichts Greifbares geleistet.

Da das Werk nach der Ansicht der Russen unter die Potsdamer Bestimmungen fällt, habe ich bereits im Jänner und Februar 1946 den Herrn Energieminister ersucht, er möge eine Verständigung mit der Roten Armee herbeiführen, damit die österreichische Regierung den Bau rascher durchführen kann. Man hätte damals mit den Vertretern der Roten Armee sicherlich ein rascheres und besseres Übereinkommen treffen können, als es heute der Fall ist. Der Herr Minister erklärte mir, es seien so viele Probleme zu lösen, wie Zistersdorf, die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und so weiter, in diesen großen Topf werde auch das Projekt des Donaukraftwerkes geworfen worden. Damit ist wahrscheinlich viel Zeit verlorengegangen. Auf meine späteren mehrmaligen Anfragen, wie es mit den Verhandlungen steht, habe ich keine entscheidende Antwort erhalten.

Die Wichtigkeit des Donaukraftwerkes ist schon so oft in Wort und Schrift behandelt worden, daß es sich erübrigt, ausführlich darüber zu sprechen. Die Frage ist nur durch die Stromkrise aktuell geworden, die wir jetzt durchmachen und die auch in den nächsten Jahren andauern wird. Meines Erachtens müßte alles darangesetzt werden, daß der Bau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug so rasch als möglich fertiggestellt wird. Alle Kräfte müßten darauf konzentriert werden, es soll kein Augenblick ungenützt vergehen, um diesen kostbaren Schatz, den uns die Natur bietet, dem Allgemeinwohl dienstbar zu machen.

Im August 1946 wurde der österreichischen Regierung das Projekt des Prof. Grzywiensky vorgelegt. Der Entwurf ist, besonders was das Hauptbauwerk betrifft, so weit überlegt und ausgearbeitet, daß er zur Durchführung reif ist. Von dem inzwischen gegründeten Komitee wurden Ergänzungen verlangt, sie bezogen sich aber der Hauptsache nach auf die Auswirkungen im Marchland. Es wurde nämlich die Stauhöhe von 8 auf 9,5 m verlegt, wodurch mehr als eine Milliarde Kilowattstunden gewonnen wird. In der Zeit vom 28. bis 31. Oktober 1946 fand eine wasserrechtliche Vorverhandlung statt, an der etwa 50 Sachverständige, Behördenvertreter und Hauptinteressenten teilnahmen. Das Land Oberösterreich, das am meisten durch den höheren Stau betroffen wird, hat sich grundsätzlich einverstanden erklärt und damit viel guten Willen und Einsicht bewiesen. Auch der Verhandlungsleiter, Herr Sektionsrat Dr. Knappitsch vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, hat sein Bestes getan. Die Verhandlungen hätten mit vollem Erfolg enden können, und die Ausarbeitung der Baupläne für die Schleusen und wasserbaulichen Modellversuche wären schon im Zug, wenn nicht von niederösterreichischer Seite immer wieder Bedenken und Erwägungen vorgebracht worden wären, die auf eine Abänderung des Projektes hinielen. Diese Abänderung wäre an und für sich nicht sehr wesentlich, sie ist aber für die ungehinderte Fortführung der Arbeiten von Belang.

Es soll nämlich die Sohle der Schiffahrtsschleusen um einen Meter tiefer gelegt werden, um einer eventuellen Entwicklung der Verhältnisse in ferner, ferner Zukunft, vielleicht nach 50 Jahren oder mehr, Rechnung zu tragen. Die Änderung bedingt, daß die Folgen für das Gesamtprojekt in allen Einzelheiten genau durchstudiert werden müssen, daß die an der Baustelle vorhandenen Stahlschalungsgerüste, 300 t Eisenkonstruktion, umgebaut werden müssen, der bereits ge-

leistete Fundamentbeton in der Schleusenbaugrube, zirka 1000 m³, zum Teil oder ganz weggesprengt werden muß, daß schwierige technische Details von neuem geklärt werden müssen, erhebliche Mehrkosten entstehen und so weiter. Alle früheren Projektanten haben eine solche tiefere Lage der Schleusensohle nicht für nötig erachtet. Wenn Ybbs-Persenbeug nach den konzessionierten Plänen von Ing. Höhn gebaut worden wäre, so würde heute die Schleusensohle höher liegen als nach dem derzeitigen Projekt. Diese Vertiefung soll deshalb erfolgen, weil eventuell einmal ein Donaukraftwerk in Melk gebaut werden könnte.

Hohes Haus! Während der nationalsozialistischen Ära haben Melk und Grein voll Neid auf Ybbs geblickt und wollten auch ein Stauwerk haben. Man hat es ihnen auch prompt versprochen. Wer jedoch die Strecke Ybbs-Melk kennt, wo große Überschwemmungen stattfinden, der wird wissen, daß dort niemals ein Stauwerk gebaut werden kann. Meines Erachtens sind die Voraussetzungen für ein Donaukraftwerk Engstrecken und Steilufer, wie bei Aschach in Oberösterreich oder eventuell in der Wachau, aber niemals die weite Ebene bei Melk. Ich bin daher der Ansicht, daß über diesen Punkt gar nicht diskutiert werden soll, denn jede Verzögerung bedeutet für die ganze Aktion Ybbs-Persenbeug eine Gefahr. Wir wissen nicht, welche Probleme innen- und außenpolitischer Natur das Bauproblem in Frage stellen können. Es darf kein Tag verlorengehen! Trotz dieser Dringlichkeit ist bis heute noch keine schriftliche Entscheidung erfolgt, ob die Arbeiten nach dem unveränderten Projekt für das Hauptwerk fortgesetzt werden können. Jeder Monat Verzögerung ist für den Staat äußerst kostspielig, der Aufwand an der Baustelle beträgt gegenwärtig 200.000 bis 300.000 S pro Monat, die Zinsen des investierten Baukapitals gehen verloren. Vor allem kann die Donauenergie, die wir so notwendig benötigen, erst um diese Zeitspanne später ausgenutzt werden. Man räume die inneren Schwierigkeiten nicht-technischer Art hinweg, gebe die erforderlichen Vollmachten, und eines der größten Wasserkraftwerke wird in möglichst kurzer Zeit zum Wohle und zum Stolz Österreichs erstehen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Fischer: Hohes Haus! Wir haben hier einen Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, den Herrn Abgeordneten Matt, als geradezu leidenschaftlichen Verfechter des Gedankens der Planung kennengelernt.

Ich möchte das prinzipiell begrüßen, denn wir haben bisher von der Österreichischen

Volkspartei und vor allem von den verantwortlichen Ministern der Österreichischen Volkspartei immer nur Böses über Planung gehört, immer nur den Gedanken vernommen: Nur ja keine Planung, denn Planung, das könnte der Wirtschaft nur schaden. (Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei.)

Wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß auch in den Reihen der Österreichischen Volkspartei ein großes Bedürfnis nach Planung vorhanden ist. Ich bin der Meinung, daß dieses Bedürfnis im reichstem Ausmaße befriedigt werden könnte. Die Österreichische Volkspartei hätte mannigfaltigste Gelegenheiten, mangelnde Planung zu kritisieren und nicht nur als Oppositionspartei zu kritisieren, sondern als stärkste Regierungspartei dafür zu sorgen, daß Planung wirklich durchgeführt wird. (Zwischenruf bei der Österreichischen Volkspartei: Die Kommunistische Partei soll uns zeigen, wie man das macht! Wir sind gelehrige Schüler.)

Nun, ich möchte darauf jetzt zu sprechen kommen. Mir kommt diese ganze an den Haaren herbeigezogene Kritik am kommunistischen Energieminister so vor, als übe diese Kritik ein Baumeister, der sich prinzipiell weigert, ein Haus planmäßig zu erbauen, der der prinzipiellen Meinung ist, man soll das Fundament und die Mauern und Stiegen dem Walten der freien Kräfte überlassen. Der eine baut hier eine Stiege, der andere dort eine Hinterstiege, der eine das Portal, der andere das berühmte Hintertürl. Das also wird alles dem Walten der freien Kräfte überlassen. Aber in diesem planlos gebauten Haus, in dem die Fundamente wirklich etwas bröckelig sind, wohnt im dritten Stock ein Kommunist. Und jetzt muß man doch schauen, wie der in seiner Wohnung die Planung durchführt. Dieser Baumeister, der so schlecht geplant hat, geht nun in diese Wohnung und stellt fest, daß die Mauern rissig sind. Aber das ist keineswegs die Schuld des Wohnungsinhabers, sondern das ist die Schuld des Baumeisters, der es ablehnt, überhaupt irgendwie planmäßig etwas zu bauen.

Ich weiß aber außerdem, daß natürlich die vier kommunistischen Abgeordneten an allem schuld sind. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Nein, nur die Österreichische Volkspartei ist an allem schuld! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Es ist merkwürdig, daß vier Abgeordnete eine solch dämonische Kraft in diesem Hause und in Österreich darstellen, daß man ihnen schlechthin alles aufbürden kann.

Ich nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Herr Abgeordnete Matt einige der

Vorwürfe, die er im Finanzausschuß erhoben hat, hier doch nicht mehr vorgebracht hat. Denn er hat damals klipp und klar gesagt, der Herr Minister Altmann ist nicht nur an der Strom- und Kohlenkrise sondern auch an der Ernährungskrise schuld! (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Das war jemand anderer, der Matt war es nicht!) Ich sage ja, er hat es hier nicht gesagt. Es ist ihm doch die ganze Komik, die ganze Lächerlichkeit dieser sogenannten Kritik zum Bewußtsein gekommen. Er hat sich also hier beschränkt und nicht alle Schuld in Österreich dem kommunistischen Minister und den vier kommunistischen Abgeordneten zugeschrieben. Ich muß aber auch sagen, bei den Einzelheiten, die hier an den Haaren herbeigezogen wurden, hätte sich der Herr Abgeordnete Matt doch vielleicht da und dort etwas genauer erkundigen können, um hier etwas gewissenhaftere Kritik zu üben.

Ich habe nichts dagegen, daß an dem Minister Altmann und an unserer Tätigkeit Kritik geübt wird. Aber die Fälle, die hier herangezogen wurden, sind wirklich schlecht untermauert, wie die ganze Planung der Österreichischen Volkspartei schlecht untermauert ist. Es wurde hier zum Beispiel behauptet, daß schon im Sommer aus den Winterspeichern Strom genommen wurde, daß schon im Sommer Kohle und Öl verheizt wurden, die nun fehlen. Der Herr Abgeordnete Matt weiß wahrscheinlich ganz genau, daß im Sommer so viel Kohlen verheizt worden sind, wie sie für einen halben Tag Stromversorgung dienen würden. Man wird wohl schwer behaupten können, daß dieser halbe Tag Stromversorgung entscheidend für die gegenwärtige Stromkrise sei.

Der Herr Abgeordnete Matt hätte sich weiter leicht erkundigen können, daß die Gemeinde Wien genötigt ist, wenn sie Öl auf Lager hat, dieses zu verheizen, weil es ihr leider an den notwendigen Tanks fehlt, um große Mengen Öl aufzuspeichern, daß also auch dann, wenn im Sommer einzelne ganz geringe Mengen von Öl verheizt worden sind, es darum geschah, weil keine Möglichkeit der Aufspeicherung für dieses Öl gegeben war. Bei all dem, ich wiederhole es, handelt es sich insgesamt um eine Menge, mit der man ungefähr einen Tag ausreichen würde. Das heranzuziehen und damit die gegenwärtige Stromkrise zu erklären, ist einfach eine Operette, das ist keine ernste Kritik, die hier geübt worden ist.

Weiter zum Ausbau des Kapruner Werkes. Der Abgeordnete Matt wird wahrscheinlich wissen, daß die Schwierigkeiten dieses Aus-

baues dort vor allem in der Arbeiterbeschaffung bestehen, daß die große Schwierigkeit besteht, Arbeitskräfte heranzuziehen. Er möge sich bei seinen Parteifreunden in Salzburg erkundigen, ob dort vom Arbeitsamt alle nötige Hilfe geleistet wurde, um solche Arbeitskräfte zu finden. Es war im wesentlichen das Verdienst des Energieministeriums, das dort allmählich, immer noch lange nicht genügend, die notwendigen Arbeitskräfte zusammengezogen hat, aber man kann von meinem Freund Altmann nicht verlangen, daß er in Österreich herumfährt und überall selbst die Arbeitskräfte findet, wo notabene nicht das Energieministerium die Bauleitung dort hat, sondern, wie dem Abgeordneten Matt wohl bekannt ist, eine Kommission, die in der Leitung ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat.

Was die Beschuldigung des Bauleiters von Personenbezug betrifft: Ich stimme dem Abgeordneten Matt insofern vollkommen zu, als auch wir der Meinung sind, daß dieser Bauleiter dort für diese Bauleitung absolut ungeeignet ist. Ich glaube, es hätte dem Abgeordneten Matt keine Mühe gekostet zu erfahren, daß das Energieministerium diesen Bauleiter nicht anerkennt, ja ihn sogar wegen seiner vollkommenen Disqualifikation als Baumeister strikte abgelehnt hat und daß dieser Bauleiter seinen Gehalt gar nicht vom Energieministerium sondern vom Handelsministerium empfängt. All das hätte Abgeordneter Matt ohne Mühe erfahren können.

Weiter: Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein, daß es für unsere Wirtschaft nicht sehr zuträglich ist, daß von den Besatzungsmächten auf die Einstellung von Baumeistern Einfluß genommen wird, ich halte es, gleichgültig von welcher Besatzungsmacht er kommt — in diesem Fall von der russischen — für einen sehr unangenehmen und unerwünschten Eingriff in die österreichische Wirtschaft. Nun, wenn der Abgeordnete Matt aber meint, es sei die Aufgabe der einen Partei, bei den Russen durchzusetzen, daß sie das und das nicht tun, der anderen Partei, das bei den Amerikanern durchsetzen, und der dritten, bei den Engländern, so muß ich erklären, eine solche Auffassung würde ich prinzipiell und ganz entschieden ablehnen. Es ist nicht Aufgabe der einzelnen Parteien, bei dieser oder jener Besatzungsmacht durch irgendwelche private Intervention irgend etwas durchzusetzen, denn das würde diese Zustände noch verschlimmern, die sowieso in Österreich herrschen. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Warum stellen Sie es nicht ein?) Es sollte die Aufgabe der Regierung sein, bei allen Besatzungsmächten das Maximum dessen

durchzusetzen, was man durchzusetzen vermag.

Schließlich noch einige Worte zu der entscheidenden Frage der Planung im Energieministerium. Es ist allen Abgeordneten bekannt, daß Minister Altmann vor mehr als einem Jahr den Entwurf eines Verstaatlichungsgesetzes vorgelegt hat. Es ist keineswegs die Schuld des Energieministeriums, daß es mit diesem Entwurf der Verstaatlichung bisher nicht weitergekommen ist. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei wissen genau, daß die Schwierigkeiten, die Verhinderungen, die Sabotage dieser Verstaatlichung der Energiewirtschaft bei den Angehörigen ihrer Partei und bei niemandem anderen in Österreich zu suchen sind! (Rufe: Hört! Hört!) Wenn Sie also für den Gedanken der Planung so begeistert sind, wenigstens bei der Energie — ich bin bescheiden —, so liegt es in Ihrer Hand, dafür zu sorgen, daß dieses Verstaatlichungsgesetz der Energiewirtschaft morgen oder übermorgen angenommen wird. Nur von Ihnen kommen die Schwierigkeiten, nur von Ihnen die Hindernisse. Im wesentlichen versteckt man sich in diesen Fragen hinter die sogenannte Autonomie der Länder. Wenn man die ganze Elektrifizierung in Österreich in der Vergangenheit einigermaßen überblickt, werden Sie feststellen, wie sehr es uns geschadet hat, daß die einzelnen Länder die Herren über die verschiedenen Kraftquellen waren, daß es hier zu Einzelplanungen gekommen ist, daß es zu unnützen und für einen großen Gesamtplan sinnlosen Detailbauten gekommen ist — und gerade die Elektrizität, die Wasserkraft, sind jene Kräfte, die nach Planung, ja nach Sozialisierung schreien. Es liegt im Wesen der Elektrizitätswirtschaft, im Wesen der Wasserkraft, alle diese kleinen, engen, mittelalterlichen Grenzen zu sprengen und zumindest eine gemeinsame staatliche Planung zu fordern.

Ich wiederhole also, daß man nicht leugnen kann, daß das, was der Herr Abgeordnete Matt hier gesagt hat, einfach eine etwas kindische Retourkutsche darauf war: wir haben den Herrn Außenminister wegen seiner Erfolglosigkeit angegriffen, und ich denke, es gibt wenige Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei, die die Berechtigung dieser Angriffe wirklich bestreiten. (Widerspruch bei der Österreichischen Volkspartei. — Unruhe im Saal.) Es ist meine feste Überzeugung, daß die meisten Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei davon überzeugt sind, daß dieser Außenminister Österreich nicht viel Ehre gemacht hat. (Neuerliche Unruhe und

Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Offenbar versucht man jetzt nach dem alten Prinzip, eine Retourkutsche zu finden — diesmal nicht eine elektrifizierte, sondern wirklich eine ganz kleine, mit sehr bescheidenen Kräften betriebene Retourkutsche — und man versucht, dem kommunistischen Minister einen ähnlichen Vorwurf zu machen.

Wenn es Ihnen also ernst ist mit der Planung, wenn es nicht einfach eine billige Arabeske war, ein paar witzig sein sollende Bemerkungen, dann werden wir Sie beim Wort nehmen, dann sorgen Sie, daß das Verstaatlichungsgesetz der Energiewirtschaft angenommen wird, damit wenigstens in einem Sektor die Planung durchgeführt werden kann. Sie haben die Macht dazu, und an Ihnen liegt es dies durchzuführen.

*

Damit ist die Beratung der Gruppe XIII beendet.

Es folgt die Gruppe XII mit dem Kapitel 22: Ernährungswirtschaft.

Da die Spezialberichterstatteerin Gabriele Proft verhindert ist, erstattet Generalberichterstatte Müller den Bericht.

Generalberichterstatte Müller: Hohes Haus! Das Kapitel 22 des Bundesvoranschlags 1947 wurde in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses am 26. November 1946 beraten. Es sieht Ausgaben von insgesamt 6,625.600 S vor, und zwar aufgespalten in Personalaufwand von 2,772.600 S und Sachausgaben von 3,853.000 S. An Einnahmen stehen dem 5500 S gegenüber.

An der Debatte über die Beratung dieser Voranschlagspost haben sich beteiligt die Abgeordneten Dr. Nadine Paunovic, Krisch, Kopenig, Gschweidl, Hinterndorfer, Wilhelmine Moik, Rupp, Weikhart, Eibegger, Grubhofer, Maurer und Aichhorn. Die gestellten Anfragen wurden vom Herrn Bundesminister für Volksernährung Dr. Frenzel beantwortet.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt daher nachfolgenden Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 22: Ernährungswirtschaft, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1947 in der Fassung der Regierungsvorlage (225 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

*

Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.

Abg. Appel: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Arbeiten des Ministeriums

für Volksernährung gehören sicherlich zu den schwierigsten in der zweiten Republik, fällt doch in dieses Ressort die Sicherung der Ernährungsgrundlage für unser Volk und damit auch die Erhaltung der Volksgesundheit durch Beistellung und Sicherung ausreichender Ernährung.

Wir alle wissen, welche verheerende Wirkung dieser Krieg auf unsere Landwirtschaft ausübte und welch trauriges Erbe wir übernehmen mußten, um einigermaßen der Not des Volkes auf diesem Gebiet steuern zu können. War Österreich schon in normalen Zeiten nicht in der Lage, für seine Ernährung aus eigenem aufzukommen, so stellte sich bald nach Kriegsende heraus, das trotz der größten Anstrengungen der Provisorischen und auch der gegenwärtigen Regierung ohne ausreichende Hilfe des Auslandes unser Volk unweigerlich einer Hungerkatastrophe entgegengeht.

Wir erinnern uns noch dankbar der Lebensmittelspenden Sowjetrußlands in den Maitagen vorigen Jahres und des verständnisvollen Entgegenkommens der UNRRA, die es nun durch ihre Hilfe seit mehr als fünf Monaten möglich macht, daß unserem Volke die kargen Rationen einigermaßen garantiert werden können. Allen drängt sich jedoch heute schon die Frage auf, was geschehen soll, wenn dieses große Werk der menschlichen Hilfeleistung eines Tages gezwungen ist, seine Tätigkeit einzustellen, und auch die schwache Hoffnung, daß an Stelle der UNRRA ein neues Hilfswerk treten wird, vermag die Sorge um die Zukunft nicht zu bannen. Schon die Tatsache, daß 1550 Kalorien zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind, zwingt uns, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Erhöhung dieser Hungerrationen möglich machen, wollen wir verhindern, daß unser Volk gesundheitlichen Schaden dadurch erleidet, daß nicht genügend Ernährung bereitgestellt werden kann.

Das Bundesministerium für Volksernährung ist nun mit der Verantwortung betraut, für eine möglichst gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel im Bundesgebiet Sorge zu tragen. Eine Aufgabe, die verhältnismäßig leicht zu lösen ist, wenn genügend Lebensmittel vorhanden sind, die jedoch schwierig wird, wenn etwas verteilt werden soll, von dem wenig oder überhaupt gar nichts vorhanden ist. Österreich und seine Regierung kann sicherlich keinen Einfluß ausüben auf jene Staaten, die auf Grund freiwilliger Hilfeleistungen Lebensmittel nach Österreich schicken, und diese veranlassen, mehr zu senden. Es bleibt also nur die Kraft und der Wille des eigenen Volkes, mehr zu erzeugen, um den Hunger in Zukunft zu

bannen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß dem Landwirt hiezu die Möglichkeit gegeben wird.

Meine Parteifreunde haben gestern aufgezeigt, welcher Weg beschritten werden muß, um der Landflucht, unter der vor allem unsere Landwirte so furchtbar leiden, Einhalt zu gebieten, sie haben aber auch darauf verwiesen, welche Reformen notwendig sind, um unsere Landwirtschaft leistungsfähiger zu gestalten. Die Sozialistische Partei hat auch in ihrem dem österreichischen Volk am 8. Mai 1946 vorgelegten Notstandsprogramm die Maßnahmen aufgezeigt, die ergriffen werden müssen, um die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Neuaufbau unseres Staates zu gewährleisten. Mit der Forderung nach Sicherung der Ernährungsgrundlage und Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen dieses Landes wird das ausgedrückt, was das österreichische Volk von den Verantwortlichen dieses Staates und seiner Regierung erwartet. Haß und Empörung greifen bei der arbeitenden Bevölkerung Platz, wenn sie zu sehen muß, wie Schiebertum und Schleichhandel blühen und auf dem Schwarzen Markt alles das zu haben ist, was unsere Hausfrauen schon jahrelang entbehren müssen. Vielfach legt sich der Arbeiter die Frage vor: Wozu denn überhaupt noch arbeiten, wenn es anderseits den Verantwortlichen dieses Staates nicht möglich ist, unsere landwirtschaftliche und industrielle Produktion dem Volke zuzuführen?

Es ist ein offenes Geheimnis, daß einzelne Saboteure die Not des Volkes für ihre persönliche Bereicherung ausnützen und uns damit in eine Situation versetzen, die es uns schwierig macht, den Arbeitern ihr Stückchen Brot zu sichern. Immer lauter wird der Ruf des Volkes, hier Einhalt zu gebieten und auf Grund gesetzlicher Aufbringungsausschüsse dem Ernährungschaos ein Ende zu bereiten.

Ein Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, der sich mit der Milchablieferung eingehender beschäftigte, wurde in der Öffentlichkeit viel erörtert. Die Fälle, die hier aufgezeigt wurden, waren nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern stützten sich auf Unterlagen, welche dem Ernährungsausschuß dieses Bezirkes allmonatlich unterbreitet werden. Obwohl dies dem Herrn Bundesrat Eggendorfer bekannt war, fühlte er sich bemüßigt, im „Kleinen Volksblatt“ zu antworten. Wenn er dort anführt, daß ein Parteisekretär von der Landwirtschaft zu wenig verstünde, um mitsprechen zu können, kann ich ihm nur antworten, daß man wahrlich nicht Fachmann zu sein braucht, um zu wissen, daß die städtische Bevölkerung mit diesen kargen Rationen

nicht zu leben vermag und daß bei etwas mehr gutem Willen bei der Aufbringung unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Not des Volkes zwar nicht restlos behoben, aber zweifellos gelindert werden kann.

Vor mir liegen einige Fälle, die auf Grund der Angaben in der „Arbeiter-Zeitung“ durch den Bezirksernährungsinspektor dieses Bezirkes am 25. November 1946 überprüft wurden. Ich glaube kaum, daß Herr Bundesrat Eggendorfer nach Bekanntgabe dieser Tatsache neuerlich in die Lage versetzt werden könnte, wenn die Frage der Aufbringung von landwirtschaftlicher Produktion die Öffentlichkeit beschäftigt, dies etwa als Demagogie hinzustellen. Vor mir liegt die Anzeige des Bezirksernährungsinspektors des politischen Bezirkes Krems vom 5. Dezember 1946. Sie besagt, daß der Müller und Landwirt Johann Strasser, Eisenbergeramt 33, deshalb zur Anzeige gebracht wurde und seine Bestrafung verlangt wird, weil es ihm bei acht Kühen „bei bestem Willen“ nicht möglich war, in elf Monaten mehr als 540 l Milch zu liefern. Bei dem zweiten Fall, dem Fall Knödelsdorfer, von dem in der „Arbeiter-Zeitung“ die Sprache war, hat sich ergeben, daß dieser Mann nicht in der Lage war, seiner Ablieferungspflicht zu genügen, weil die Milch vor allem durch die Besatzungstruppen abverlangt wurde. Gerade bei diesem Landwirt konnte jedoch festgestellt werden, wie es sich mit der Aufbringung durch die verantwortlichen Stellen verhält. Es wäre falsch, darauf verweisen zu wollen, daß unsere Bauernschaft nicht lieferungswillig wäre. Der Fall, der sich bei dem Landwirt Knödelsdorfer ergeben hat, zeigt ganz klar, daß, obwohl dem Mann nicht die geringste Vorschreibung an Roggen auferlegt wurde — weil sicherlich nach Ansicht der Verantwortlichen für die Aufbringung angenommen worden ist, daß bei 30 Joch kein Roggen vorhanden ist —, dieser Landwirt trotz großer Schwierigkeiten 400 kg Roggen ohne Aufforderung freiwillig abgeliefert hatte. Wenn man jedoch der Meinung ist, daß etwa nur bezüglich der Milchwirtschaft und der Aufbringungsmöglichkeiten nicht so im Interesse des Volkes vorgegangen werde, wie es von der werktätigen Bevölkerung gefordert wird, bin ich auch in der Lage, ein solches Beispiel der Aufbringung in anderen Zweigen unserer landwirtschaftlichen Produktion näher zu beleuchten.

Ich habe hier die Mitteilung einer niederösterreichischen Bezirksbauernkammer — man kann wahrlich nicht behaupten, daß dort die Sozialisten dominieren oder ausschlagge-

38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 10. Dezember 1946. 1067

bend sind —, in der im Interesse der Produzentenschaft darüber Beschwerde geführt wird, daß in einem niederösterreichischen Bezirk Zwiebeln, die unter normalen Verhältnissen nicht zu bekommen sind, zum Preise von 2.50 S bis 4 S verkauft werden. Die Firma Heßler wagt es sogar, Zwiebeln gegen Äpfel in Tausch zu geben, obwohl für den Arbeiter weder das eine noch das andere unter normalen Bedingungen zu erlangen ist.

Der Bericht des Gartenbauwirtschaftsverbandes vom 27. November 1946 hat in diesem Falle festgestellt, daß aus dem Bezirk Laa an der Thaya, in dem nur eine mangelhafte Vorschreibung von Zwiebeln durchgeführt wurde, mehr als 20.000 kg Zwiebeln ausgeführt wurden, für die von den Produzenten nicht der gesetzlich vorgeschriebene Höchstpreis von 49 Groschen, sondern der Preis von 1.55 S bis 1.70 S verlangt wurde. In dem Bericht des Gartenbauwirtschaftsverbandes wird die Bestrafung jener Einkäufer gefordert, die diese Zwiebeln aufgekauft haben, jedoch kein Wort davon erwähnt, daß jene Produzenten, die die Zwiebeln auf den Markt brachten, ebenfalls der Bestrafung zuzuführen seien.

Weiter bin ich im Besitz einer Mitteilung eines niederösterreichischen Marktamtes vom 7. Dezember 1946, die besagt, daß auf Grund einer Mitteilung der Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei dieses Bezirkes die Schließung des Detailverkaufes der Essigfabrik Winkler verfügt wurde. Die Vorgeschichte war folgende: Essig, das weiß jede Hausfrau, gibt es sehr wenig, wenn es in den letzten Wochen und Monaten überhaupt einen gegeben hat. Die Firma Winkler machte sich nun daran, für einen Liter guten Wein bei Aufzahlung von 40 Groschen einen Liter Essig zu verabreichen. Praktisch ist es in vielen nachgewiesenen Fällen vorgekommen, daß Arbeiterfrauen, die im Haushalt keinen Essig mehr hatten, den ihnen auf die Weinkarte zustehenden Wein beim Gastwirt erstanden und 40 Groschen draufzahlten, um den Wein bei der Firma Winkler in Essig umzutauschen. Ein Liter Essig hat sich also, praktisch gesehen, auf 6.40 S gestellt. Dies alles geschah unter den Augen der Behörden. Auf Grund der Mitteilung dieser Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei wurde nun der Detailverkauf dieser Essigfabrik am 5. Dezember 1946 gesperrt. Eine Bestandaufnahme ergab auch, daß dort 55.700 l sogenannten essigstichigen Weines lagerten. Man wollte damit zweifellos verkleiden, daß der gute Wein, den die Konsumentenschaft dort hinbrachte, etwa nicht den Qualitäten entsprach, die für den Verkauf geeignet waren. Ferner wurden dort 30.000 l Essig festgestellt,

obwohl es weder in diesem Bezirk noch irgendwo anders schon seit Wochen überhaupt Essig gibt. Außerdem wurden bei dieser Firma Winkler 54921 erstklassiger Wein sichergestellt.

Ein Musterbeispiel behördlicher Pflichterfüllung mag folgende Feststellung aufweisen: Der Gendarmerieinspektor Havlicek in einem niederösterreichischen Bezirk wurde beauftragt, Erhebungen über einen gewissen Maurermeister Franz Schütz zu pflegen, der verdächtigt wurde, eine Schwarzschlachtung durchgeführt zu haben. Die Erhebung ergab, daß dieser Schütz einen fünfjährigen Ochsen zum Preis von 700 S erstanden hatte, natürlich von einem Unbekannten, wie er angegeben hat. Der Viehpaß war von der Gemeinde Ingerwitzhof in Oberösterreich ausgestellt. Als Verkäufer schien Heinrich Kleist, Ingerwitzhof Nr. 11, auf, als Bestimmungsort war nicht der niederösterreichische Bezirk angegeben, sondern Perg, und zwar sollte dieser Ochse an einen gewissen Gustav Schraut geliefert werden. Obwohl Schütz weder Stall noch Futter besaß, kaufte er den Ochsen und schlachtete ihn. Schütz, der zum Ankauf dieses Ochsen gar nicht berechtigt war, nahm die Hälfte dieses Ochsen an sich und gab die andere Hälfte weiter. Das Schlachtgewicht dieses fünfjährigen Ochsen wurde laut Erhebungsbericht von dem zuständigen Ortsbauernrat dieser niederösterreichischen Gemeinde mit 132 kg festgelegt. Aber nicht, wie man etwa annahm, daß die Beschlagnahme dieses Ochsen verfügt worden wäre, nachdem der Behörde dies bekannt geworden war; man begnügte sich mit einer Verwarnung, obwohl man sich anderseits nicht scheut, Arbeiter ganz kategorisch zu strafen, die sich etwa einige Kilogramm Kartoffel aus irgendeinem Gebiet verschafften, sie zum Beispiel mit Verwaltungsstrafen bis zu 160 S zu belegen. Anderseits ist man anscheinend nicht geneigt, gegen diesen Maurermeister mit aller Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

Aus diesem Beispiel ersehen Sie, wie berechtigt die Kritik aller Bevölkerungsschichten an der Aufbringung unserer landwirtschaftlichen Produkte ist. Nur durch die Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise wird es möglich sein, solche Mißstände zu beseitigen und den Ernährungsminister durch eine gerechte Aufbringung in die glückliche Lage zu versetzen, auch das zu verteilen, was bisher zum Nutzen einzelner in die dunklen Kanäle des Schleichhandels wandert.

Dies verpflichtet uns aber auch, vollkommen neue Wege bezüglich der Aufbringung und der Sicherung der Ernährungsgrundlage zu beschreiten. Die Forderung nach Aufbrin-

gungs- und Produktionsausschüssen ist gerechtfertigt, denn diese würden eine Gewähr dafür bieten, daß durch die Mitarbeit breiter Volksschichten hier endlich einmal Wandel geschaffen wird. Die Forderung der Sozialisten nach Aufbringungs- und Produktionsausschüssen entspricht einzig und allein dem Wunsch der breitesten Massen unseres Volkes und sie ist schon deshalb berechtigt, weil die Produktionsausschüsse gerade jenen Landwirt schützen würden, der seiner Pflicht Genüge tut und im Bund mit den Arbeitern mithilft, das neue Österreich zu festigen und aufzubauen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Koplenig: Hohes Haus! Schon in der vorigen Budgetdebatte mußte ich darauf hinweisen, daß das Ernährungsministerium eigentlich keine anderen Funktionen hat als die einer großen Kartenstelle, daß keine Mittel vorgesehen sind, um aus dem Ernährungsministerium wirklich jene Stelle zu machen, von der aus die gerechte Verteilung der Lebensmittel über das ganze Land durchgeführt werden kann.

Als wir im Mai über das Budget berieten, war die Lebensmittellage noch bedeutend gesicherter, als sie gegenwärtig ist, weil ein Teil des Bedarfes im Inland durch die UNRRA-Lieferungen gedeckt erschien. Aber wir haben schon damals und wiederholt in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß sich mit der Einstellung der UNRRA-Lieferungen die Planlosigkeit und die Zersplitterung, die im Ernährungswesen bei uns herrschen, noch viel stärker fühlbar machen müssen. Wir haben stets mit allem Nachdruck die Vereinheitlichung des Ernährungswesens in der Hand eines Ministeriums, die Planung und Sicherung der Aufbringung der Ernte gefordert, weil wir der Auffassung sind, daß die Grundlage der österreichischen Ernährung in der richtigen Verteilung der eigenen Produktion und in der restlosen Aufbringung der eigenen Ressourcen gesucht werden müßte.

Das Fehlen eines einheitlichen Planes im Ernährungswesen wirkt sich, wie wir sehen, immer verhängnisvoll aus. Trotz der angekündigten Kalorienhöhung auf 1550 ist die Versorgungslage nicht besser geworden. In einigen Ländern, in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg, sieht die Bevölkerung bisher noch nichts von den erhöhten Kalorienätzen, und in Wien und auch in Niederösterreich bleibt die einseitige Ernährung der Bevölkerung, wie wir sie schon seit langem kennen, weiter bestehen. Gesundheitliche Schäden sind unvermeidbar, insbesondere weil die Bevölkerung von Wien schon monatelang kein Frischfleisch bekommt. Es heißt zwar jetzt, daß künftighin einmal im Monat

Frischfleisch an die Wiener verteilt werden soll und daß die Bevölkerung der Bundesländer, die bisher allwöchentlich Frischfleisch erhielt, je eine Woche auf diese Zuteilung verzichten soll. Ich glaube, daß wir hier gerade ein Beispiel haben, wie es nicht gemacht werden sollte, und daß man gerade an Hand dieses Beispiels wohl nicht von einer einheitlichen Ernährung, von einer einheitlichen Verteilung der vorhandenen Lebensmittel sprechen kann. Die Ernährung der Bevölkerung nach einheitlichen Sätzen kann nicht dadurch erreicht werden, daß künstlich errechnete Kalorienmengen gleichmäßig verteilt werden, sondern daß die österreichische Produktion, vor allem die Frischfleischprodukte gleichmäßig auf die ganze Bevölkerung verteilt werden. Eine gleichmäßige Verteilung der eigenen österreichischen Produktion bedeutet, daß nicht ein Teil der Bevölkerung nur von Konserven lebt, sondern daß alle auch frische Produkte erhalten müssen. Und es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel in einigen Teilen unseres Landes die Bevölkerung bloß in einer Woche auf Frischfleisch verzichtet und noch durch drei Wochen Frischfleisch erhält, während die Wiener Bevölkerung bloß in einer Woche Frischfleisch bekommt. Wo bleibt hier die gleichmäßige Verteilung?

Eine äußerste Erschwerung der Ernährungswirtschaft ist, daß die Städte über keine Lebensmittelvorräte verfügen, daß von Lebensmittelaufwurf zu Lebensmittelaufwurf fortgewurstelt und daß die Versorgung dadurch oft von Zufällen abhängig gemacht wird. Das sind Dinge, die zu einer Katastrophe führen. Es kann ja nicht als normal angesehen werden, daß der Ausfall eines überseeischen Transportschiffes oder Schwierigkeiten mit dem Bahntransport nicht durch irgendwelche Lagerreserven überbrückt werden können.

Wir sind der Meinung, daß es so nicht sein müßte und bei einer richtigen Ernährungspolitik in dieser Regierung manches anders sein würde. Die Einstellung der UNRRA-Hilfe wird ohne Zweifel eine weitere Erschwerung der Lage mit sich bringen, denn trotz aller Erklärungen ist an die Stelle der UNRRA bis heute keine andere Organisation getreten. Der hervorragendste Fachmann auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung, der kürzlich Österreich besuchte, der englische Gelehrte Boyd Orr, unterstrich die Notwendigkeit, daß jedes Land in erster Linie seine eigenen Kräfte für die Sicherung seiner Lebensmittelversorgung anspannen muß. Daß dies nicht geschehen ist, wurde vor allem dadurch verursacht, daß man sich beharrlich

geweigert hat, die Vereinheitlichung des Ernährungswesens durchzuführen, und daß auch die Schaffung des Ernährungsdirektoriums in dieser Beziehung keinerlei Abhilfe gebracht hat.

Gestatten Sie mir, einige Tatsachen anzuführen, die Ihnen zeigen sollen, daß die Voraussetzungen für eine bessere Lebensmittelversorgung in Österreich gegeben sind. Ich werde mich ausschließlich auf offizielle Ziffern stützen, auf Angaben der Viehzählung.

Man erzählt uns oft, daß infolge der Kriegshandlungen Geflügel und Kleinvieh vollkommen von der Bildfläche verschwunden sind. Die Statistik sagt etwas anderes: Im Jahre 1938 wurden in Österreich 146.000 Gänse gezählt. Im Dezember 1945, wo angeblich gewisse allgemein bekannte Faktoren alle Gänse aufgefressen hatten, waren es 151.000 Gänse, also mehr als im Jahre 1938. Kaninchen gab es 1938 541.000 und nach den Ereignissen von 1945 686.000. Der Pferdebestand in Österreich — er hat für die Ernährung sehr große Bedeutung — ist im Vergleich zu 1938 nach dem offiziellen Stand im Dezember 1945 um 17.000 Stück gestiegen. Damit will ich nicht eine Lanze für die Verwertung von Pferdefleisch brechen, aber wenn diese Pferde in der Landwirtschaft entsprechend verwendet werden, kann dadurch die Produktion wesentlich gesteigert werden.

Von größter Wichtigkeit für die Ernährung der Bevölkerung ist der Stand an Milchkühen. Er war nach der Viehzählung 1945 um 5 Prozent niedriger als im Jahre 1938. Wenn man selbst mit einem Rückgang des Milchertrages auf die Hälfte rechnet, müßten nach dem Viehstand vom Dezember 1945 sechseinhalb Millionen Liter wöchentlich allein an Trinkmilch anfallen, das ist ein Liter pro Kopf der Bevölkerung. Diese Menge müßte ausreichen, um die Ernährung der Kinder und alten Leute zu verbessern und auch die Butter gelegentlich in den Lebensmittelaufbau aufzunehmen. Beim Abschluß entsprechender Handelsverträge zur Lieferung von Futtermitteln könnte man den Milchertrag bedeutend steigern und dadurch einen wesentlichen Faktor der Volksernährung verbessern.

Ich betone ausdrücklich diese Tatsachen über den Stand unserer Landwirtschaft, um Ihnen zu zeigen, daß kein Grund vorhanden ist, die Bevölkerung der Städte einseitig ohne frische Produkte zu ernähren und insbesondere unseren Kindern und den Alten und Kranken nicht genügend Milch und Fettstoffe zu geben. Hier fehlt es an einer einheitlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel, ihrer einheitlichen Erfassung und richtigen

Verteilung. Bereits in der Generaldebatte habe ich auf die skandalösen Vorgänge hingewiesen, die bei der Übergabe von Speisekartoffeln an die Stärkefabrik in Gmünd vorgekommen sind. Es ist Ihnen bekannt, daß von der niederösterreichischen Obsternte nicht einmal der zehnte Teil den städtischen Verbrauchern zugeführt wurde. Diese Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Nichtdurchführung der Forderungen nach Vereinheitlichung des Ernährungswesens die Lage im Lande noch weiter verschlechtert hat und daß keine reale Aussicht auf die Verbesserung dieser Lage besteht, wenn nicht mit dem System gebrochen wird, die Ernährungsfrage von Fall zu Fall, von Woche zu Woche irgendwie zu lösen, und wenn nicht wirklich ernstliche Maßnahmen in dieser entscheidenden Frage der Versorgung getroffen werden.

Der ausschlaggebende Mangel in unserem Ernährungswesen besteht darin, daß die Inlandproduktion nur zu einem geringen Teil erfaßt wird und daß auch dort, wo sie erfaßt wird, sie nicht zweckmäßig verteilt wird. Die Aufbringung der heimischen Produktion hat vollkommen versagt. Die zuständigen Wirtschafts- und Ernährungsstellen haben die städtische Bevölkerung weder mit Obst, noch mit Erdäpfeln, geschweige denn mit Produkten der Viehzucht entsprechend versorgen können.

Es wäre falsch, den Bauern in ihrer Masse schuld an der schlechten Ablieferung zu geben. Und die Arbeiterschaft weiß ganz genau, daß von einer solchen Kollektivschuld der Bauernschaft für die Nichtablieferung nicht die Rede sein kann. Aber nichts wird getan, um die ablieferungsfreudigen Bauern und Gemeinden mit Industrieprodukten vorzugsweise zu beteilen und so die Ablieferungsfreudigkeit der Bauern zu steigern. Das einzige, was geschieht, ist, daß man mit Hetzreden die Bauernschaft gegen die Arbeiter aufzuputschen versucht, die mit den Bauern gemeinsame Interessen an der richtigen Lösung und Verteilung der Versorgung haben.

In Anbetracht des ständigen Rückganges der Zufuhren aus dem Auslande durch die Einschränkung der UNRRA-Hilfe und der Notwendigkeit, mit unseren Produkten noch besser hauszuhalten als bisher, ist es an der Zeit, allen Ernstes zu erkennen und kategorisch zu erklären: Österreich hat zu wenig Lebensmittel für die Österreicher, und man kann es Österreich nicht zumuten, daß seine Kinder hungern, damit die versetzten Personen etwas zum Essen haben. (Zutimmung.) Wenn es einzelne Mächte für notwendig halten, daß die versetzten Personen nicht in

ihre Heimat zurückkehren, wenn man es aus bestimmten politischen Gründen für zweckmäßig hält, diese versetzten Personen in Österreich anzusiedeln, wogegen man sich wenden muß, dann ist zumindest nur recht und billig, daß diese Mächte für die Verpflegung der versetzten Personen aufkommen und daß nicht ein armes Land wie Österreich sie verpflegen muß. Es kann nicht oft genug betont werden, daß es keinen Beschluß des Alliierten Rates gibt, der uns die Pflicht auferlegt, die versetzten Personen in Österreich zu verpflegen. Mit der Einstellung der UNRRA-Hilfe hören auch die Verpflichtungen, die der UNRRA gegenüber übernommen wurden, auf.

Nun hat gestern das Organ einer Besatzungsmacht festgestellt, daß sogar die versetzten Personen in den UNRRA-Lagern aus Lebensmittel verpflegt werden, die eigentlich für Österreich bestimmt sind. In der Debatte über das Kapitel Inneres wurde von verschiedenen Rednern beispielsweise angeführt, daß das Ausmaß der Lebensmittel, die wir für die versetzten Personen aufwenden müssen, kein geringes ist. Es ist ebenso eine Tatsache, daß in einzelnen Ländern die Kalorienzahl für die versetzten Personen immer noch höher ist, als die Kalorienzahl für die einheimische Bevölkerung. Ich glaube, daß gerade diese Frage ein Anlaß für das Parlament wäre, sich mit einem einheitlichen Appell an das Ausland zu wenden, und ich glaube, daß die Bevölkerung in allen Ländern absolut verstehen wird, daß Österreich, das sich selbst in solchen Ernährungsschwierigkeiten befindet, nicht in der Lage ist, auch für die versetzten Personen aufzukommen.

Man versucht in letzter Zeit alle früheren Untertanen des Habsburgerreiches, die einigermaßen deutsch sprechen, unserem Lande als sogenannte Volksösterreicher aufzuzwingen. Nun, nachdem auch hier in der Debatte über diese Frage gesprochen wurde und aus verschiedenen Erklärungen offizieller Stellen ersichtlich ist, daß eine gewisse Neigung besteht, diese sogenannten Volksösterreicher aufzunehmen, halten wir es für unsere Pflicht, zu warnen und aufzuzeigen, welche Gefahren sich daraus ergeben, nicht nur für unsere Ernährung, sondern im allgemeinen für die Entwicklung unseres Landes. Denn wenn man die unter den Begriff Volksösterreicher Fallenden aufnehmen will, muß man sich fragen: Wo ist denn die Grenze? Haben nicht auch die kroatischen Faschisten, die sich heute in großer Anzahl in Österreich befinden, oder irgendwelche andere, Ungarn, oder sagen wir faschistische Ukrainer aus Galizien und so weiter, eben-

falls einen Anspruch darauf, als Volksösterreicher zu gelten, wenn man diesen Begriff von der früheren Zugehörigkeit zum Habsburgerverband ableitet?

Und noch eine Frage: Wir kennen aus Erfahrung Beispiele, daß zehntausende und aberzehntausende Faschisten in Kroatien und in anderen Ländern während der großen Hitlersiege ihre eigene Nationalität verleugneten und sich als Volksdeutsche deklarierten, und es würde ihnen nicht schwer fallen, sich heute auch als Volksösterreicher auszugeben. Es wurde auch wiederholt in der Diskussion gesagt, daß wir Österreicher zumindest den Anspruch erheben müssen, daß Österreich über die Frage der versetzten Personen bestimmen soll. Ja, man wird sehr gern bereit sein, uns die Selbstbestimmung in dieser Frage zu überlassen, und die Selbstbestimmung besteht schon darin, daß heute bereits die versetzten Personen, die bisher von der UNRRA ernährt wurden, dann den Österreichern zur Ernährung übergeben werden. Dabei ist bekannt, daß ein großer Teil dieser Leute in der Batschka, in der Bukowina, im ehemaligen Österreich-Ungarn treue Diener Hitlers gewesen sind. Die Republik Österreich ist nicht der Rechtsnachfolger der Habsburgermonarchie und hat heute keine Sonderverpflichtungen gegenüber diesen Volksdeutschen.

Österreich von den versetzten Personen zu befreien ist eine dringliche Aufgabe auch für die Lösung der Lebensmittelfrage. Was uns die versetzten Personen an Lebensmitteln kosten, haben bereits die Abgeordneten Aigner und Rainer im Laufe der Budgetdebatte angeführt. Ich bringe hier nur ein Beispiel aus Salzburg: Die Molkerei Salzburg hat im Laufe des Monats Oktober an die Lager für versetzte Personen 11.685 kg Butter, 38.685 l Vollmilch und 81.702 l Magermilch abgegeben. Dieselbe Molkerei hat in der gleichen Zeit nach Wien um rund 3000 kg Butter weniger geliefert als an diese Ausländerlager. Das war keine Milch von UNRRA-Kühen, sondern Milch von österreichischen Kühen, die für Ausländer verwertet wurde, während Kinder und Kranke überhaupt keine Milch und keine Butter zu sehen bekommen. Besonders aufreizend wirkt noch, daß man in das Salzburger Ausländerlager statt Mischfett — das diesen Leuten nicht schmeckte — Butter nachgeliefert hat.

Wie kann dies verteidigt werden, und wer kann uns dazu zwingen, die versetzten Personen, über die uns in dieser Debatte soviel aufschlußreiches Material gegeben wurde, besser zu versorgen als die Österreicher? Österreichische Produkte müssen der öster-

reichischen Bevölkerung zugute kommen! Das muß ein Grundsatz der Lebensmittelverteilung sein. Wenn ausländische Stellen nicht die Mittel und Wege finden, die versetzten Personen aus Österreich abzuschieben, müssen sie sie auch mit Lebensmitteln versorgen.

Für die einheitliche Lenkung des Ernährungswesens ist die Schaffung von Versorgungsausschüssen eine unbedingte Notwendigkeit. Dort, wo Versorgungsausschüsse gebildet worden sind, wie in der Steiermark, in denen die Vertreter der Arbeiter und Bauern zusammensitzen, können diese Versorgungsausschüsse bedeutende Erfolge bei der Aufbringung und Sicherstellung von Lebensmitteln verzeichnen. Aber wenn man versuchen sollte, die Versorgungsausschüsse in Beiräte ohne das Recht des Eingreifens gegen Schleichhändler und Spekulanten zu verwandeln, werden sie den Zweck nicht erfüllen. Für die Sicherung unserer Ernährung brauchen wir die rasche Herstellung von Handelsverträgen mit jenen Ländern, die uns Lebensmittel liefern können. Die Bereitstellung der notwendigen Kompensationsgüter zum Austausch mit diesen Ländern ist dazu erforderlich.

Bei entsprechender Planung unserer gesamten Wirtschaftspolitik, bei entsprechender Planung unserer Handelspolitik ist es durchaus möglich, die entsprechenden Kompensationsgüter für den Verkehr mit Ländern, die uns Lebensmittel liefern, bereitzustellen und zu sichern. Dieser Winter droht mit großen Schwierigkeiten in der Lebensmittellage. Er verlangt die Einsetzung aller Kräfte zur Sicherung der Ernährung und vor allem einen entscheidenden Bruch mit dem System des Fortwurstelns von Woche zu Woche und die Sicherung der einheitlichen Verteilung der österreichischen Lebensmittel über das ganze Land.

Abg. Hinterndorfer: Hohes Haus! Das Kapitel 22 des Voranschlages beinhaltet unsere Ernährungswirtschaft. Die Ernährung entscheidet über Sein und Nichtsein des Volkes, denn nur wenn ein Volk zu essen hat, kann es leben und arbeiten. Das Thema des Tages und unsere Hauptsorge ist heute und bleibt noch für die längere Zukunft unsere Ernährung. Unsere vordringlichste Aufgabe ist es, die Ernährung des Volkes trotz aller Schwierigkeiten zu sichern. Unser leidgeprüftes österreichisches Volk hungert, und Hunger tut weh. Das wissen wir einstigen KZler und Schutzhaftlinge nur zu gut. Alarmierend und erschreckend zugleich sind die Feststellungen über den ungenügenden Ernährungszustand unseres Volkes, die wir den Berichten der Krankenkassen und Gesundheits-

ämter entnehmen können. Die Tuberkulose, die größte Geißel unseres Volkes, hat eine Ausbreitung angenommen wie nie zuvor. Von der Tuberkulosefürsorge in Wien allein sind bis August dieses Jahres insgesamt 31.000 Erkrankte betreut worden. Das ist eine Steigerung dieser Krankheit um 100 Prozent gegenüber 1938. Die Anzahl der an Tuberkulose Verstorbenen ist seit Kriegsbeginn auf das Dreifache gestiegen. Sie ist in diesen Tagen wesentlich höher als nach dem ersten Weltkrieg. Besonders gefährdet in den Städten und Großstädten ist unsere Jugend. Eine amtsärztliche Untersuchung der Lehrlinge in Wien ergab, daß nur 10 Prozent derselben gesund sind, während 90 Prozent tuberkulosegefährdet sind. Mit dem 1550-Kaloriensatz kann man die Tuberkulose nicht verhüten, noch weniger bekämpfen und schon gar nicht heilen.

Man sollte nun meinen, daß die wichtigsten Fragen, die Ernährung, die Volksbeauftragung und damit die drei Staatsparteien zur demokratischen Zusammenarbeit veranlaßt, um einig und gemeinsam alle Schwierigkeiten zu meistern und unserem Volke die bestmögliche Ernährung zu sichern. Daß dem nicht so ist, das beweisen gerade die letzten Wochen, die uns zeigen, daß auch in der Ernährungsfrage Parteipolitik und Demagogie betrieben wird. Die Schuld an der Ernährungskrise gibt man ganz einfach der Regierung, für deren Tätigkeit man heute das Wort Fortwursteln gehört hat. Das Ernährungsministerium wird als total unfähig abgetan, die Österreichische Volkspartei als Mehrheitspartei trägt natürlich auch die Schuld, und nicht zuletzt beschuldigt man die Bauernschaft der Ablieferungssabotage und so weiter, wie alle diese Dinge der Verdrehung heißen.

Nun, ich glaube, daß unser Volk, das sieben Jahre verlogene Nazipropaganda über sich ergehen lassen mußte, davon den einen Nutzen gezogen hat, daß es politisch reifer und hellhöriger wurde und zu unterscheiden vermag, wo Volkspolitik und Parteipolitik ist und wo die eine oder die andere zu suchen ist. Ich bin weiter der Meinung, daß das öffentliche Leben in der zweiten Republik von höherer politischer Reife getragen werden sollte, als es in der ersten Republik der Fall war, und ich glaube, daß man als Demokrat der Demokratie den schlechtesten Dienst erweist, wenn man ununterbrochen die Einrichtungen der Demokratie, angefangen von der Regierung, herabsetzt, beschimpft, verleumdet und diskreditiert. Ich bin schließlich der Ansicht, daß auch in der Politik Anständigkeit, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit Begriffe von Bedeutung sind.

Denn wohin eine Politik, aufgebaut auf Lug und Trug, führt, das haben wir in der Vergangenheit erlebt. Unseren Kanzler oder die Österreichische Volkspartei oder gar unsere Bauern als diejenigen hinzustellen, die die Schuld haben, das sind lächerliche Anschuldigungen. Glaubt etwa auch nur ein Mensch in Österreich, daß dieser Kanzler, der sechseinhalb Jahre die Leiden und das Martyrium in Dachau mitgemacht hat, dort hungerte und darbt, daß dieser Mann nun als Kanzler und Regierungschef unsere Ernährungs-sorgen nicht zu den seinen machen würde? Und hier muß es einmal gesagt werden, daß dieser Mann schon einmal, als es um die Ernährung sehr kritisch stand, persönlich eingegriffen und die kritische Lage mit Erfolg gemeistert hat.

Wir haben davon nie gesprochen, denn mit der Not des Volkes glauben wir kein politisches Geschäft machen zu dürfen, was aber bei anderen nicht immer zutrifft. Ich bin der Meinung, daß wir gerade in der wichtigsten, das Volk am meisten interessierenden Frage, in unserer Ernährung, verpflichtet sind, alles offen, wahrheitsgetreu zu sagen und die Grundübel der Ernährungs-krise aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren! Wäre die Ernährungs-krise nur in Österreich, wäre es sicherlich eine österreichische Angelegenheit. Wir aber wissen nur zu gut, daß die Ernährungs-krise eine Allerweltskrise und vor allem eine europäische Krise ist, zu deren Linderung eine UNRRA-Hilfe von 54 Nationen erst geschaffen werden mußte. Die Ernährungs-krise bei uns und fast in allen europäischen Ländern ist eine Folge des totalsten Krieges aller Zeiten, der aus allen europäischen Ländern ein Schlachtfeld gemacht und ganz Europa als ein wirtschaftliches Trümmerfeld hinterlassen hat. Vorweg sei festgestellt, daß dieses Österreich, wie es seit 1918 besteht, nie autark war und sein wird und daß wir selbst in den besten Friedensjahren Lebensmittel importieren mußten. Während der nazistischen Gewalt-herrschaft verloren wir durch die Kriegswirtschaft in Österreich über 155.000 ha fruchtbarer Anbauflächen, davon in Nieder-österreich allein mehr als 50.000 ha. Ich erinnere daran, um es drastisch auszudrücken, daß ja ganz Österreich eine Kaserne und ein Exerzierplatz wurde. In Niederösterreich allein hat man bei St. Pölten, Markersdorf, Fels, Langenlebern und bei Tulln Flugplätze gebaut, die Strecke von Baden bis Wiener Neustadt war fast ein einziges Flugfeld. Hiezu kam der große Truppenübungsplatz, das Brucker Lager, der Ausbau anderer Lager; in Döllersheim im Waldviertel wurden

42 Bauerndörfer ausgesiedelt, um dort einen großen Truppenübungsplatz zu errichten. Dazu kam, daß die Kriegshandlungen des Vorjahres die Bevölkerung unseres größten Agrarlandes Niederösterreich wieder schwer und hart getroffen haben.

Nach unserer Befreiung, die wir uns ja in vielem anders vorgestellt haben, ergaben sich weitere Umstände, die unsere Ernährungs-krise nur verschärften. Wir bekamen Besatzungstruppen in großer Stärke und haben sie auch noch heute. Sie wissen, daß eine Besatzung um so unerträglicher ist, je länger sie dauert. Man benötigt ja doch Frischfleisch, Milch, Molkereiprodukte, Gemüse, Obst und derlei mehr.

Dazu kommt noch ein weiteres, das als Grundübel bezeichnet werden muß und das wir zur Genüge kennen, nämlich die Zerreißung unseres Landes in vier Zonen, die hermetisch abgeschlossen wurden. Es ist schon so, daß die Einheitlichkeit unseres Wirtschaftsgebietes zerstört wurde und daß wir bis heute noch keinen freien Güter-verkehr, selbst nicht einmal für Lebensmittel in Österreich gewährleistet haben. Ich erinnere an das Beispiel, daß Vorarlberg Fleisch im Überfluß hatte und es gegen Kartoffel eintauschen wollte. Es war nicht möglich, von Niederösterreich Kartoffel nach Vorarlberg und von Vorarlberg Fleisch zu uns zu bringen.

Ich komme nun zu den versetzten Personen, von denen auch mein Vorredner gesprochen hat. Es sind dies Leute, die uns höchst unerwünscht sind. Solche verschickte Personen sind in der Zahl von mehr als 500.000 in unserem Land. Es handelt sich hier um eine Ausländerverpflegung auf Kosten der Österreicher. Fiele dieselbe weg, so könnten die Kaloriensätze der Normal-verbraucher in ganz Österreich sofort täglich um 150 Kalorien erhöht werden. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß wir von diesen verschickten Personen endlich befreit werden, wir können aber auch in dieser Frage nicht selbst entscheiden, denn wir wissen es alle nur zu gut, daß der Alliierte Rat über diese Personen verfügt.

Katastrophal ist der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Es fehlen in Niederösterreich allein über 48.000 Arbeitskräfte. Es gibt in jedem Dorf schon Bauernhöfe, in denen nur mehr alte Leute allein die gesamte Wirtschaft bestellen müssen. Weiter fehlt es an Zugtieren, Traktoren und so weiter. Erwähnt sei auch noch, daß im Jahre 1940 an künstlichen Düngemitteln in Österreich noch über 80.000 t angewendet wurden, während wir zur Zeit kaum 8000 t verwendet haben. Das scheinen mir vor allem

die Hauptursachen unserer Ernährungskrise zu sein. Wir kennen die Schwierigkeiten, aber wir sind der Meinung, daß wir leben könnten, wenn jeder Quadratmeter Boden wieder von Österreichern für Österreicher bebaut werden kann und wenn wir wieder, angefangen von den Erdölfeldern in Zistersdorf, Herr auf eigenem Grund und Boden sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.)

Die Frage, die uns alle bewegt, lautet nun: Wie steht es mit unserer Ernährung? Was fehlt an Kalorien und wie kommen wir durch? Wir stehen zur Zeit auf einer Kalorienbasis von 1550, einem Satz, von dem man wohl sagen kann, daß er zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Vor Kriegsausbruch betrug der Kaloriensatz der österreichischen Bevölkerung durchschnittlich 2750 Kalorien täglich.

In England beträgt vergleichsweise gegenwärtig der Nährwert der Menge der rationierten Lebensmittel 2800 Kalorien, wozu aber noch allerlei frei gekauft werden kann. Aufgebaut auf der Kalorienbasis von 1550 beträgt der Jahresbedarf unseres Volkes an Brotgetreide 780.000 t, an Kartoffeln 584.000 t, an Fett 32.500 t, an Zucker 39.000 t.

Die Landwirtschaft ist aus den vorhin angeführten Gründen nicht in der Lage, selbst wenn sie Tag und Nacht arbeiten würde, diesen Bedarf zu decken. Nach Abzug der Inlandserzeugung, also der heurigen Ernte, die in unserem Lande infolge von Dürre und Trockenheit mittelmäßig zu nennen ist, ergibt sich, daß folgende Waren notwendigerweise importiert werden müssen: Brotgetreide 440.000 t, Fleisch 41.000 t, Fett 26.000 t und Zucker 9500 t. Diese Lebensmittelmengen müssen wir importieren, um bis zur nächsten Ernte durchzukommen. Unsere Ernährungslage gestaltet sich um so gespannter, als die UNRRA-Lieferungen mit Ende dieses Jahres eingestellt werden. Dem Ernährungsministerium obliegt daher die schwere Aufgabe, die fehlenden Kalorien sicherzustellen. Im Finanzausschuß wurde von einer Reihe von Abgeordneten für eine Erhöhung der Kaloriensätze plädiert, so für Jugendliche und für werdende und stillende Mütter. Wir wollen wünschen, daß es dem Herrn Ernährungsminister möglich wird, diese berechtigten Wünsche in die Tat umzusetzen.

Ich möchte nun auf einige Dinge zu sprechen kommen, die mit der Ernährungslage eng verbunden sind. Das ist vor allem der Aufbringungs- und Verteilerapparat. Meine Damen und Herren! Aus den Kreisen der Produzenten werden die Klagen über die fliegenden Hofkontrollen, Druschkontrollen,

Milchkontrollen und was es schon alles gibt, immer lauter, da man sich dabei Methoden und Mitteln bedient, die an die Gestapozeit erinnern. Aus einer Hofkontrolle wird eine hochnotpeinliche Hausdurchsuchung gemacht. Weiter muß festgestellt werden, daß die Erfassung auch regional nicht immer gleichmäßig durchgeführt wird. So ist mir bekannt, daß ein politischer Bezirk in allem und jedem wesentlich härter in der Verschreibung erfaßt wurde als der gleichgeartete Nachbarbezirk. Daher wird der Wunsch nach der Einführung des Kontingentierungssystems aus den Produzentenkreisen immer lauter. Es wäre angezeigt, wenn die kompetenten Stellen dieses System doch einer Überprüfung unterziehen würden.

Hier muß auch ein Wort über die radikalen Kürzungen der Selbstversorgerquoten gesprochen werden, die man wohl als unhaltbar bezeichnen muß. Es ist ja bekannt, daß der Landwirt jede Arbeitskraft das ganze Jahr hindurch aus seinen eigenen Beständen verköstigen muß. Diese krassen Kürzungen werden daher keineswegs die Produktions- und Lieferfreudigkeit heben.

Auch ein Wort zur Preisbildung und Lohnentwicklung: Es ist nur zu selbstverständlich, daß bei jeder Produktion — also auch bei der landwirtschaftlichen Produktion — die Gestehungskosten unbedingt gedeckt werden müssen, denn nur so bietet die Produktion überhaupt einen Anreiz. Diesbezügliche Preiserhöhungen wird niemand kritisieren, wo sie aber aus anderen Motiven vorgenommen werden, sind sie um so mehr zu beanstanden. Wir müssen bei vielen Artikeln in der letzten Zeit feststellen, daß sich die Preise sprunghaft nach aufwärts entwickelt haben und daß eine strenge Handhabung der Preiskontrolle notwendig ist. Jede Lockerung des Preisstopps zieht eine Steigerung der Lohsätze nach sich; beide, die Steigerung der Bezüge und die Steigerung der Preise, führen dorthin, wohin wir alle nicht kommen wollen, nämlich in eine unheilvolle Inflation.

Schließlich auch ein Wort über die üblen Begleiterscheinungen jeder Ernährungskrise. Das sind der Schwarze Markt und der Schleichhandel. Unsere arbeitende Bevölkerung verlangt gebieterisch, daß alle Saboteure unserer Ernährung, die Großschieber und Schleichhändler, die aus der Not und dem Hunger ihr Kapital schlagen und ihre schmutzigen Geschäfte machen, mit drakonischer Härte bestraft werden und daß ihnen das Handwerk baldmöglichst gelegt wird. Die arbeitende Bevölkerung versteht es nicht, daß es beispielsweise in Wien unter den Augen der Behörden Stellen und Gegenden gibt, wo von früh bis abends Schwarzhandel be-

trieben wird, selbst unter den Augen der Polizei, und wir meinen, daß die Polizei in erster Linie dazu da wäre, um Recht und Ordnung in diesem Staate zu garantieren. Wenn wir allerdings die Vorkommnisse an den Hochschulen sehen, wo die Polizei die verletzten Studenten einsperrt und die Gewalttäter freiläßt, dann können wir zur Polizei nicht das richtige Vertrauen bekommen. In Ungarn hat man beispielsweise diesbezüglich ganz scharf zugepackt, da wurde, wie Ihnen bekannt ist, das Standrecht auch auf Saboteure der Wirtschaft ausgedehnt.

Bei der Behandlung des Kapitels Ernährungswirtschaft haben wir die Verpflichtung, zunächst allen jenen unsere Dankschuld abzustatten, die uns in unserer Not hilfreich zur Seite gestanden sind. Ich denke in erster Linie an die Nationen, die uns durch die UNRRA Hilfe gebracht haben. Wir danken allen Völkern, die uns halfen, unsere Not zu lindern. Anerkennung und Dank gebührt aber ganz besonders unserer fleißigen österreichischen Bauernschaft, die trotz aller Schwierigkeiten im heurigen Jahr den Anbau restlos durchgeführt und die Ernte wieder eingebracht hat.

Es drängt sich nun die Frage auf: Was verlangt die Not der Zeit von uns? Wir müssen vor allem die Ernährungskrise meistern und die Ernährung unseres Volkes sichern. Mit Kritisieren, Demagogie und auch mit den von einer Seite gewünschten Neuwahlen werden wir die Ernährungskrise keineswegs beseitigen.

Es scheint mir folgendes notwendig zu sein: Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, damit wir durch den Engpaß, der mit dem Tage der Einstellung der UNRRA-Lieferungen beginnt, bis zur nächsten Ernte durchkommen. Wir müssen in der ganzen Welt Hilfe in Anspruch nehmen, wo immer man bereit ist, sie uns zu leisten. Notwendig ist weiter die Förderung und Unterstützung der Inlandproduktion, allem voran der lebenswichtigen Güter, seitens des Staates und der Wirtschaft. Ich denke da in erster Linie an die Unterstützung der Landwirtschaft, die Arbeitskräfte, Zugtiere, Traktoren, Saatgut, Düngemittel und nicht zuletzt Schuhe und Kleider dringendst braucht. Die Bevölkerung hat ein Recht zu verlangen, daß alle Aufbringungs- und Verteilungsstellen für Bedarfsgüter einwandfrei und klaglos funktionieren und daß sowohl die Erfassung wie die Verteilung der Lebensmittel und Güter gerecht erfolgt. Bei einem Ansteigen der Warenpreise ist die Festsetzung eines Existenzminimums unerlässlich und ein soziales Gebot, damit auch dem Arbeiter mit der niedrigsten Entlohnung und dem Rentner mit

seiner bescheidenen Rente die Lebenshaltung gewährleistet bleibt. Die härteste Bestrafung aller Saboteure der Ernährungswirtschaft kann nicht oft genug gefordert werden und das Schnellgerichtsverfahren muß unverzüglich für alle angewendet werden, die aus der Not und dem Hunger des Volkes Kapital für sich schlagen.

Die Gesundheit ist das kostbarste Gut unseres Volkes, und sie zu erhalten ist für uns Mandatäre die vornehmste Pflicht und ein soziales Gebot. Nur ein gesundes Volk kann leben und arbeiten und kann aus der Notzeit der Gegenwart wieder in eine bessere Zukunft gelangen. An die Weltöffentlichkeit aber richten wir den Hilferuf und den Notschrei: Gewährt uns endlich die volle Freiheit und gebt uns Brot, damit wir wieder leben und arbeiten können! (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Hilde Krones: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben an die Spitze unseres neuerrichteten Staates die Parole gestellt und sie auch im Vorjahr in der Ernährungsdebatte aufgestellt: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten, von der Grenze des Burgenlandes bis Vorarlberg! Wien und den großen Städten ist beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes eine nicht kleine Pflichtenlast auferlegt worden, aber wir müssen feststellen, daß wir auf so manchem Gebiet doch noch nicht auch die gleichen Rechte zuerkannt erhielten. Diese Budgetdebatte über das Ernährungswesen darf nicht vorübergehen, ohne daß man feststellt, daß erstens die Budgetposten im Vergleich zur Wichtigkeit und zur Notwendigkeit dieses Amtes ein wenig allzu gering erscheinen. Das Bundesministerium für Ernährung, das von solch ausschlaggebender Bedeutung ist, arbeitet mit einem Personalstand von 150 Personen, also etwa mit dem Personalstand eines mittleren Landesernährungsamtes von früher, und es ist mir bekannt, daß die Alliierten, die ansonsten immer sehr strikte den Standpunkt einer geringen Personalzahl einnehmen, selber den Vorschlag gemacht haben, den Personalstand zu erhöhen.

Diese Ernährungsdebatte kann aber auch nicht vorübergehen, ohne daß ernsthaft über die Versorgung Wiens gesprochen wird. Und hier gehört die Erdäpfelversorgung Wiens an die Spitze. Am 15. September hätte die Einlagerung für Wien beginnen sollen. Bis heute haben große Teile von Wien erst eine geringe Menge der uns für den Herbst zugesagten 50 kg Kartoffel bekommen. Das waren ohnehin nur zwei Drittel der Versorgungsquote. Mit dem Rest sind wir schon auf viel später vertröstet worden, und bis heute haben große Teile Wiens mit der Ein-

38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 10. Dezember 1946. 1075

lagerung überhaupt noch nicht beginnen können. Dagegen steht der vom Herrn Stadtrat Sigmund im Wiener Gemeinderat aufgezeigte Skandal der Dirigierung von Kartoffeln an die Gmünder Kartoffelverwertungsgesellschaft durch Ing. Rosenauer, dagegen steht der Abschluß des Ortskontrollausschusses Oberlanzendorf, der beispielsweise feststellte, daß der Landwirt Johann Ellenried 1100 kg Saatkartoffeln bekommen und nur 1000 kg Kartoffeln abgeliefert hat. Ein zweiter, Redling, erhielt ebenfalls 1100 kg Saatkartoffeln und hat nur 1000 kg als Ernte abgeliefert.

Auf den ersten Verzweiflungsschrei Wiens hin wurde uns der Bescheid gegeben, daß in Niederösterreich noch sehr viele Erdäpfel im Boden liegen, und es hat so etwas mitdurchgeklungen wie: Ja, beim Kino anstellen, das können die Wiener, aber die Erdäpfel ausgraben und hereinholen, das nicht! Wir haben uns das nicht zweimal sagen lassen, und unsere Partei hat sofort die Initiative ergriffen. Wir haben unsere Vertrauensmänner zum Hereinbringen von Erdäpfeln aufgefordert. Der Apparat stand da und wartete auf die vom Landwirtschaftsministerium zugesagte Bekanntgabe, wo diese Erdäpfelschätze noch vergraben liegen. Der Apparat wartet bis heute, denn es hatte sich plötzlich herausgestellt, daß keine Erdäpfel mehr im Boden gewesen sind. (Ruf bei der Österreichischen Volkspartei: Das ist nicht richtig!) Man konnte auch feststellen, daß uns die Lager, wo bereits eingelagert wurde, nicht rasch oder gar sofort bekannt geworden sind.

Als diese Frage im Wiener Gemeinderat besprochen wurde, ist es zu Tumultszenen gekommen. Den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen der Österreichischen Volkspartei ist die Tatsache so unglaublich erschienen, daß sie unseren verantwortlichen Funktionär der Demagogie bezichtigt haben und in eine wüste Zwischenruffanonade ausgebrochen sind. Auch uns erscheint diese Tatsache unglaublich, sie ist aber wahr. Hier in diesem Saal haben die verantwortlichen Funktionäre des Ernährungsdirektoriums ihren Platz, ich hätte bald gesagt, sie sitzen hier, aber ein großer Teil ist nicht anwesend, so daß man mehr von einem Ernährungs-Indirektorium sprechen kann. Diese Herren könnten diesen Punkt berichtigen, und es würde mich und die Wiener Bevölkerung nur freuen, wenn sich in der Zwischenzeit etwas geändert hätte.

Noch eines hat uns befremdet, daß nämlich der für die Aufbringung der Kartoffeln und aller anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse verantwortliche Funktionär dieses

Landes, als wir in dieser brennendsten Lebensfrage Wiens dringend eine Sitzung des Ernährungsdirektoriums verlangen mußten, dreimal 24 Stunden lang nicht da war. Wir haben zu diesem Zeitpunkt einen verzweifelten Wettlauf mit der Witterung und dem Kälteeinbruch geführt, so daß jede halbe Stunde für uns wichtig war. (Lebhaftes Zwischenrufe bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.) Melden Sie sich doch zum Wort, Sie halten mich nur auf! Ich müßte sonst den Vorsitzenden bitten, die Zeit der Zwischenrufe zu meiner Redezeit dazuzuschlagen. (Andauernde Zwischenrufe.)

Ein zweites ist die Äpfelversorgung Wiens. Wien wurden 10 kg Äpfel pro Kopf versprochen, wir haben aber heute noch einen ernsthaften Kampf zu führen, damit wir 6½ bis 7½ kg Äpfel verteilen können. Wir sind nicht neidig, aber es tut ein bisserl weh, wenn wir feststellen, daß ein anderes Bundesland, wie zum Beispiel die Steiermark, schon 30 kg pro Kopf verteilen konnte.

Und nun die Frage des Frischfleisches, die hier schon besprochen wurde. Wir haben dreimal im Jahr Frischfleisch gehabt und sind sonst rein auf den Konservenverbrauch eingestellt gewesen. Sie, meine Wiener Kolleginnen und Kollegen, werden diese Konserven kennen. Sie sind teuer und sie sind weniger wert dem Inhalt und dem Verbrauch nach. Ich habe Wochen hindurch die tatsächliche Lebensmittelausgabe in Wien mit der der Länder verglichen. Ich will gern glauben, daß die Kalorienzahl gleich ist, aber nicht nur jede Hausfrau, sondern jeder von uns weiß, daß man mit Kalorien allein nicht rechnen kann, daß man auch rechnen muß, welche Mahlzeiten man herstellen kann und wie man sich durch die Vielfalt der Zuteilung helfen kann. Dabei ist Wien nicht gut weggekommen. Viel wesentlicher ist die Tatsache der Beihilfen, der Sonderzuteilungen, von denen Wien wirklich ausgeschlossen ist. In den Auslagen von Salzburg gibt es Aspik für gute Suppen frei und Streichwurst auf halbe Marken. In der Steiermark konnte am 5. Dezember verkündet werden, daß Wildfleisch auf halbe Marken abgegeben wird und daß Wildragout frei ist. Sehen Sie, die Steiermark konnte ihren Landesbewohnern bereits Weihnachtzuteilungen von vier Eiern, von 10 dkg Schweinefleisch, von 12 dkg Karpfen und von Wein und Schnaps zusagen. Es soll mich niemand mißverstehen, das ist keine Eifersucht zwischen Wien und den Ländern. Ich weiß genau, daß die Länder früher noch ein bißchen besser lebten, daß sie in einer psychologisch schlechteren Lage

gewesen sind, weil sie lange nach Kriegsende Verschlechterungen hinnehmen mußten. Das ist verständlich. Aber Wien machte eben auch schwere Zeiten durch und hat ein- einhalb Jahre lang schweren Mangel gelitten und hat nicht den kleinen Dottersack einer früher besseren Ernährung anhängen. Die Wiener Arbeiterschaft hat Disziplin in schwerster Stunde bewahrt. Der Autorität der Sozialistischen Partei war es gelungen, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß man durch Streiks die Nahrungsmittelmenge nicht vergrößern kann. Wenn aber der Arbeiter weiter ernst und arbeitsfreudig an seinem Platz stehen soll, dann muß man ihm das Gefühl der vollkommenen Gleichstellung im Lande und das Gefühl einer gewissen Sicherheit geben.

Diese Stadt ist viel zu gering bevorratet. Ich weiß, daß das für alle Länder gilt. Aber für eine Millionenstadt ist das besonders empfindlich und gefährlich. Der Herr Bundeskanzler hat sich in dankenswerter Weise für die Erhöhung der Kaloriensätze auf 1550 Kalorien eingesetzt. Das ist ein begrüßenswerter Fortschritt, auch wenn wir feststellen müssen, daß — hoffentlich nur vorübergehend — diese 1550 Kalorien für manchen Teil Österreichs nur auf dem Papier stehen. Tirol hat beispielsweise zuletzt nur 1000 Kalorien bekommen.

Auf Grund der geringen Bevorratung ist ein ungutes Gefühl in der Bevölkerung entstanden, daß dieses Gebäude, auf dem die Erhöhung aufgebaut ist, zu schwach ist, daß es durch gesellschaftliche Elementarereignisse oder durch Naturkatastrophen leicht ins Wanken gebracht werden kann. Ein Hafenarbeiterstreik in New York, ein Erdbeben, ja ein Weichenbruch kann Tage des Hungers, Tage der Verzögerung für uns bedeuten.

Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Regierung dem Hause baldmöglichst einen auf der neuen Basis aufgebauten Ernährungsplan für das ganze Jahr und für ganz Österreich vorlegen würde. Das könnte wahrlich zur Beruhigung beitragen.

Ich erinnere hier die Herren Abgeordneten des Zollausschusses an unsere Debatte im Zollausschuß bezüglich des Zollüberleitungsgesetzes. Da haben die landwirtschaftlichen Produzenten schon jetzt festgestellt, daß, wenn die Erzeugung wieder groß sein wird, sie auf den Zollschatz Wert legen müssen, das heißt auf Preisopfer der Konsumentenschaft. Ich erinnere daran, daß diese beim Zuckerpreis bereits heute ein Opfer für die Industrie bringt. Ich bitte nur um die gleiche Opferbereitschaft von der anderen Seite. Wenn der neugeprägte Begriff

des Solidarismus einen Sinn haben soll, dann muß er sich hier und heute auf dem Ernährungsgebiet und in dieser Notzeit beweisen.

Ich appelliere darüber hinaus an alle Demokraten in diesem Lande und auch an meine Parteifreunde. Ich weiß, daß es angenehmer und schöner ist, der engeren Verwandtschaft etwas zu bieten, etwas zu erhalten, und daß es unangenehmer ist, für einen ein bisserl entfernten Verwandten ein Opfer zu bringen. Ich stehe hier nicht um anzuklagen, sondern um für Verständnis für Wien zu werben. Seid vor allem Österreicher und dann erst Niederösterreicher, Steiermärker und so weiter! Niemals waren die Worte, die uns so oft in tiefster Not angefeuert haben, aktueller als angesichts der heutigen Ernährungslage:

Vorwärts und nicht vergessen,
worin unsere Stärke besteht,
beim Hungern und beim Essen,
vorwärts und nicht vergessen
die Solidarität!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Fink: Hohes Haus! Meine sehr verehrte Vorrednerin hat die Solidarität betont. Ich möchte mich dem anschließen. Uns ist die Not der Städte, insbesondere die Not der Stadt Wien bekannt, wir müssen aber in dieser Erkenntnis auch die Frage aufwerfen: Was alles hat zu dieser Not geführt? Es sind, wie ich in den letzten Tagen erfreulicherweise feststellen konnte, alle Gruppen in diesem hohen Hause der Ansicht, daß die zunehmende Landflucht für das ganze Volk ein Unglück bedeutet. Man hat auch über die verschiedenen Ursachen gesprochen. Eine Ursache aber, meine sehr Verehrten, glaube ich, wurde nicht oder wurde zumindest zu wenig betont: die unglückliche Preisschere in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen.

Das amtliche Statistische Jahrbuch hat zum Beispiel im Dezember 1932 folgende Indizes (Juli 1914 = 100): für Nahrungsmittel 111, Genußmittel 137, Bekleidung 148, Beheizung und Beleuchtung 152, Tarife für Dienstleistungen 160.

Ich glaube, die Vergleichsbasis von 1914 ist keine schlechte Basis. Damals hat die langandauernde Friedenszeit eine gewisse Stabilität in der Preisbildung erzielt, damals waren die Bedürfnisse der einzelnen Gruppen verhältnismäßig gut ausgeglichen. Massenarbeitslosigkeit war unbekannt. Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg brachte uns in der Angestelltenschaft und der industriellen Arbeiterschaft viele soziale Errungenschaften. Diese sozialen Errungenschaften — das möchte ich betont haben — waren erfreulich, sie entsprachen der Mentalität des

österreichischen Volkes. Diese sozialen Errungenschaften waren aber neben anderen Gründen auch maßgebend dafür, daß unsere Industrie Schutzzölle brauchte. Leider aber wurden diese Schutzzölle, wie aus diesen Zahlen klar ersichtlich ist, nicht im gleichem Maße auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt. Gewiß, diese einseitigen Maßnahmen waren bis zu einem gewissen Grade verständlich; verständlich, wenn man weiß — und das wußte man auch in der Landwirtschaft —, daß es damals in der Stadt erwerbslose Leute gab, die auch Not litten; ich sage, es war verständlich, aber es war falsch, und gerade die Stadt muß es heute leider büßen. Man hätte für die Erwerbslosen, die Familienerhalter waren, finanziell anders vorsorgen müssen.

Bei dieser Gestaltung der Preise war es der Landwirtschaft unmöglich, mit den sozialen Errungenschaften Schritt zu halten. Darunter mußten besonders die wirtschaftlich Schwachen leiden, die Landarbeiter, die Kleinbauern, und bei diesen besonders die Gebirgsbauern. Man hätte damals auch auf dem Lande bessere Löhne zahlen, die Arbeitszeit kürzen, die Wohnungen verbessern sollen, man hätte Siedlungen für die Landarbeiter, Güterwege, Seilbahnen, Düngerstätten, Jauchegruben, Licht- und Kraftleitungen und Genossenschaftszentralen bauen müssen. Man hätte auch in der Landwirtschaft arbeitssparende und arbeitserleichternde Maschinen kaufen müssen. Man hätte auf dem Lande die kulturellen und sanitären Maßnahmen heben müssen.

Ich bringe nur ein kleines Beispiel, um das zu erläutern: Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, und das dünkt mich so sehr gut, daß in allen jenen Fabriksbetrieben, wo der Arbeiter eine schmutzige Arbeit verrichten muß, auch entsprechende Badeanlagen vorhanden sind. Wäre es nicht recht, daß solche Badeanlagen auch in jedem Bauernhaus wären?

Man hätte dies alles schaffen müssen — wir sind uns darüber einig —, aber wie konnte man das bei dieser ungünstigen Preisschere tun? Wie war es möglich, wenn die bäuerlichen Produkte, wenn das, was der Bauer verkaufen konnte, um ein Drittel billiger im Preise war als das, was er zukaufen mußte?

Die Landbevölkerung macht nicht viel Worte. Sie tat auch damals und tut noch heute treu und schlicht ihre Arbeit. Aber die Untersuchungen in den Schulen auf dem Lande zeigten eine überraschend hohe Zahl tuberkulöser und unterernährter Kinder. Es litten auch die alten, die gebrechlichen Leute, die nicht mehr arbeiten konnten, viel-

fach bitterste Not, und die Not des Landarbeiters, die Not des Bauern wurde die Not des Gewerbetreibenden auf dem Lande, wurde die Not der Landbevölkerung überhaupt. Ich sagte früher, die Leute auf dem Lande reden nicht viel, sie klagen nicht viel, aber auch sie denken. Besonders die Jugend stellt Vergleiche an. Was Wunder, daß der Menschenstrom in die Städte und Industrieorte zunahm und dort das Elend der Arbeitslosigkeit vergrößerte!

Hohes Haus! Ich weiß, daß Zahlen etwas Dürres, etwas Trockenes sind. Zahlen haben aber den Vorteil, daß sie nicht subjektiv, sondern objektiv sind. Diese Zahlen beweisen klar und eindeutig, wie es kam und wie es kommen mußte. In den Bergen oben wurde das Wildheu vielfach nicht mehr gemäht, das Gras verfaulte, die Grasnarben wurden schwächer, Schnee- und Regenwasser schwemmte das bißchen Erde in die Tiefe. An anderen Stellen wurden die Steine nicht mehr zu den Haufen zusammengetragen, die die eigensinnigen Lawinen immer wieder zerstreuen. Oder es wucherte wertloses niederes Gestrüpp und Stauden an früher guten Weideplätzen.

Und heute wären wir froh um jeden Fußbreit Boden, der unsere Ernährung stützen könnte. Heute wären wir froh um jeden Landarbeiter! Vergessen wir nicht, die Landarbeiter kommen, wenigstens in unseren Ländern, größtenteils aus Familien, die groß in ihrer Familienzahl, aber klein in ihrem bäuerlichen Besitz sind. Heute wären wir dankbar um jede Düngerstätte, der natürliche Dünger würde zum Teil den fehlenden Kunstdünger ersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Volk ist etwas organisch gewachsenes. Wie eine Pflanze muß es zuerst tief und fest in der Erde wurzeln. Erst dann kann es in die Höhe gehen, kann stürmen, trotzen, kann Großes vollbringen.

Ich darf zum Schlusse eine Feststellung machen. Ich wollte mit meinen Ausführungen nicht etwa ein Klagelied der Bauernschaft, der Landarbeiterschaft anstimmen. Ich weiß viel zu gut, daß jetzt in den Städten so viel Not, sagen wir es richtiger, so viel Hunger ist, daß dazu die Zeit falsch gewählt wäre.

Ich wollte mit meinen Ausführungen auch nicht etwa einer generellen Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte das Wort reden, ich weiß, daß in breiten Schichten der Bevölkerung die Einkommensverhältnisse noch so unklar sind, daß man heute nicht davon reden kann. Was ich mit meinen Ausführungen bezwecken wollte, war etwas Ähnliches wie das, was vor mir meine sehr verehrte Frau Kollegin getan hat. Ich wollte

beweisen, daß Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende innerhalb der rot-weiß-roten Grenzpfähle eine Schicksalsgemeinschaft bilden. (Lebhafter Beifall.) Ich wollte beweisen, daß die Not der einen Gruppe früher oder später immer das Elend der anderen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Wilhelmine Moik: Hohes Haus! Für den Gesundheitszustand der Bevölkerung spielt sowohl die mengenmäßige Zuteilung als auch die Zuteilung zweckmäßiger Nahrung eine große Rolle. Es wurde heute hier schon ausgeführt, daß es nicht allein die Anzahl der Kalorien ist, die den Gesundheitszustand der Bevölkerung beeinflußt, sondern daß es auch darauf ankommt, woraus sich die Kalorien zusammensetzen.

In den letzten Wochen war es möglich, daß eine Reihe von Forderungen, die seit Monaten, ja seit fast einem Jahr im Ernährungsausschuß gestellt wurden, Wirklichkeit wurden. Es ist da vor allem die Berücksichtigung der Normalverbraucher, soweit sie stärker in Anspruch genommen sind, soweit sie als Hausfrauen für zwei Kinder unter 14 Jahren zu sorgen haben oder wenn sie neben ihrer Hausarbeit noch halbtägig Berufsarbeit leisten, zu erwähnen. Es war möglich, daß man für diese Schichte die Angestellten-Zusatzkarte erlangt hat. Es war weiter möglich, daß wir für die Hausgehilfinnen die Angestellten-Zusatzkarte bekommen haben; eine Forderung, die wir seit langem erhoben, denn wir haben es immer als Unrecht empfunden, daß eine Schichte von Arbeiterinnen deshalb vom Bezug einer Zusatzkarte ausgeschlossen war, weil man den Normalverbrauchern, den Hausfrauen, die Zusatzkarte nicht geben kann. Man hat also vorläufig den Hausgehilfinnen die Angestelltenkarte gegeben, aber wir glauben, daß bei einer halbwegs verbesserten Ernährungslage den Hausgehilfinnen die Arbeiter-Zusatzkarte gegeben werden müßte, denn diese Schichte von Frauen leistet im Haushalt die schwerste Arbeit, die Arbeit, die von den Hausfrauen, die sich Hausgehilfinnen nehmen können, eben nie und nimmer gemacht werden kann oder gemacht werden will. Es ist die Arbeit des Kohlentragens, Holztragens, Wäschewaschens, und der Verbrauch an Kräften bei dieser Arbeit ist ein ungeheuer hoher, so daß wir glauben, daß dieser Schichte von Frauen die Arbeiterkarte zusteht.

Es ist durch oftmaligen Hinweis auf den schlechten Ernährungsstand unserer Jugend gelungen, eine alte gewerkschaftliche Forderung der Jugendabteilung zum Durchbruch zu bringen, daß die Jugendlichen in die nächsthöhere Verbraucherkategorie einge-reiht werden.

Aber etwas hat uns alle mit besonderer Freude erfüllt, nämlich, daß die Tuberkulosen die Schwerarbeiterkarten bekommen. Es gibt hier allerdings auch eine Einschränkung; nicht alle Tuberkulosen oder Tuberkulosegefährdeten bekommen diese Schwerarbeiterkarten, sondern nur Menschen mit offener Tuberkulose. Auch hier möchte ich sagen, daß bei einer verbesserten Ernährungslage getrachtet werden muß, daß alle jene, die tuberkulosegefährdet sind, eine Erhöhung der Rationen zugeteilt bekommen. Von einem Redner der Volkspartei wurde hier gesagt, daß der 1550-Kaloriensatz nicht imstande ist, Tuberkuloseerkrankte über Wasser zu halten, und daß für sie mehr Kalorien notwendig sind.

Es muß unsere Sorge sein, daß Leute mit Lungenbefund nicht erst eine offene Tuberkulose bekommen müssen, um die Möglichkeit zu haben, eine bessere Ernährung, die sie unbedingt zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit brauchen, zu bekommen. Es ist auch gelungen, daß wir den berufstätigen schwangeren Frauen neben der Mütterkarte ihre Zusatzkarte gesichert haben. Es war immer eine sehr unangenehme Sache, wenn man im Betrieb den Frauen, wenn sie gemeldet haben, daß sie nun die Mütterkarte bekommen, ihre eigene Zusatzkarte, die sie dafür bekommen, daß sie im Betrieb Kraft durch ihre Arbeit verausgaben, entziehen mußte.

Wenn das alles verwirklicht werden könnte, dann wären damit noch nicht alle unsere Forderungen verwirklicht. Wir wissen, daß sich der Herr Minister sehr bemüht hat, diese Dinge durchzusetzen, und daß er Forderungen, die er nicht sofort verwirklichen konnte, nicht beiseitegelegt hat, sondern daß er immer wieder bei der erstbesten Gelegenheit diese Forderungen hervorgeholt und versucht hat, ob sie nicht doch verwirklicht werden könnten.

Wir wissen auch, daß die Stadtbevölkerung mit dem 1550-Kaloriensatz nicht ihr Auslangen findet. Von berufenem Mund wurde uns erklärt, daß dieser 1550-Kaloriensatz auf die Dauer zur genügenden Ernährung und zur Gesunderhaltung der Bevölkerung nicht ausreicht.

Dabei möchte ich gleichzeitig auf ein Kapitel zu sprechen kommen, das wir auch nicht zum erstenmal anschneiden und das wir so lange besprechen müssen, bis wir es einer Lösung zuführen können. Der Kaloriensatz für die Kleinkinder bis zu drei Jahren mit 1000 Kalorien mag wohl theoretisch genügen. Er genügt aber nicht, wenn die Lebensmittel nicht so zusammengesetzt werden können, daß eine wirklich wertvolle und gehaltvolle Nah-

rung entsteht, die man dem Kleinkind geben kann.

Dasselbe möchte ich für die alten Leute sagen. Wir haben seit einer Reihe von Wochen für die alten Leute eine gesonderte Lebensmittelkarte mit einem Aufdruck, der besagt, daß sie für Menschen über 70 Jahre gilt. Es ist bisher mit Ausnahme der Zuteilung eines Achtelliters Magermilch nicht möglich gewesen, für die alten Leute die Ernährung anders zu gestalten. Wir alle wissen, daß Brot heute mehr denn je ein Volksnahrungsmittel ist. Wir wissen aber auch, daß es viele Leute über 70 Jahre gibt, die dieses Brot nicht verdauen können, und wir würden an den Herrn Minister die Bitte richten — wenn es halbwegs geht —, für diese alten Leute doch wenigstens ein leichteres Gebäck, ein weißes Gebäck zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wäre es möglich, daß man nach Schätzungen, was an Mehl noch vorhanden ist, eine Verbesserung für die alten Leute erreichen könnte.

Die Krankenkassenberichte der letzten Zeit weisen aus, daß 18 Prozent der Krankmeldungen auf Lungentuberkulose entfallen, daß 12 Prozent der Krankfälle auf Magen-, Darm- und Gallenleiden, also auf Leiden der Verdauungsorgane, zurückzuführen sind und daß 6 Prozent der Kranken an Erschöpfungszuständen, an Anämie, leiden. Mehr als ein Drittel aller festgestellten Krankheiten entfällt auf solche, die nur gebessert werden können, wenn eine höhere und zweckmäßigere Zuteilung an Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden kann.

Wir haben heute hier von einem Sprecher gehört, daß die Ausländer, die displaced persons, dieses und jenes nicht konsumieren wollen, weil es ihnen zu schlecht ist. Unlängst haben wir aus einem Bericht gehört, daß diese Personengruppe Vollmilch bezieht. Dies geschieht in einer Zeit, in der wir unseren Drei- bis Sechsjährigen und unseren Sieben- bis Vierzehnjährigen Magermilch geben müssen und in der man den Tuberkulösen die zu ihrer Gesundheit notwendige Vollmilch nicht zuweisen kann.

Wir würden also bitten, daß hier wirklich alles getan wird, damit die Ausländer mindestens auf jene Kaloriensätze gesetzt werden, die für die österreichische Bevölkerung maßgebend sind und von denen die österreichische Bevölkerung leben muß.

Wir haben heute noch eine Bitte an den Herrn Ernährungsminister: Wenn es gelungen ist, daß den Hausfrauen, die in einem höheren Maße für ihre Familien zu sorgen haben, weil ihr Familienstand größer ist als der anderer, eine Zusatzkarte gegeben werden kann, dann sollte man nicht vergessen,

daß es so viele berufstätige Frauen gibt, die neben ihrer Berufsarbeit noch den ganzen Haushalt und die Erziehung ihrer Kinder zu besorgen haben. Wir bitten daher auch hier, es doch zu ermöglichen, daß auch die im Beruf stehenden, also durch die Hausarbeit doppelt belasteten, haushaltführenden Frauen in die nächsthöhere Kategorie eingereiht werden.

Nun noch ein paar Worte zur Kartoffelversorgung. Meine Kollegin, die Frau Abgeordnete Krones, hat von den Einlagerungskartoffeln gesprochen und betont, daß wir alle hoffen, daß der Rest der Bevölkerung die Einlagerungskartoffeln bekommt, bevor die strenge Kälte einsetzt. Aber ein großer Teil der Bevölkerung hat seit vier bis sechs Wochen noch in der laufenden Kartoffelversorgung Ansprüche auf die aufgerufenen Sätze.

Es soll kein Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung konstruiert werden, aber ich möchte schon sagen, daß die ländlichen Kreise, also die Erzeugerkreise, keine Ahnung davon haben, wie gering dieser 1550-Kaloriensatz für die städtischen Haushalte ist. Wenn Sie am Samstag die Zeitung hernehmen und die Lebensmittelaufträge verfolgen und nun als Hausfrau einteilen wollen, wie Sie aus diesen Lebensmittelsätzen, die für eine Woche zur Verfügung stehen, täglich ein Mittagmahl und ein Nachtmahl herstellen sollen, dann kommen Sie in eine verzweifelte Situation, weil diese Sätze höchstens für drei Mittagessen und für drei Abendessen ausreichen. Wenn sie nun noch die aufgerufenen Kartoffeln nicht beziehen können, dann bedeutet dies für die Hausfrauen eine geradezu trostlose Situation.

Wir wissen, daß auf diesem Gebiete alles versucht wurde, und meine Kollegin hat schon aufgezeigt, warum es mit der Kartoffelversorgung so schlecht ist. Es wurde auch heute wieder von einem Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gesagt, daß die Kontrollen, die draußen in den Wirtschaften durchgeführt werden, sehr hart für die Erzeuger sind. Das will ich ohne weiteres zugeben. Aber Sie müssen auch zugeben, daß in diesen Zeiten bei einem derartigen Notstand, bei einem Tiefstand der Gesundheit der Bevölkerung, die sich nicht selbst versorgen kann, eben auch eine Kontrolle notwendig ist. Es gibt nur eines, um sich dieser Kontrolle zu entledigen und nicht das ganze Haus durchsuchen zu lassen, daß man seiner Ablieferungspflicht nachkommt, daß man sie erfüllt. Es wird dann die Kontrolle auch weniger hart sein.

Ich möchte sagen, daß sich der Herr Ernährungsminister und alle Verantwortlichen, die im Ernährungsdirektorium sitzen, in der

letzten Zeit bemüht haben, die Ernährung zu verbessern. Dies ist aber keine Angelegenheit des Ernährungsministers allein, es ist keine Angelegenheit des Ernährungsdirektoriums allein, sondern eine Sache aller, die die Möglichkeit haben, Lebensmittel aufzubringen, um den Hunger in den Städten zu bannen. Wenn alles mithilft, dann werden wir viel zur Wiederherstellung der Gesundheit unserer Bevölkerung und zum Wiederaufbau in unserem Lande getan haben. (Beifall bei den Sozialisten.)

*

Während dieser Ausführungen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. Walla: Hohes Haus! Das wichtigste und schwierigste Problem, das die österreichische Regierung zu lösen hat, ist die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes. Die zuständigen Ausschüsse des Parlaments haben sich wiederholt mit der äußerst schwierigen Ernährungslage unserer Bevölkerung beschäftigt. Es ist klar, daß eine zur Gänze befriedigende Lösung so lange nicht gefunden werden kann, als der seit langem bestehende Mangel an Arbeitskräften und Betriebsmitteln die dringend notwendige Steigerung der Produktion nur in einem sehr bedingten Ausmaß zuläßt.

Es ist mit Bedauern festzustellen, daß bei der Behandlung des Ernährungsproblems von einigen Rednern nur die negativen Seiten hervorgekehrt wurden, während die positiven Momente keinerlei Erwähnung fanden. Schon allein der Gerechtigkeit halber hätte man erwarten und verlangen müssen, daß die großen Produktionsschwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft bei ihrer Arbeit zu rechnen hat, sowie die trotzdem erzielten aner kennenswerten Leistungen entsprechend gewürdigt werden.

Nur wenigen Menschen, die nicht der Landwirtschaft angehören, ist es bekannt, daß die Bauern, von der langen, schweren Feldarbeit heimkehrend, oft erst um neun oder zehn Uhr abends die Stallarbeit verrichten konnten. Ebenso wenig ist es bekannt, daß die Gärtner die Bewässerung ihrer Kulturen vielfach erst bei Nacht durchführen müssen, weil die zur Bewältigung der Tagesarbeit erforderliche Zahl von Arbeitskräften fehlt und oft auch die Wasserversorgung aus den bekannten Gründen einen anderen Ausweg nicht gestattet. Diese und noch viele andere Mängel konnten nur durch die nimmermüde und aufopferungsvolle Arbeitsleistung der Bauern überbrückt werden.

Obwohl die bäuerlichen Arbeiten unter den schwierigsten Voraussetzungen geleistet werden mußten, wurden trotzdem bis jetzt außer-

ordentlich große Lebensmittelmengen für die Ernährung des Volkes erzeugt und abgeliefert. Mit dem Stichtag vom 15. November 1946 waren rund 403.500 q Roggen, 507.170 q Weizen, 350 q Menggetreide, 130.680 q Gerste und 34.880 q Hafer abgeliefert worden. Allein die gesamte abgelieferte Menge an Brotgetreide in der Höhe von 911.000 q ist mit Rücksicht auf die wegen der Trockenheit nicht gute Getreideernte als eine gewaltige Leistung zu bezeichnen.

Die Kartoffelablieferung war seit dem Jahre 1941 praktisch noch niemals so hoch wie im heurigen Jahr. Allein die genossenschaftliche Erfassung und Ablieferung von Gemüse betrug in Wien 250.000 q, eine Menge, die für sich selbst spricht. Vergleicht man die Milchlieferungen nach Wien nach dem ersten Weltkrieg mit der jetzt abgelieferten Menge, dann kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß die 200.000-Litergrenze, die wir im Herbst erreicht haben, nach dem ersten Weltkrieg erst nach Ablauf von vier Jahren zu verzeichnen war.

Aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, als es noch keine genossenschaftliche Gemüsee Erfassung gab, liegen diesbezüglich keine verlässlichen Ablieferungszahlen vor. Aber auch beim Gemüse werden die damaligen Ablieferungsquoten schon jetzt weit überschritten, obwohl der feldmäßige Gemüseanbau im heurigen Jahr wegen der abnormalen Trockenheit eine vollkommene Mißernte verzeichnen mußte, wie überhaupt der ganze heurige Ernteertrag besser gewesen wäre, wenn nicht gerade in den Intensivgebieten die Mißgunst der Witterung einen großen Teil der schwer geleisteten Arbeit zunichte gemacht hätte.

Verzeichnet man die weitere Tatsache, daß es nach dem ersten Weltkrieg auf Feldern, Fluren und in den Städten keinerlei Bombenschäden gegeben hat, daß die Eisenbahnen nicht zerstört waren, daß ferner besonders in dem Gebiete, das für die Versorgung von Wien ausschlaggebend ist, der Viehstand nicht die heute zu beklagende Einbuße erlitten hat und schließlich keine die Wirtschaft abwürgenden Demarkationslinien vorhanden waren, so muß man zu der objektiven Feststellung gelangen, daß seit der Befreiung Österreichs durch den unbändigen Aufbauwillen unserer Bauernschaft Arbeitsleistungen vollbracht wurden, die die Anerkennung des gesamten österreichischen Volkes verdienen.

Statt dessen wurde den Bauern die Selbstversorgungerration bei Brotgetreide von 13 auf 11 kg, also um mehr als 15 Prozent, je Versorgungsperiode herabgesetzt und die Schwerarbeiterkarte für die Gärtner und andere in der Landwirtschaft tätigen Personen abge-

gelehnt. Daß die Landarbeit Schwer- und Schwerstarbeit ist, bedarf füglich keiner Begründung mehr. Diese Forderung der Landwirtschaft muß unbedingt als gerecht bezeichnet werden. Trotz dieser uns entgegengebrachten Mißgunst werden wir Bauern die uns gestellten Aufgaben deshalb weiter erfüllen, weil wir den unbedingten Willen haben, der Not unserer Bevölkerung so rasch als möglich ein Ende zu setzen.

Obwohl die Bauernschaft weiß, daß die heute noch bestehende Zwangswirtschaft nicht das geeignete Mittel ist, um die erforderliche Produktionssteigerung zu erreichen, werden wir in Erfahrung der behördlich angeordneten bedeutend erhöhten Anbauvorschriften für das Jahr 1947 bemüht sein, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die vorgeschriebenen Erhöhungen der Anbauflächen zu erreichen. Wie weit diesem Ziel auf dem Wege von Zwangsmaßnahmen nähergekommen werden kann, muß so lange dahingestellt bleiben, als die für die Produktionssteigerung dringend erforderlichen Arbeitskräfte und Produktionsmittel nicht vorhanden sind. Es nützt nichts, dem Bauern oder dem Gärtner den Auftrag zur Bestellung größerer Flächen arbeitsintensiver Kulturen zu erteilen, wenn man ihm nicht gleichzeitig die erforderlichen Produktionsmittel in die Hand gibt. Es ist bereits allgemein bekannt, daß noch eine große Menge von Gespannkräften, von Traktoren und anderen wichtigen Maschinen, wie auch von Betriebsmitteln fehlt. Außerdem sind in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft über 90.000 Arbeitskräfte zu wenig. Schließlich wollen wir hoffen, daß in den kommenden Jahren auch die Natur zur Verbesserung unserer Ernteerträge mithilft.

Um unsere landwirtschaftliche Erzeugung baldmöglichst wieder in normale Bahnen zu bringen, muß vor allem bei der Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bedeutend mehr Gerechtigkeit als bisher obwalten. Wir Bauern wollen keineswegs etwa überhöhte Preise erzielen. Auch verkennen wir nicht die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Entlohnung unserer Arbeiter und Angestellten. Die Haltung jedoch, die das Ernährungsministerium bei der Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse gezeigt hat, kann nur als kleinlich und kurz-sichtig bezeichnet werden.

Mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, wurde bei den Preisverhandlungen oft um halbe Groschen ge-filscht. Die Landwirtschaft hat immer den Grundsatz vertreten, daß die Preise wenigstens die Produktionskosten decken müssen. Dies ist auch die Voraussetzung für die Be-

zahlung unserer Arbeitslöhne. Demgegenüber ist man bei der Preisfestsetzung für ausländische Lebensmittel unvergleichlich großzügiger. Hier werden drei- bis vierfach höhere Preise bewilligt und mit unseren kostbaren Kompensationsartikeln, wie Holz, Salz und so weiter bezahlt. Daß dies sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten in einen Gewissenskonflikt bringen muß, ist naheliegend. Kein Bauer versteht, daß der Konsument 22 Groschen für ein Kilogramm Kartoffeln zu bezahlen hat, während er für die gleiche Ware nur 9,5 Groschen erhält, weil eben der Ausgleichsgroschen für die Verbilligung der ausländischen Kartoffeln einkalkuliert ist.

Einen glänzenden Beweis, wie man einen ganzen Produktionszweig durch eine unsinnige Preispolitik erschlagen kann, hat uns das nazistische Regime auf dem Gebiete des Krautbaues geliefert. Vor der Annexion Österreichs hatten wir insbesondere im Tullnerfeld eine eingelebte und gut fundierte Krauterzeugung. Die Krautanbaufläche im Gebiet von Tulln und anderen Gebieten Niederösterreichs betrug im Jahre 1937 4811 Hektar. Der Großhandelspreis bewegte sich so um 12 Groschen pro Kilogramm herum — einmal etwas niedriger, einmal etwas höher. Das Naziregime hatte den Krautpreis auf 5 Pfennig herabgesetzt, weil irgendwo in Ostpreußen eine für die Krauterzeugung angeblich bessere Gegend war, die mit diesem Preis scheinbar das Auslangen gefunden hat. Es ist selbstverständlich, daß durch diese wirtschaftlich überaus schlechte Maßnahme unsere österreichische Krauterzeugung zurückging und bereits im Jahre 1943 auf 916 Hektar eingeschränkt wurde. Trotz der scharfen Maßnahmen, die während des Krieges angewendet wurden, konnte der Krautbau nicht gesteigert werden.

Man sieht also, daß sich die Gesetze der Natur sowie die Gesetze der Wirtschaft auf die Dauer nicht vergewaltigen lassen. Eine vernünftige Preispolitik ist daher eine der allerwichtigsten Voraussetzungen für die Steigerung der Erzeugung und somit für die ausreichende Versorgung unserer Bevölkerung.

Wir Bauern verstehen, daß man zur Linderung der Not der Bevölkerung Nahrungsmittel einführen muß, und zwar von dort, woher man sie einführen kann. Dies darf aber nicht planlos geschehen. Wir wissen schon, daß die im heurigen Sommer ausgegebenen Gurken ein Geschenk der UNRRA waren, auch wissen wir, daß ein stoßweiser Anfall manchmal nicht zu vermeiden ist, aber bei den Gurken hätte unser Ernährungsministerium wenigstens Vorsorge dafür treffen

müssen, daß unsere Hausfrauen und die Konservenfabriken das zur guten Konservierung erforderliche Salz bereitgestellt erhalten. Es wäre dies in Österreich, das große Mengen von Salz erzeugt und ausführen kann, wahrscheinlich auch kein besonderes Kunststück gewesen. Wenn das Ernährungsministerium funktioniert hätte, wäre uns der beschämende und widerliche Anblick von faulenden Gurkenhaufen an allen Ecken und Enden unserer Stadt erspart geblieben, und unsere Hausfrauen hätten heute wertvolle Zugaben auf dem Familientisch.

Wir wissen, daß zur restlosen Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Zeiten der Not Maßnahmen getroffen werden müssen. Die Bauernschaft kann sich aber damit nur abfinden, wenn diese Maßnahmen vernünftig und gerecht sind. Es fällt mir nicht ein, etwa jene Elemente hier zu verteidigen, die ihre Pflicht gegenüber dem Staat und Volk nicht erfüllen wollen. Diese Elemente sollen und müssen ihrer Bestrafung zugeführt werden. Es muß aber immer wieder betont werden, daß die überaus große Mehrheit unserer Bauern ihre Pflicht erfüllt. Aber gerade diese ablieferungswilligen Bauern empfinden die derzeitigen Methoden des Ernährungsministeriums als erniedrigend und das jetzige Eintreibersystem gewissermaßen als mittelalterlich und nicht dazu geeignet, die Produktion und Lieferfreudigkeit der Bauern zu fördern. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Deshalb verlangen wir eine Änderung des Ablieferungssystems, das heute noch mit den gleichen Methoden wie zur Zeit des nazistischen Regimes gehandhabt wird. Wir müssen von der Flächenkontingentierung abgehen, den Weg zu einer vernünftigen Mengenkongentierung finden und den Bauern alle jene Produkte zur freien Verfügung belassen, die ihnen nach Erfüllung der Ablieferungspflicht bleiben. Wir versprechen uns von einer solchen Methode eine weit gerechtere und zweckdienlichere Erfassung landwirtschaftlicher Produkte, vor allem aber eine raschere Gesundung der Erzeugung.

Das Geheimnis um die Gesundung der gesamten Landwirtschaft und darüber hinaus der österreichischen Volkswirtschaft ist in Wirklichkeit gar kein Geheimnis. Denn es heißt Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Wir Bauern — das kann wohl niemand bestreiten — haben im vergangenen Jahre schwer gearbeitet und nach besten Kräften zur Verbesserung der Ernährungslage unseres Volkes unseren Beitrag geleistet. Es muß aber darüber Klarheit herrschen, daß nach den schweren Erschütterungen, die unsere Wirt-

schaft erleiden mußte, nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Wir österreichischen Bauern wollen unserer Pflicht, Ernährer des Volkes zu sein, von Jahr zu Jahr besser nachkommen und baldmöglichst jenes Produktionsziel erreichen, an dem wir uns vor dem Jahre 1938 bereits befanden, als der Inlandsbedarf an Roggen zu 69 Prozent, an Weizen zu 64 Prozent, an Gerste zu 88 Prozent, an Milch, Kartoffeln, Zucker, Gemüse und Obst fast überall zu 100 Prozent aus der heimischen Erzeugung gedeckt wurde. Dieses Ziel will der Bauernstand, der die mächtigste Säule unserer Volkswirtschaft ist, wieder erreichen. Dabei müssen wir aber voraussetzen, daß den gerechten Forderungen der österreichischen Bauernschaft das gebührende Verständnis entgegengebracht wird. Die österreichische Bauernschaft ist, so wie bisher, auch in Zukunft bestrebt, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes unermüdlich und opferfreudig zu arbeiten. (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Rupp: Hohes Haus! Wenn wir heute beim Kapitel Ernährung angelangt sind, ist es selbstverständlich, daß die Bevölkerung mit Interesse darauf sieht, wie wir dieses Kapitel behandeln, ob wir auch Möglichkeiten finden, die von ihr erwünschten Verbesserungen in die Wege zu leiten. Wir dürfen bei dem Kapitel Ernährung aber nicht übersehen, daß die Versorgung Österreichs durch den Hitlerkrieg grundlegend verschoben wurde. Es ist heute nicht mehr das Österreich von 1938 sondern das von 1946. Vor dem Jahre 1938, vor dem Einmarsch und vor dem verbrecherischen, wahnsinnigen Hitlerkrieg haben wir Sorgen gehabt, wie wir manche Erzeugnisse überhaupt unterbringen können. Das war die Milch, das waren die Kartoffeln, das war der Zucker, so daß wir diese Produkte zu einem Spottpreis exportieren mußten. Nun, nachdem das Ende gekommen ist und die deutschen Horden bei uns noch so manches wertvolle Stück Vieh, Pferde, Wagen, Traktoren und so weiter weggeräumt und bei ihrem blendenden Rückzug Mühlen und Genossenschaftsgebäude angezündet haben, nun, da die Kriegsfolgen eingetreten sind und wir Gemeinden gehabt haben, in denen nur mehr vier Kühe vorhanden waren — in meinem Bezirk ist eine Gemeinde, wo früher 476 Pferde und nachher nur mehr 14 vorhanden waren —, wo alles demoliert wurde, was vorhanden war, da aufzubauen, die Ernährung des Volkes zu sichern, das stellt uns vor ganz andere Fragen als seinerzeit.

Das alles ist aber nicht nur eine Kriegsfolge; auch die Natur war nicht freundlich zu

uns. Es ist schon beim Kapitel Energiewirtschaft zur Sprache gekommen, daß wir zwei trockene Jahre hinter uns haben, wie wir sie schon seit Menschengedenken nicht hatten, und daß uns das die größten Schäden in der Gesamternte, sowohl bei Getreide als auch, in allen Ländern, bei den Futtermitteln verursacht hat, wodurch auch die Milcherzeugung katastrophal zurückgegangen ist. Jedenfalls hat das sehr schwere Schäden mit sich gebracht.

Besonders unangenehm berührt es uns, daß einige dringend nötige Produkte, wie Öl, Benzin, Petroleum, die bei uns im Inland in genügendem Maße vorhanden wären, uns vor-enthalten werden und wir dadurch nicht in der Lage sind, unseren Grund und Boden so zu bewirtschaften, daß wir das möglichste herausholen können. Hinderlich ist auch die zu geringe Zuweisung von Kunstdünger; wenn gestern ein Redner beim Kapitel Landwirtschaft erwähnt hat, daß das die Schuld des Ackerbauministers ist, so muß man sagen, das ist wohl bewußte Demagogie.

Ich möchte Ihnen Ziffern nennen. Von wo können wir Phosphor hereinbringen? Wir hatten in Österreich früher 28.300 Tonnen Nährwert nur an Stickstoff. Im vergangenen Jahr hatten wir 1600 Tonnen, also kaum 6 Prozent. Phosphat haben wir früher 24.400 Tonnen an reinem Nährwert gehabt, im vorigen Jahr waren es nur 2500 Tonnen. Kali haben wir früher 84.240 Tonnen verwendet, im Vorjahr waren es 4550 Tonnen, also nicht einmal 5 Prozent. Wie kann da unser Grund und Boden derartig betreut werden, daß wir zu Höchsternten kommen, die wir benötigen?

Fehlerhaft ist es auch, daß wir in Österreich heute noch genügend Grund und Boden haben, welcher nicht von unserer österreichischen Landwirtschaft bearbeitet werden kann. Außerdem wurden uns 140.000 Hektar entzogen, welche zu Flugplätzen, Industrieanlagen, Kasernen und so weiter verwendet wurden. Ich möchte darauf verweisen, daß leider Gottes auch der größte Teil des Ostwaldes, der durch sehr fruchtbare Gebiete führt, bis heute nicht beseitigt werden konnte.

Ein großer Hemmschuh innerhalb der gesamten Wirtschaft aber ist das Bestehen der Demarkationslinien. Betrachten wir doch, in welcher Situation wir momentan sind. Wir haben in den Alpenländern einen Überschuß an Vieh. Wir würden es dringend in Niederösterreich und im Burgenland brauchen, das das natürliche Versorgungsgebiet von Wien und der größeren niederösterreichischen Industriestädte ist. Wir haben hier auch Futter zur Viehaufstockung. Wir könn-

ten dadurch ruhig und mit gutem Gewissen die Milch- und auch die Fleischlieferung bedeutend verbessern. Was ist aber drüben in den Alpenländern? Die Alpenländer haben heuer durch die Trockenheit eine derartige Mißernte an Futter gehabt, daß es vielfach nicht möglich war, das Vieh auf die Almen aufzutreiben. Es ist dadurch unterernährt. Leider muß ich feststellen, daß vielleicht mehr Vieh nach Bayern und so weiter hinausgeht, nachdem es die Bauern nicht füttern können, als man hier zu uns nach Niederösterreich herunterläßt.

Auch in verschiedenen anderen Fällen ist es dasselbe. Wir würden ein kolossales Stück weiter sein, wenn wir die behindernden Demarkationslinien nicht mehr hätten. Und nun wirft man uns, ohne die Schwierigkeiten zu bedenken, mit denen unsere Landwirtschaft zu kämpfen hat, vor, wir arbeiten planlos! Das müssen die Herren sein, die die ganze Zeit in Wien gesessen sind und sich nicht hinausgetraut haben oder nicht hinausgegangen sind. Wie war es im Vorjahr draußen? Welcher Bürgermeister, welcher Bauer, welche Landesregierung, oder nehmen wir auch den Bürgermeister von Wien her, welcher Minister konnte so arbeiten wie er wollte? Es hat kein Bauerngehört gegeben, in dem man sich in der Frühe überlegen konnte: wie teile ich meine Arbeit bis in die Nacht ein? Es war mehr als ein Planen, es war der eiserne Wille und die Energie jeder Bäuerin und jedes Bauern, unbedingt seinen Grund und Boden zu bearbeiten, damit er möglichst viel einbringen kann. Es war zu staunen, wie sich die Leute irgendeinen Ersatz schafften, wie sie sich aus einem Strick einen Kummersatz verfertigt haben oder einen Gespannersatz und mit Schnürln oder Draht den Ochsen oder das Pferd, das sie bekommen hatten, einspannten und damit einführen mußten. Und da will man heute von Planlosigkeit sprechen! Will man vielleicht den Plan, wie ihn die Nazi gebracht haben? Da muß ich aber lächeln, wenn einem nicht schon das Ekeln kommt, wenn man von so einem Anbauplan hört. Will man vielleicht jetzt die Anbauflächen vorschreiben, so wie die Nazi gottseligen Angedenkens, die im Herbst gekommen sind und 25 und mehr Prozent Brotgetreideanbau oder Zuckerrübenanbau oder Kartoffelanbau vorgeschrieben haben, im Frühjahr dann aber 40 Prozent und mehr? Dann sind sie mit einem Gemüseanbau von 60 Prozent gekommen. Woher soll aber der Boden genommen werden? Beim Bauern ist nichts schlimmer, als wenn er sieht, daß die Anforderungen lächerlich sind und daß es nicht möglich ist, sie einzuhalten. Wir haben gesehen, wie die Natio-

nalsozialisten bei uns in der Wirtschaft blindlings einfach vorgeschrieben haben, so- und soviel Hektar muß jeder Bauer mit Ölfrüchten anbauen. Sogar die Nazi haben einsehen müssen, daß das unmöglich ist, weil die Ölfrüchte bei uns in den meisten Gebieten zum größten Teil nicht gut geraten sind. Das alles hatte für uns die eine unangenehme Folgererscheinung, daß in den besten Anbaugebieten für Kraut und Gemüse, wo Raps angebaut werden mußte, sehr viele Glanzkäfer aufgetreten sind, wie das bei uns in Moosbrunn und in Velm der Fall war, wo jetzt nicht ein Häuptel Kraut übrigbleiben konnte, weil die Schädlinge alles aufgefressen haben.

Wir haben genug davon, und wenn der Herr Minister eine zwanzigprozentige Anbaufläche für den Herbst vorschreibt, so können wir nur sagen: wie konnte das in Gebieten eingehalten werden, wo ganz ungeheure Mäusevorkommnisse sind und wo eine große Trockenheit herrscht? Wir wissen selbst, daß es am besten ist, im Herbst genügend Brotgetreide anzubauen, damit man im Frühjahr nicht mehr soviel zu bebauen hat. Der Bauer weiß es am besten, was in einem Gebiet am ehesten gedeiht, und das tut auch der gesamten Volkswirtschaft gut. Wenn heute manche Vorschriften erlassen werden, so hat es uns nur gewundert, daß bis zur Ernte zu uns ins Bauernhaus niemand hereingefunden hat, um zu fragen, wie der Bauer seine Arbeit leistet. Bei uns gibt es keinen Achtstundentag, und wenn ich im Sommer und Herbst in die verschiedenen Gemeinden hinaus mußte, um nachzuschauen, wie es mit den Ersatzgegenständen oder mit dem Treibstoff aussieht, dann konnte ich sehen, daß der Bauer nicht schon um halb acht Uhr nach Hause kam, sondern vielleicht erst um halb zehn.

Heute schreit man nach Ortskontrollen, nach Bezirkskontrollen, Landeskontrollen und nach fliegenden Kontrollen. Ich war unlängst in meinem Bezirk nachsehen, wie es mit der Kartoffel- und der Zuckerrüben-ernte steht. Da sind Bauern im hohen Alter von 72 Jahren draußen gewesen, dann solche mit Kindern, die erst 12 Jahre alt waren, und haben gesagt: Schau mich nur an, ich bin mit meiner Familie da. Wir haben zusammen Zuckerrüben gebaut. Heute nehmen wir sie aus. Es darf sich niemand träumen lassen, daß ich, der Bauer, mit meiner Familie, mit meinen Kindern zugrunde gehen will, während die anderen nicht arbeiten wollen.

Und nun zu den Lieferzahlen: Ich glaube, die Lieferzahlen, die die geleistete Arbeit zeigen, verlangen, daß man die Bauernarbeit richtig einschätzt. Die ersten Ergebnisse der

Schätzungen der Druschkontrollen, vorsichtige Schätzungen, ergaben 116.000 t Brotgetreide. Ich kann versichern, die 116.000 t Brotgetreide, die den Alliierten zu wenig waren, die man ganz einfach schablonenmäßig hinaufgesetzt hat, sind bis heute nicht nur erreicht, sondern überschritten. Wir haben nicht 116.000 t, sondern 130.000 t geliefert. Das ist eine derartige Unsumme von Arbeiten, wie sie mancher nicht gebührend schätzen kann. Es ist interessant gewesen, daß besonders der Monat November einer der besten Ablieferungsmonate war, obwohl wir durch die Kartoffel- und Rüben-ernte, durch den Mangel an Öl und Maschinen stark behindert waren, nicht zuletzt aber auch durch den Mangel an Elektrizität. Wir haben Bezirke gehabt, in denen wir nicht einmal unsere Akkumulatoren für die Traktoren aufladen konnten, aber der Drusch und die Ernte sind durchgeführt worden und die Lieferungen haben eine Höhe erreicht, wie man sie sich nicht besser vorstellen konnte.

Und nun, verehrte Damen und Herren, zu den Kartoffeln: Wir haben heuer eine gute Kartoffelernte gehabt. Die Gemeinde Wien hätte 130.000 t gebraucht, damit sie ihre Wintereinlagerung hätte durchführen können. Wir konnten leider bis zum heutigen Tag tatsächlich nur 108.000 t anliefern. Es wäre uns ein leichtes gewesen, und wir wären schon längst damit fertig, diese Menge nach Wien zu bringen, wenn wir nicht daran gehindert würden. Wir haben 108.000 t für Wien angeliefert, während die Gesamtanbringung an Kartoffeln 266.000 t beträgt, eine Menge, die in Österreich noch nie erzielt worden war. Wir bedauern es, wenn wir heute sehen müssen, daß Wien noch nicht genügend Kartoffel hat, Wien und die Wiener Bevölkerung, vor der wir Landwirte die größte Achtung haben, da sie diese Widrigkeiten, diese großen Rückschläge in der Ernährung mit derartigem Mut und Anstand, ohne ihre verantwortlichen Menschen ungebührlich zu kritisieren, durchhält. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Bauern draußen sagen, laßt jetzt die Arbeit liegen und stehen, liefert Kartoffeln für Wien in das Lagerhaus oder in die Genossenschaft, kommt zur Bahn hinaus, und nun kommen unsere Bauern mit beladenen Wagen dahin und es wird ihnen gesagt: Es kam wieder so ein Ukas, daß nichts weggeführt werden darf — also kehrt euch mit den Kartoffeln! dann erinnere ich mich an das Sprichwort: Hinein in die Kartoffeln, heraus aus den Kartoffeln! Wir könnten also schon längst diese im Verhältnis nicht zu große Menge den Wienern zugeführt haben, wenn wir nicht daran gehindert würden.

Nun, die Anlieferung von Milch nach Wien entspricht auch nicht unseren Wünschen. Auch wir hätten gerne, sie könnte gebessert werden, und sie könnte viel höher sein, wenn wir keine Besatzung, keine Demarkationslinien mehr hätten. Und das trifft für jede Demarkationszone zu. Wir hätten noch genügend Milch, würde sie nicht dauernd von Nichtösterreichern verzehrt werden. Wenn wir aber zum Vergleich stellen, wieviel wir heute im Verhältnis zum letzten Krieg liefern, so sehen wir, daß wir sehr weit voran sind. Wir hatten im Jahre 1919 eine tägliche Anlieferung nach Wien von 71.000, 1920 eine solche von 76.000, 1921 von 95.000, 1922 von 161.000 Litern; während wir voriges Jahr im April/Mai nur 3724 Liter Milch täglich nach Wien geliefert haben, waren es im Juni 13.300 Liter und im Oktober 1946 schon 222.600 Liter!

Wir wären also bedeutend weiter, wenn diese Hemmnisse nicht mehr vorhanden wären. Wenn wir nun heute wegen der Ernährung, besonders wegen der Brotversorgung, mit Bangen in die nächsten Tage sehen, dann dürfen wir auch eines nicht vergessen: Österreich hat noch nie von dem Ertrag der heimischen Ernte leben können. Wir haben im Jahre 1930 aus dem Ausland zu unserer Versorgung 40.462 Waggon Weizen und 11.121 Waggon Roggen eingeführt. Beim Weizen waren es also 41 Prozent und beim Roggen 80 Prozent, die wir im Inland aufgebracht haben. An Futtermitteln zur Fleisch- und Milchproduktion haben wir an Gerste aus dem Ausland rund 8800 Waggon bezogen, ferner rund 1400 Waggon Hafer, rund 49.200 Waggon Mais, 1000 Waggon Kleie und rund 1200 Waggon Futtermehl. An Futtermitteln haben wir im Jahre 1933 insgesamt 72.282 Waggon erhalten.

Wir haben gewußt, daß wir nunmehr, ehe die Ernte kommt, für die Versorgung Wiens vorsorgen werden müssen. Die UNRRA hat es übernommen, Lebensmittel auch für Österreich aufzubringen. Daß die UNRRA nicht liefern konnte, das bleibt unerwähnt, man sagt nur, der österreichische Landwirt könnte noch mehr liefern. Ja, man versucht, ihm sogar aus dem Nachtkastel das Letzte herauszunehmen. Daß die UNRRA nicht liefern konnte, weil der Streik in Amerika war, daß dann auch der Streik in Triest war und daß wir nun, leider Gottes, naturgemäß zittern müssen, ob nicht auch irgendein Naturereignis eintritt, ob nicht etwa über Nacht infolge eines hohen Seeganges das Getreide in Triest nicht entladen werden kann, das wissen die Menschen, das bleibt aber unbesprochen. Wir müssen trachten, zu einer Besserung zu kommen.

Wir müssen das Ausland bitten, man möge uns nicht solange warten lassen, man möge uns nicht, zwei Minuten bevor das Brot schon gebacken werden soll, noch immer mit den UNRRA-Lieferungen hängen lassen. Ich möchte dankend erwähnen, daß wir ja von der UNRRA tatsächlich 164.407 t Getreide und 53.471 t Mehl erhalten haben. Wir selber haben der Öffentlichkeit gegeben, was möglich war. Wir Bauern haben aber von der öffentlichen Hand nichts bekommen, weder Kleider noch Schuhe oder Hufnägel oder Ersatzteile für Maschinen, noch irgend etwas anderes. Wenn ich hier bei dieser Gelegenheit nur im Telegrammstil aufgezeigt habe, was wir der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben, so müssen wir mit Bitterkeit an eine Verordnung denken, die in den letzten Tagen aus dem Ernährungsministerium gekommen ist. Ja, ist denn das der Dank an die Bauern für ihre Arbeit, daß man nun hergeht und ihnen statt der 13 kg nur mehr 11 kg Brotgetreide gibt, dies in einer Zeit, in der man, Gott sei Dank, den anderen Konsumenten die Ration auf 1550 Kalorien erhöhen konnte? Ist das der Dank, wenn der Bauer nunmehr 11 kg Getreide, das sind 99 kg Mehl, bekommt, während der Landarbeiter 20 kg bekommt; und wenn Sie in die Zuckerfabriken hineinschauen, dann werden Sie sehen, daß die Arbeiter dort 27 kg Zucker kriegen! Ja, ich weiß schon, der Herr Ernährungsminister wird sagen, das sei eine Anordnung von oben. Das sei auch zugegeben, aber empörend ist es, daß das Ernährungsministerium uns Landwirte, die wir bisher so viel geleistet haben, als wir nur konnten, nun unter eine Kontrolle der Öffentlichkeit stellen will, daß man uns bei den Hausschlachtungen genau auf die Finger schaut und in den Erlaß hineinschreibt, man solle Streitigkeiten in der Gemeinde, den politischen Zwist, den persönlichen Hader und den Egoismus der Bauern untereinander ausnützen, um uns Bauern in einer solchen Art mit der Kontrolle zu schikanieren. Herr Ernährungsminister, das müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen! (Zwischenrufe bei der Österreichischen Volkspartei.) Wir fordern, daß man uns anders behandelt und daß man dafür sorgt, daß wir zu einer Änderung der Aufbringung kommen, die in einer schöneren Zusammenarbeit besser funktioniert, so daß die Städte wieder das erhalten, was sie benötigen. Wir Bauern werden gewiß auch weiterhin unsere Pflicht tun, im Interesse der Bevölkerung und im Interesse eines freien und demokratischen Österreich. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Gindler: Hohes Haus! Wenn ich mich zu diesem Kapitel zum Wort gemeldet habe, so tat ich es deshalb, weil der Herr Abgeordnete Hillegeist in seinen letzten Ausführungen behauptet hat, unser Kuhbestand hätte sich ohnehin nur um 6 Prozent verringert, so daß die Milchablieferung, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, völlig unzulänglich wäre. Mir ist nicht bekannt, woher der Herr Abgeordnete Hillegeist die Unterlagen für seine Behauptung bezogen hat, jedenfalls läßt sich feststellen, daß sie nicht zutreffend sind. Wenn sich der Herr Abgeordnete Hillegeist vorher nur die Mühe genommen hätte, sich der Ergebnisse der amtlichen Viehzählung zu bedienen, dann hätte er wissen müssen, daß nach dem Ergebnis der amtlichen Viehzählung das Land Wien zum Beispiel 54 Prozent seines Kuhbestandes und Niederösterreich 21 Prozent seiner Kühe in der Zeit vom Dezember 1944 bis zum Oktober 1945 verloren haben. Nimmt man die Zählung vom Dezember 1938 zur Grundlage und vergleicht man damit das Ergebnis der Zählung vom Oktober 1945, so beträgt der Verlust an Kühen für das Land Wien 56 Prozent und für Niederösterreich 22 Prozent. Die Verluste an Kühen, auf das gesamte Bundesgebiet bezogen, betragen 8 Prozent.

Zu diesen kolossalen Verlusten an Kühen kommt noch, daß wir in den letzten zwei Jahren infolge der Trockenheit mit einer fast katastrophalen Futterknappheit zu kämpfen hatten. Das uns verbliebene Rindermaterial ist aber auch qualitativ zum Teil unbefriedigend, weil leider gerade viele unserer besten Leistungstiere verloren gegangen sind.

Zu dem Einwurf, daß inzwischen Rinder aus den westlichen Bundesländern eingeführt wurden, ist zu sagen, daß im Zuge dieser Rinderaufstockungs-Aktion von den Bundesländern in erster Linie nur minderwertiges Vieh abgegeben wurde, keineswegs gute Leistungstiere. Außerdem ist die Gesamtzahl an weiblichen Rindern, die nach Wien und Niederösterreich hereingekommen sind, im Vergleich zu den großen Verlusten dieser Länder nur gering und nicht ausschlaggebend.

Nicht unberücksichtigt darf dabei bleiben, daß bei der bedeutend verringerten Zahl der Kühe in den einzelnen Wirtschaften der betriebseigene Bedarf an Milch nunmehr prozentuell einen bedeutend höheren Anteil der Milchleistung eines Hofes ausmacht als früher.

Wenn der Herr Abgeordnete Hillegeist ferner behauptet, die Bauern tauschen sich ohnehin alles ein, was sie brauchen, und sie wären daher mit allen notwendigen Artikeln

versorgt, so muß auch diese Behauptung ganz entschieden als unrichtig zurückgewiesen werden.

Selbstverständlich wird jeder Bauer trachten, sich die zur Fortführung seines Betriebes notwendigen Betriebsmittel zu beschaffen, er ist ja gezwungen dazu, wenn er seine Wirtschaft aufrechterhalten will. Bei den meisten jedoch bleibt es beim Wunsch, weil sie praktisch keine Möglichkeit zum Eintauschen haben, denn Fleisch und Fett als gesuchte Tauschartikel sind auch im Bauernhofe heute sehr knapp geworden und daher auch nur selten auf dem Mittagstisch zu finden. Der Weinbauer konnte sich vielleicht den einen oder anderen Artikel im Tauschweg beschaffen. Die Weinbauer in Niederösterreich sind aber im Vergleich zur übrigen Bauernschaft nur eine Minderheit. Es ist auch allgemein bekannt, daß nur ganz wenige das Glück hatten, daß ihnen ein Teil der vorjährigen Weinernte verblieb. Man darf daher nicht das verallgemeinern, was nur relativ wenige betrifft.

Es wäre richtiger und auch an der Zeit, daß man den Bauern und Landarbeitern endlich einmal Arbeitsschuhe, Kleider sowie sonstige für die Landwirtschaft dringend notwendige Gebrauchsgüter zuweist, damit der Bauer nicht gezwungen ist, will er seinen Betrieb aufrecht erhalten, diese Dinge im Tauschwege beschaffen zu müssen.

Unsere Bauernschaft, die unter den größten Anstrengungen und Opfern ihr möglichstes tut, um das tägliche Brot für alle zu beschaffen, hätte sich eine Anerkennung verdient, nicht aber, daß man sie dauernd als eigennützig und pflichtvergessen anzusehen versucht.

Zu einem besonderen Wirtschaftszweig, zur Kartoffellieferung beziehungsweise deren Verwertung, die die Frau Abgeordnete Krones bereits gestreift hat, muß man sagen: In den letzten Wochen waren die Stärkefabrik in Gmünd und im Zusammenhang damit der für die Führung dieser Fabrik verantwortliche Ing. Rosenauer das Ziel heftiger Angriffe im Wiener Gemeinderat und in einem Teil der Tagespresse. Es wurde behauptet, daß der Bahnhof in Gmünd zu einer Zeit mit Erdäpfeln bereits überfüllt war, als die Lieferungen nach Wien noch zu wünschen übrig ließen, daß weiter die Kartoffeln für die Fabrik nur aus bahnnahen Gebieten erfaßt wurden, während für den Transport der Kartoffeln aus bahnentlegenen Gebieten Lastwagen der Gemeinde Wien angefordert werden mußten, daß weiter Kartoffeln, die für die Versorgung Wiens bestimmt waren, in die Fabrik umgeleitet worden sind, daß nicht frostbeschädigte Kar-

toffeln übernommen worden seien und der Umtausch solcher gegen gute Lagerkartoffeln abgelehnt worden sei. Diese Beschuldigungen, die gegen die Stärkefabrik Gmünd, die zu den namhaftesten landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieben dieser Art zählt, erhoben wurden, sind so schwerwiegend, daß sie einer eindeutigen Klarstellung bedürfen.

Was ist nun die Wahrheit? Das Waldviertel mit den Bezirken Gmünd, Zwettl, Waidhofen an der Thaya und Horn zählt dank der jahrzehntelangen Förderungsmaßnahmen der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer zu den namhaftesten Kartoffelanbaugebieten Österreichs. Für den Absatz der Kartoffeln dieses Gebietes mußten vor 1938, weil damals Wien von den angrenzenden Bezirken Tulln, Korneuburg, Hollabrunn, Mistelbach und dem Marchfeld versorgt wurde, genossenschaftliche Verwertungsbetriebe errichtet werden. Der größte dieser Betriebe ist das Werk Gmünd der landwirtschaftlichen Kartoffelverwertungsgesellschaft.

In dieser Fabrik werden Kartoffeln zu Stärkemehl, Stärkesirup, Stärkezucker, Trockenspeisekartoffeln, Kartoffelflocken und Kartoffelwalzmehl verarbeitet. Diese Produkte werden in der Nahrungsmittelindustrie und der gewerblichen und industriellen Wirtschaft des Landes als unentbehrlicher Roh- und Hilfsstoff benötigt. Die wichtigsten Bedarfsträger in der Nahrungsmittelindustrie sind die Süßwaren-, die Obst- und Gemüsekonserven-, die Marmeladen-, die Kindernährmittel-, die Suppen- und Backpulverindustrie, die Kaffee-Ersatz- und Senferzeugung. In der industriellen und gewerblichen Produktion werden diese Produkte für die Klebstoffindustrie, die Textil-, Papier- und Lederindustrie und in der chemischen und pharmazeutischen Industrie verwendet.

Die genannten Industriezweige verfügten zur Zeit des Zusammenbruches im Jahre 1945 noch über gewisse Vorräte, die aber bald aufgebraucht waren, was zur Folge hatte, daß bereits zu Beginn des Jahres 1946 eine heftige Nachfrage nach Stärkemehl und Stärkeprodukten einsetzte. Diese Tatsache und die Erkenntnis, daß ohne diese Produkte die Nahrungsmittel- und die gewerblichen Industrien Österreichs nicht arbeiten können, waren Veranlassung, daß der österreichische Kartoffelwirtschaftsverband bei den zuständigen Bundesministerien die Wiederaufnahme der Stärkeproduktion im Werk Gmünd beantragt hat und mit Zustimmung der Ministerien der Fabrik für das Wirtschaftsjahr 1946/47 einen Produktionsauftrag zur Herstellung von 1500 t Kartoffelstärkemehl, 1000 t Dextrin und Klebstoffe, 2000 t Stärkesirup und Stärkezucker,

1500 t Kartoffelwalzmehl und 400 t Trockenspeisekartoffel erteilt hat. Für die Erfüllung dieser Auflage wurden 45.000 t Industriekartoffeln aus dem Waldviertel, das zum Einzugsgebiet der Stärkefabrik in Gmünd gehört, freigegeben. Diese Kartoffelmenge, die von der Stärkefabrik durch Anbau- und Lieferverträge mit rund 4000 Bauern des Waldviertels gesichert worden ist, wurde in die Kartoffelaufbringungsplanung des Landes Niederösterreich eingebaut. Die Anbau- und Lieferverträge beschränken sich nicht nur auf bahnnähe gelegene Gebiete, sondern es wurden vielmehr durch die Errichtung von 48 Sammelstellen mit einer Bahnentfernung von 10 bis 12 km 130 bahnentlegene Gemeinden zur Lieferung herangezogen und der Abtransport der Kartoffeln durch die Bereitstellung von Lastkraftwagen und zusätzlichem Treibstoff möglich gemacht.

Die Anlieferung der Kartoffeln erfolgte auf Grund eines Verladeplanes, der mit der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen und dem Kartoffelwirtschaftsverband vereinbart wurde und der den Abtransport der gesamten Menge für die Zeit vom 16. September bis Ende November 1946 in Tagesmengen von 50 bis 60 Waggons vorsah. Wenn zu Beginn der Lieferungen der Bahnhof in Gmünd mit Kartoffeltransporten verstopft war, so besagt das keineswegs, daß etwa das Waldviertel ausnahmslos für Gmünd in Anspruch genommen wurde, sondern ist auf technische Entladehemmungen, die durch den Mangel an Entladearbeitern vorübergehend hervorgerufen wurden, zurückzuführen. Feststeht, daß durch Gmünd die Speisekartoffelversorgung Wiens in keiner Weise gestört wurde, da nachweisbar in der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober 1946 vom Waldviertel 16.200 t Kartoffeln nach Wien verladen wurden und dieselbe Menge der Fabrik zugeleitet worden ist. Keinesfalls wurden Speisekartoffeln, die für Wien bestimmt waren, für Gmünd in Anspruch genommen; es sind vielmehr Lieferungen, die für Gmünd bestimmt waren und durch die besagten Entladeschwierigkeiten nicht sofort übernommen werden konnten, nach Wien umgeleitet worden.

In der zweiten Oktoberhälfte dieses Jahres, und zwar vom 22. bis 26. Oktober, hat neuer ein katastrophaler Frühfrost eingesetzt, der gerade in der Kartoffelwirtschaft ungeahnte Schäden hervorgerufen hat. Die verantwortliche Leitung des Werkes in Gmünd hat in Erkenntnis der durch die Frostschäden eingetretenen Lage, einvernehmlich mit dem Kartoffelwirtschaftsverband, mit sofortiger Wirkung die Übernahme von gesunden Kartoffeln eingestellt und sich auf die Verarbeitung

ausschließlich frostgeschädigter Ware umgestellt. Bis 3. Dezember 1946 wurden nicht weniger als 13.000 t gefrorene Kartoffeln in Gmünd übernommen und verarbeitet und dadurch vor dem gänzlichen Verderb gerettet.

Diese Maßnahmen, die die Fabrik vor bedeutende technische und wirtschaftliche Aufgaben gestellt hat, haben der Land- und Volkswirtschaft des Landes große Vorteile gebracht, weil die Verwertung gefrorener Kartoffeln in größeren Mengen möglich war und umgekehrt gesunde Kartoffeln dadurch für die Ernährung freigeworden sind.

Es wäre aber durchaus falsch, wenn angenommen würde, daß eine Stärkefabrik nur frostgeschädigte Kartoffeln verarbeiten könnte. Es sind vielmehr dieser Verarbeitung technische und betriebliche Grenzen gesetzt. Trotzdem hat sich die Leitung der Kartoffelverwertungsgesellschaft in Anbetracht der Notlage, die durch den Frühfrost entstanden ist, bereit erklärt, nicht bloß größere Mengen von frostgeschädigten Kartoffeln zu übernehmen, sondern auch den Umtausch von gesunden, lagerfähigen Kartoffeln gegen frostgeschädigte Ware zu bewerkstelligen. Die Kartoffelverwertungsgesellschaft, die sich aus den landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften des Waldviertels und den landwirtschaftlich-genossenschaftlichen Zentralstellen des Landes Niederösterreich zusammensetzt, ist eine rein genossenschaftliche Unternehmung, die nicht kapitalistische Zwecke verfolgt, sondern dem Absatz und der Verwertung der Kartoffeln der angeschlossenen Genossenschaften zu dienen hat. Durch die Inbetriebnahme des Werkes Gmünd, die mit großen Schwierigkeiten verbunden war, weil das Werk durch die Kriegsereignisse im Jahre 1945 bedeutende Schäden erlitten hat, hat die Gesellschaft einen großen Beitrag für den Wiederaufbau Österreichs geleistet.

Herr Ing. Rosenauer, der der Leitung der Gesellschaft angehört, ist ein langjähriger Fachmann auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Kartoffelverwertung. Er hat im Jahre 1938 wegen seiner politischen Einstellung zum Nationalsozialismus seine Existenz eingebüßt und war während der Nazizeit wiederholt der Verfolgung durch die Gestapo ausgesetzt. Er hat in der schwierigen Zeit im Jahre 1945 durch seine Tätigkeit beim Österreichischen Kartoffelwirtschaftsverband die Versorgung der niederösterreichischen Notstandsgebiete mit Kartoffeln möglich gemacht. Wenn auch Wien damals nicht im gewünschten Ausmaß mit Kartoffeln versorgt werden konnte, weil diese wegen der Kriegsereignisse im Frühjahr 1945 nicht angebaut werden konnten und einfach nicht vorhanden waren, so ändert dies nichts an der Tatsache

des Erfolges, der damals erzielt worden ist und der durch die Wiederaufnahme des Betriebes in Gmünd in kurzer Zeit neuerdings bewiesen erscheint. Die Kartoffelverwertungsgesellschaft Gmünd hat zum Wiederaufbau Österreichs einen bedeutenden Beitrag geleistet. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Die Rednerliste ist erschöpft und somit die Aussprache über die Gruppe XII beendet.

Es folgt die Beratung der Gruppe XI, bestehend aus Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Spezialberichterstatte r Aichhorn: Hohes Haus! Die Gruppe XI umfaßt die Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten.

Im Kapitel 20 betragen die Gesamtausgaben 18.027.800 S und die Gesamteinnahmen 2.844.300 S. Diese Gesamteinnahmen sind auf Grund des vom Nationalrat Lakowitsch gestellten Antrages, der im Budgetausschuß angenommen wurde, um die Montagebühren von 1.500.000 S zu erhöhen und damit abzuändern.

Die Ausgaben sind um 2.588.000 S höher veranschlagt als im vergangenen Jahre.

Vom Mehraufwand entfallen auf die persönlichen Ausgaben 1.997.300 S. Die Erhöhung des Personalaufwandes ist zum Teil durch die Bezüge und die Gewährung von Teuerungszuschlägen bedingt, zum Teil durch die bescheidene Erhöhung des Personalstandes verursacht, die infolge der mit dem Wiederaufbau zugewachsenen Agenden und Arbeiten notwendig wurde.

Unter dem Sachausgaben ist ein Aufwand für Exportförderung und Ausstellungswesen, für Gewerbeförderung und die technischen Versuchsanstalten sowie für den Fremdenverkehr vorgesehen.

Das Kapitel 21 mit einem gegenüber 1946 um 55.120.300 S erhöhten Gesamtaufwand von 169.832.400 S teilt sich in die laufende Gebarung mit einer Summe von 110.112.400 S und einem außerordentlichen Aufwand von 59.720.000 S.

Vom Mehraufwand entfallen auf die persönlichen Ausgaben 7.517.700 S, auf die sachlichen Ausgaben 32.721.600 S und auf den außerordentlichen Aufwand 14.890.000 S.

In der Budgetdebatte wurden zwei Entschließungsanträge gestellt, und zwar auf Überprüfung der Gewerbeberechtigungen und auf eheste Vorlage eines Wiederaufbaugesetzes. Beide Anträge wurden vom Budgetausschuß angenommen. Ferner wurde ein Antrag des Abgeordneten Weikhart und Genossen, betreffend die Bildung von Bau-

wirtschaftsausschüssen in den einzelnen Bundesländern abgelehnt und als Minderheitsentschließung angemeldet.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag (liest):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und dem Kapitel 21: Bauten des Bundesvoranschlags für das Jahr 1947 in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beigedruckten Entschlüsse werden angenommen.“

*

Die Entschlüsse haben folgenden Wortlaut.

1.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ehestens eine Gesetzesvorlage über die Überprüfung aller vom 13. März 1938 bis jetzt erteilten Gewerbeberechtigungen einzubringen.

Die jetzt immer mehr und mehr auftretenden Prozesse gegen Schieber und Schleihändler und die Tatsache, daß damit der ganze Handels- und Gewerbebestand durch Presse und Hetzreden einer unverdienten Diffamierung ausgesetzt ist, macht eine Überprüfung sämtlicher Handels- und Gewerbeberechtigungen notwendig.

Im Zuge der Nachkriegserscheinungen wurden in vielen Fällen Gewerbeberechtigungen ohne eingehende Prüfung erteilt, was sich für die Zukunft nachteilig auswirken müßte.

2.

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau wird aufgefordert, dem Haus ehestens einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Durchführung des Wiederaufbaues beschädigter Häuser oder Wohnungen und den Ersatz der durch Feindeinwirkung zerstörten Wohnungseinrichtungen regelt.

Die Minderheitsentschließung der Abgeordneten Weikhart, Dr. Migsch und Kostroun lautet:

Zur Regelung der planvollen Baustoffbewirtschaftung und zur gerechten Verteilung der vorhandenen Materialien ist die Errichtung von Bauwirtschaftsausschüssen in jedem Bundesland erforderlich.

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau wird aufgefordert, binnen kürzester Zeit einen Gesetzentwurf über die Schaffung und den Wirkungsbereich solcher Bauwirtschaftsstellen im Nationalrat einzubringen.

Abg. Honner: Hohes Haus! In Anbetracht der großen Aufgaben des Wiederaufbaues sollte das Ministerium, dessen Kapitel wir

nun verhandeln, einen besonderen Platz nicht allein im Voranschlag sondern auch in der Tätigkeit der Regierung einnehmen.

Aber angesichts des Fehlens eines Planes für den Wiederaufbau ist dieses Ministerium nichts anderes als das alte Handelsministerium, vermehrt durch einige Verwaltungen, die sich mit den staatlichen Bauten beschäftigen. Diese Tatsache ist nicht unwichtig. Österreich hat sich kein lenkendes Organ für den Wiederaufbau gegeben, sondern diesen zum Anhängsel des Handelsministeriums gemacht. Darum muß man sich in allem, was den Wiederaufbau betrifft, auf diese einzige kritische Bemerkung beschränken.

Das wichtigste Gebiet des Wiederaufbaues, die Sicherung der Herstellung von Baumaterial, seine zweckentsprechende Verteilung und die Arbeit an der Instandsetzung von Wohnungen und Bauten, wenn schon nicht an Neubauten, ist im Rahmen dieses eigenartigen Ministeriums für Wiederaufbau überhaupt nicht berücksichtigt.

Was den Handel betrifft, also das Hauptgebiet des Ministeriums, ist die Handelspolitik beständig Gegenstand von Klagen in allen Wirtschaftskreisen, wenn man von einer ganz engen Gruppe an den gegenwärtigen Zuständen Interessierter absieht.

Zunächst einiges zum Kapitel Außenhandelspolitik. Kann man überhaupt von einer wohlgedachten und geplanten Außenhandelspolitik reden? Kaum, denn es sind keine Vorkehrungen getroffen, um die Kompensationsgüter für den internationalen Austausch bereitzustellen und zu verhindern, daß Kompensationsgüter sinnlos verschleudert werden. Nach den Regeln menschlicher Vernunft müßte sich der Staat die weitestgehende Kontrolle des Außenhandels sichern, dürfte er vor allem nicht zulassen, daß die einzelnen Bundesländer Außenhandel auf eigene Faust betreiben. Aber angesichts der Untätigkeit der zentralen Stellen in Wien kann man es schließlich den Ländern nicht verübeln, wenn sie zu dieser Art von Selbsthilfe schreiten.

Es ist in diesem Hause wiederholt davon gesprochen worden, daß die Zonenwirtschaft Österreich schweren Schaden zufügt. Besonders schwer ist dieser Schaden auf dem Gebiet des Außenhandels. Er wird noch durch ein System verstärkt, das den Außenhandel mit unseren traditionellen Käufern im Osten und Südosten unseres Landes systematisch hintansetzt. Hier ist ein gründlicher Wandel notwendig. Und zwar nicht nur durch Deklarationen, sondern durch eine Politik, die sich ausschließlich von wirtschaftlichen Erwägungen und wirtschaftlichen Interessen, nicht aber von politischen Gesichtspunkten leiten

läßt, wie es leider bis heute geschah und geschieht.

Es wäre unrichtig, wenn man in der Person des Herrn Handelsministers Heindl den einzigen Schuldigen dieses unmöglichen Zustandes sehen würde. Die Handelspolitik, vor allem die Außenhandelspolitik ist auf das engste verknüpft mit der allgemeinen Außenpolitik. Daher sind die leitenden Männer der österreichischen Außenpolitik für die Fehlleistung unserer Handelspolitik mitverantwortlich.

Einige Tatsachen über die Wege unserer Handelspolitik habe ich bereits in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses angeführt. Dort habe ich vor allem auf die Feststellungen hingewiesen, die der polnische Handelsvertreter in Österreich und ein Vertreter des ungarischen Handelsministeriums gemacht haben. Ich möchte hier die Erklärung des Handelsvertreters der Polnischen Republik in Wien zitieren, die in der „Wiener Zeitung“ vom 9. November dieses Jahres abgedruckt wurde, eine Erklärung, die einige Richtigstellungen zu Äußerungen vornimmt, die sowohl in der österreichischen Presse wie auch hier im Hause gemacht worden sind.

Diese Feststellung des polnischen Vertreters in Wien lautet (liest):

„Der kommerzielle Vertreter der Politischen Mission der Polnischen Republik ersucht uns um Aufnahme nachstehender Zusage: Es ist nicht richtig, daß das Waren austauschabkommen erst in der zweiten Septemberhälfte abgeschlossen werden konnte, da von polnischer Seite nachträglich Änderungen gewünscht und der Termin nicht früher angesetzt wurde, es ist dagegen richtig, daß von polnischer Seite bereits am 10. Juli mündlich und am 12. Juli schriftlich dem Handelsministerium in Wien bekanntgegeben wurde, daß die polnische Regierung bereit ist, den Handelsvertrag abzuschließen. Es ist weiter richtig, daß diese Proposition seitens der österreichischen Regierung überhaupt nicht beantwortet wurde, und erst am 30. August hat sich die österreichische Regierung bereit erklärt, eine Handelsdelegation nach Warschau zu entsenden. Es ist nicht richtig, daß festgelegt wurde, daß die Kohlenlieferungen sofort nach Unterzeichnung des Vertrages aufzunehmen wären, richtig ist es dagegen, daß laut Artikel IV des polnisch-österreichischen Handelsvertrages die Lieferungen nach Abschluß von Kaufverträgen erfolgen sollen und tatsächlich nach Abschluß des ersten Kaufvertrages sofort mit Kohlenlieferungen begonnen wurde. Es ist nicht richtig, daß die Interventionen bei der Polnischen Politischen Mission in Wien zu einer sofortigen Aufnahme der Kohlenlieferungen

nicht führten, es ist dagegen richtig, daß sieben Zugsgarnituren, welche ohne vorherige Verständigung mit den polnischen Instanzen nach Kattowitz instradiert wurden, ausschließlich durch die Intervention der Polnischen Politischen Mission in Wien mit Kohlen beladen und nach Österreich weitergeleitet wurden.“

Soweit die damalige Feststellung der Vertretung der polnischen Republik in Wien zu den Behauptungen hier im Haus und außerhalb dieses Hauses, daß nicht die Österreicher, nicht unsere Ministerien, sondern die polnischen Behörden und die polnische Regierung für die Verzögerung der Kohlenlieferungen nach Österreich verantwortlich wären.

So wird Handelspolitik mit jenem Lande betrieben, das uns am leichtesten die für unsere Wirtschaft so dringend benötigte Kohle liefern kann und auch bereit ist, sie zu liefern. Aber bei einem solchen Verhalten österreichischerseits darf man sich dann nicht wundern, wenn Komplikationen und Schwierigkeiten eintreten, die uns nur nachteilig für die Gegenwart und nachteilig für alle weiteren Beziehungen auch in der Zukunft sein können.

Aber der polnische Fall ist leider kein Einzelfall. Von ungarischer Seite wurde angeboten, die österreichischen Salinen mit Kohlen zu beliefern, um die für Kompensationszwecke notwendigen Salzmenge herstellen zu können. An Rohstoff fehlt es hier also sicherlich nicht. Aber ist schon etwas geschehen, um diese Handelsoperation auch wirklich einzuleiten? Man hat nach allen bisherigen Erfahrungen allen Grund, daran zu zweifeln. Dabei ist es geradezu unverständlich, wieso es in Österreich an Salz für Kompensationszwecke mangeln kann. Ich erinnere daran, daß am 25. Juli in einer offiziellen Aussendung des amerikanischen Hauptquartiers in Österreich, in dem von der Übergabe von 280 Betrieben in die treuhänderische Verwaltung der österreichischen Regierung die Rede war, auch mitgeteilt wurde, daß in den Werken und Lagern des Salzmonopols Salzbestände von zwei Millionen Tonnen lagern. Diese Mitteilung von amerikanischer Seite wurde bisher von keiner Seite richtiggestellt, bis auf die Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses, wo der Herr Finanzminister erklärte, daß keinerlei Salzreserven im Oberösterreich vorhanden wären. Dem steht die amerikanische Meldung gegenüber, daß zwei Millionen Tonnen Salz vorhanden sein sollen. Aber das Salz ist nun einmal nicht da und es fehlt uns also eine sehr wichtige Kompensationsware, weil wir für Salz sowohl in der Tschechoslowakei wie

auch in den Ländern des Südostens verschiedene uns fehlende Waren, Rohstoffe und Lebensmittel eintauschen könnten.

Es stellt sich nun die Frage: Wohin ist dieses Salz gekommen? Man kann doch wohl nicht gut annehmen, daß es in der Zwischenzeit zerflossen und zerronnen sein soll?

Andere wichtige Kompensationsgüter gehen bisher vorwiegend in solche Länder, die uns dafür nichts für unseren dringenden Bedarf liefern oder liefern könnten. Das ist vor allem beim Magnesit der Fall und in einem bedeutenden Maße beim Bauholz, Grubenholz und Schleifholz für die Zellulosefabrikation, obwohl die landwirtschaftlichen Überschußländer einen dringenden Bedarf an diesen Produkten unseres Landes hätten.

Aber mit einer Sicherung der Kompensationsgüter muß jede vernünftige Handelspolitik in unserer heutigen Situation beginnen.

Außerordentlich erschwerend wirkt sich auf die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern der Umstand aus, daß der künstlich hochgesetzte Dollarkurs von 1 zu 10 eine außerordentliche Verteuerung der für uns notwendigen Waren aus dem Ausland mit sich bringt. Die Gründung der Ausgleichskassa ist hier zu einem viel zu späten Zeitpunkt erfolgt, um praktische Ergebnisse zu zeitigen.

Ein schlagendes Beispiel haben wir hier mit dem Kohlenbezug aus dem Ausland. Obwohl Österreich stets vorwiegend mit schlesischer Steinkohle versorgt wurde, hat man im letzten Jahr vornehmlich Ruhrkohle eingeführt. Bis Ende August wurden aus Deutschland, aus dem Ruhrgebiet, 1,170.000 t Steinkohle eingeführt und unseren Großabnehmern zum Preis von 18 S je Tonne ohne Fracht verrechnet, also nach dem geltenden Umrechnungskurs zu Dollar 180. Nun wird aber die Ruhrkohle auf dem Weltmarkt zu einem Durchschnittspreis von 9 Dollar pro Tonne angeboten und es ergibt sich so, daß für diese Kohlenmenge um 84 Millionen Dollar hier im Lande weniger gezahlt worden ist, als sie faktisch kostet. Ein unbekannter Wohltäter müßte also bei jeder Tonne Ruhrkohle aus seiner Tasche das Vierfache des bezahlten Preises bezahlt haben. Da es aber einen solchen unbekannten Wohltäter offenbar nicht gibt, hat der österreichische Staat für diese Kohlenlieferungen über acht Millionen Dollar Schulden gemacht. Aus der deutschen Braunkohlenlieferung nach Österreich ergibt sich in der gleichen Weise eine Schuld von 17 Millionen Dollar. Die aus Polen kommende Kohle muß hingegen zu Weltmarktpreisen bezahlt werden. Sie kostet je nach Größe 8 bis 12 Dollar pro

Tonne. Auch für die durch die UNRRA gelieferte tschechische Braunkohle haben wir an der Grenze 50 S pro Tonne berechnen müssen.

Mit anderen Worten: der österreichische Staat ist durch die deutsche Kohleneinfuhr Devisenschulden von nicht weniger als 10 Millionen Dollar eingegangen. Da die deutsche Kohle vor allem in die westlichen Zonen unseres Landes gegangen ist und polnische und tschechische Kohle in die östlichen Teile Österreichs, hat also der Staat auf Kosten der Gesamtwirtschaft der Industrie der westlichen Bundesländer einen erheblichen Zuschuß auf die von ihr verbrauchte Kohle gegeben, der ohne die notwendige parlamentarische Genehmigung wahrscheinlich aus dem Staatssäckel — denn niemand anderer wird es bezahlen — bezahlt werden soll. Die östlichen Teile Österreichs beziehen jetzt Kohle, wie schon erwähnt, zum Weltmarktpreise und müssen also künftig auch noch für das Ruhrkohlen-geschäft der westlichen Bundesländer die daraus entstehende Differenz mitbezahlen. Die ungerechtfertigte Steigerung der Auslandsschuld durch diese Handelsoperation ist ein großes Hemmnis für den wirtschaftlichen Austausch mit landwirtschaftlichen Überschußgebieten.

Dies ist nur ein Beispiel für die einseitige, schädliche Wirtschaftspolitik, die heute betrieben wird. Man hat im vorigen Jahr die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft der westlichen Bundesländer durch die Preisstützung abgeschafft und hat etwas Ähnliches, und zwar in viel größerem Umfang, für die Industrie geschaffen.

Man hört es nicht gerne, wenn wir von der Tendenz zum Ausverkauf Österreichs sprechen, aber Tatsachen sind eben stärker als alle Worte. Solange österreichische Exportgüter ins Ausland gehen und dafür nichts Lebensnotwendiges hereinkommt, solange unsere knappen Rohstoffe ins Ausland gehen, ohne daß wir eine entsprechende Gegenleistung erhalten, sind wir berechtigt, von einem Ausverkauf Österreichs zu sprechen, der in verschiedenen Formen vor sich geht.

In der Presse ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Erzeugnisse der österreichischen Textil-, Leder- und Galanteriewarenindustrie durch die sogenannte „Aktion Wilcox“ an Angehörige der amerikanischen Armee in Österreich und in ganz Europa verkauft werden. Das Eigenartige bei dieser Operation ist, daß die österreichischen Industriellen für ihre Produkte keine Exportpreise sondern beinahe inländische Stopppreise, und zwar zum größten Teil in

österreichischen Schillingen erhalten. Das ist auch nichts anderes als eine Form des Ausverkaufes, wobei es sich um sehr beträchtliche Mengen handelt. Hingegen haben wir die Tatsache, daß in Wien viele österreichische Erzeugnisse zu sogenannten Exportpreisen angeboten werden, daß die Erzeugnisse beispielsweise der österreichischen Elektroindustrie und anderer Industriezweige heute zu Phantasiepreisen auf den Inlandsmarkt kommen.

Die einfache Aneinanderreihung solcher Tatsachen genügt wohl, um zumindest erstaunt zu sein über die selbstzufriedene Art, in der der Herr Bundesminister im Budgetausschuß die Tätigkeit seines Ministeriums beurteilt hat. Wenn man den Wiederaufbau Österreichs wirklich will — und ich glaube, es gibt niemanden hier im Hause, der ihn nicht wirklich ehrlich will —, muß man einen anderen Maßstab anlegen und ganz andere Forderungen an dieses Ministerium, zumindest soweit es sich um die Kompetenzen zum Wiederaufbau handelt, stellen.

Österreich braucht eine Handelspolitik, die den Interessen unseres Landes und dem beschleunigten Wiederaufbau dient, also vor allem eine sehr aktive Außenhandelspolitik, die Österreich das bringt, was uns fehlt: Brennstoff, Rohstoffe und Lebensmittel. Solange dieses Ministerium beherrscht ist von jenem engen Kreis, dessen einziges Interesse die Wiederherstellung der Privilegien der Besitzenden ist, können wir hier eine Änderung nicht erwarten, vor allem nicht die Änderung, die im Interesse eines raschen und forcierten Wiederaufbaues unserer Heimat dringend geboten ist.

Abg. Dr. Migsch: Hohes Haus! Das Kapitel Handel und Wiederaufbau bietet uns Gelegenheit, den Stand unserer Volkswirtschaft im Industrie- und Handelssektor einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Wir haben bereits in den letzten Wochen feststellen müssen, daß sich unsere Wirtschaft heute in einem Zustand befindet, der einer schweren Krise gleichkommt. Wir haben feststellen müssen, daß unsere Wirtschaft heute nicht in der Lage ist, die österreichische Bevölkerung zu erhalten und zu ernähren. Wir kennen die Gründe, die dazu geführt haben, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Land eine so wesentliche Verschärfung erfahren haben. Wir wissen ganz genau, daß die Abschnürung unseres kleinen Industrielandes mit seinen schwachen agrarischen Grundlagen die Hauptursache dafür ist, daß es nicht gelang, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft so in die Wege zu leiten, wie er in anderen Ländern

Europas vor sich gegangen ist. Wir wissen ganz genau, daß Österreich relativ am schwersten unter der Naziherrschaft und unter den Kriegsfolgen gelitten hat.

Wir haben in den letzten Monaten wiederholt Gelegenheit gehabt, auf die Folgen dieser Handlungen, die von den Besatzungsmächten gesetzt worden sind, hinzuweisen. Wir haben wiederholt darauf verwiesen, daß dies nicht der Weg ist, ein unabhängiges, freies Österreich zu schaffen. Wir haben in diesem Kampf, der zunächst von der Sozialistischen Partei allein geführt worden ist, doch einige Erfolge erzielt. Wenn heute beinahe eineinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges der Hohe Alliierte Rat feststellt, daß der österreichischen Regierung die Verfügungsgewalt über die wirtschaftlichen Kräfte des Landes einzuräumen sei, kann man nur bedauern, daß diese Entscheidung, die im Grunde nur Selbstverständliches beinhaltet, so spät erfolgt ist. Aber ich will von diesen Angelegenheiten heute nicht sprechen; sie sind bekannt. Jeder, der diese Dinge nicht ins Auge faßt, schätzt nicht nur die Lage in Österreich falsch ein, sondern er beweist damit, daß er für die Entwicklung unseres Landes zu Unabhängigkeit und Freiheit nicht eintritt.

Was können wir unter der gegebenen Situation überhaupt machen? Ich habe hier vor mir eine Schätzung des Einfuhrbedarfes und der Ausfuhrmöglichkeiten Österreichs für das Jahr 1947. Diese Schätzungen wurden von ausländischen Fachmännern erstellt. Sie mögen in einzelnen Posten zu hoch, in einzelnen Posten zu niedrig gegriffen sein. Aus ihnen geht jedenfalls hervor, daß der Einfuhrbedarf Österreichs einschließlich der Lebensmittel, Kohle und Rohstoffe auf 293 Millionen Dollar geschätzt wird. Die Ausfuhrmöglichkeiten Österreichs schätzt man dagegen nur mit 115 Millionen Dollar ein. Mehr als 150 Prozent jener Güter, die wir zur Aufrechterhaltung des Lebens und zur Ingangsetzung der Wirtschaft benötigen, können wir nicht aus dem Erlös unserer Arbeit bezahlen.

Das ist eine trockene, nüchterne Darstellung des Tatsächlichen. Sie beweist uns, daß sich Österreich auch im Jahr 1947 in der schwersten Krise befindet. Sie ist eine Folge des unnatürlichen Zustandes der letzten eineinhalb Jahre. Dazu kommen auch noch andere Überlegungen: Unsere Volkswirtschaft ist heute im höchsten Maße entgütet. Wir haben keine Vorräte und keinerlei wirtschaftliche Reserven mehr in unserem Lande. Es ist auf die Dauer nicht möglich, von Anleihen oder Verpfändungen zu leben!

Wenn ich ein Beispiel zeigen darf, sei es jenes: Unsere Volkswirtschaft gleicht heute der Familie eines Arbeitslosen ohne Arbeitslosenunterstützung, die ihre letzte Sache bereits ins Leihhaus getragen hat. Wenn jemand glaubt, daß es möglich sein wird, die nötigen Rohstoffe und Lebensmittel durch Auslandsanleihen ins Land hereinzubekommen, dann bin ich überzeugt, daß er sich gründlich täuscht. Einen so hohen Betrag leiht man nicht auf das schöne Gesicht; einen solchen Betrag gibt man nicht dem, dessen wirtschaftliche Verhältnisse so im Argen liegen. Was uns dringend nützt, ist, für das Jahr 1947 den Ausgangspunkt zu schaffen, um endlich unsere Volkswirtschaft in Gang zu setzen. Wir wissen sehr wohl, daß ein Wiederaufbau, der vernünftige und gesunde Verhältnisse schaffen soll, dann erst möglich sein wird, wenn unser Land frei, der Staatsvertrag geschlossen ist und wir Herren über die wirtschaftlichen Kräfte unseres Landes geworden sind. Bis dahin aber gilt es, alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen, um die Wirtschaft vorwärtszubringen.

Hier möchte ich zunächst einen Vergleich mit der Situation des Jahres 1918/19 machen, um vor den Fehlern, die damals gemacht wurden, entschieden zu warnen. Es ist vollkommen falsch zu versuchen, unsere wirtschaftliche Lage von der Währungsseite her zu überwinden. Was uns nützt, ist Steigerung der Produktion. Alle unsere wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir setzen müssen, müssen ausschließlich auf dieses Ziel gerichtet sein. Wir halten auf die Dauer eine Güterproduktion, die etwa 30 Prozent der Produktion des Jahres 1937 umfaßt, nicht aus. Wir können nicht von dem weiteren Verzehr unseres Vermögens leben, denn das Vermögen ist plüsch. Wir müssen arbeiten, wir müssen arbeiten und wir müssen wiederum arbeiten. Das ist die entscheidende Parole, die wir für das Jahr 1947 auszugeben haben!

Nun, meine Damen und Herren, zu glauben, daß diese Produktionssteigerung möglich sei, wenn man den sogenannten wirtschaftlichen Kräften freie Bahn läßt, das ist ein Irrglaube. Was ist da zu tun? Wir haben vor allem das wenige, was an wirtschaftlichen Werten im Lande vorhanden ist, in vollem Umfang einzusetzen. Wir wissen ganz genau, daß in vielen Kreisen der Industrie und des Gewerbes noch jene Überlegung vorherrscht, die während der Kriegszeit dominiert hat, nämlich nur wenige Güter zu erzeugen, auf den Warenvorräten und Rohstoffvorräten sitzen zu bleiben und abzuwarten, bis eine andere Zeit kommt — die allgemeine Praxis ist die, daß die einzelnen

nur das erzeugen, was sie unbedingt für ihren eigenen Lebensbedarf benötigen —, und den Rohstoffvorrat schön säuberlich im Hamsterlager zu verwahren. Diese Menschen schneiden in Wahrheit den Ast ab, auf dem sie selbst sitzen. Niemand in diesem Lande wird irgendwie in der Lage sein, auch nur den kleinsten wirtschaftlichen Wert zu retten, wenn es uns nicht gelingt, die Produktion auf das höchste anzukurbeln. Da möge er noch so lange auf dem Hamsterlager sitzen, da mag er noch so sehr seine Ware zurückhalten, er geht mit dem ganzen Volk zugrunde! Es ist daher kurzsichtig zu glauben, wenn man hier noch egoistisch oder, wie man sagt, privatwirtschaftlich denkt und handelt.

Ich habe hier einige Beispiele: Nach dem Lederplan sollen pro Monat 800.000 kg Häute anfallen. Gewiß, unsere Wirtschaft ist nicht in Ordnung und die Spekulation hätte da und dort reiche Möglichkeiten des Einsatzes. Da einzelne vermutet haben, daß eine Preiserhöhung eintreten werde, ist das heutige Aufkommen auf 600.000 kg gefallen. Endergebnis: unsere Schuhfabriken zum Beispiel arbeiten nur mit einer 25prozentigen Kapazität! Eine privatwirtschaftliche Spekulation zum Verhängnis des gesamten Volkes, zum Verhängnis der gesamten Volkswirtschaft und zum Verhängnis letzten Endes auch derer, die diese Spekulation durchgeführt haben! Unsere Wirtschaft ist so arm, daß sie keinen Platz für private Spekulationen hat. Was uns zunächst nützt, ist, alles, was im Lande vorhanden ist, zusammenzuzerren, um dieser Wirtschaft einen Impuls, eine Injektion zu geben, damit sich der Blutkreislauf in den Adern wieder in Bewegung setzt. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, der Wirtschaft solche Impulse zu geben. Sie brauchen auch nur die Liste jener Waren zu sehen, die wir früher importiert oder die wir exportiert haben, und Sie werden finden, daß wir in zahlreichen Fällen nicht in einer ökonomischen Weise gehandelt haben.

Alle die Warenkredite, die wir bisher bekommen haben, haben letzten Endes nur dem Verzehr gedient. Die wenigen Warenkredite, die wir im Jahre 1947 bekommen werden, müssen der Aufpulverung der Wirtschaft dienen. Dazu ist allerdings notwendig, daß wir vor allem bestrebt sind, zu exportieren und unseren Export auszudehnen, und zwar mit allen Waren, die geeignet sind, die heutige Konjunktur auf dem Weltmarkt voll auszunützen. Wir müssen die Deckung vieler Bedürfnisse zurückstellen, bis sich die Weltkonjunktur abgeschwächt hat. Es ist heute ein volkswirtschaftliches Verbrechen, meine Damen und Herren, ein Auto, einen

Personenwagen, aus dem Auslande einzuführen, weil uns damit wichtige Devisen, auch wenn sie gering sind, verloren gehen. Es ist heute auch ein Verbrechen, eine Maschine einzuführen, die man ruhig auch in den Jahren 1948 oder 1949 einführen könnte. Wir können uns diesen Luxus nicht erlauben, denn wir dürfen bloß das einführen, was vor allem unsere Wirtschaft unmittelbar ankurbelt, was eine Produktionssteigerung herbeiführt und Lebensmittel-Exportwaren schafft.

Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe anderer Möglichkeiten. Wer durch unsere Industrie geht, der weiß, daß es eine Reihe von Engpässen gibt, und zwar Engpässe aus Arbeiter- oder Maschinenmangel. Oft handelt es sich nur um eine geringe Anzahl von Arbeitskräften, die eingesetzt werden müssen, um eine höhere Produktion zu erzielen. Dies ist erreichbar, wenn man nicht versucht, die Dinge bürokratisch zu lösen.

Da haben wir zum Beispiel die Salinenwerke in Ebensee. Wir könnten die Erzeugung von Soda um 800.000 t erhöhen und die volle Produktionskapazität erreichen, wenn es nur gelingen würde, 72 Arbeiter, allerdings Schwerarbeiter, für den Steinbruch aufzutreiben. Ich begreife es, und hier möchte ich den Herren antworten, die die Bauern in Schutz genommen haben: ich teile vollkommen Ihre Ansicht, wenn Sie sagen, der Bauer muß voll ernährt werden, damit er seine Leistungen vollbringen kann. Sie müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß es genug Arbeiter gibt, die mit der Arbeiterkarte, ja auch mit der Schwerarbeiterkarte nicht voll ernährt werden können. Sie sind unter den heutigen Ernährungsverhältnissen nicht fähig, schwere Arbeiten zu leisten. Man kann diese Arbeiter dann gewinnen, wenn man ihnen auch die entsprechenden wirtschaftlichen Vorteile gibt, so wie den Bauern! Es ist sehr schwer, Leute im Freien arbeiten zu lassen, wenn sie zum Beispiel keine Schuhe oder eine ungenügende Kleidung besitzen. Diese Engpässe kann man bei vernünftiger Überlegung durchaus überwinden, auch die Engpässe, die auf dem Gebiete der Produktionsanlagen bestehen.

Wir führen zum Beispiel bereits seit eineinviertel Jahren Debatten über den sogenannten Maschinenausgleich. Wir haben zusammengefallene Betriebe, die die Produktion wahrscheinlich nicht mehr beginnen werden, der Unternehmer besitzt aber noch zwei bis drei Maschinen. Wenn man diese Maschinen einem anderen Betrieb zuweist, dem sie fehlen, könnten wir dort zu einer vernünftigen Produktion gelangen. Wenn wir zwei

halb zerschlagene Betriebe zusammenlegen, könnte man zu einem Unternehmen kommen, das günstig arbeitet. Der Maschinenausgleich geht nicht vorwärts. Er geht deswegen nicht vorwärts, weil der Unternehmer aus denselben Gründen wie der Kaufmann oder Produzent, der auf Waren und Rohstoffen sitzt, auf seinen Maschinen sitzt. Von seinem Standpunkt, wenn er den heutigen Tag sieht, begreiflich; wenn er schon das Morgen sieht, aber unbegreiflich und vom Standpunkt der Gesamtheit ganz falsch!

Wir können und müssen unseren Export ausdehnen; allerdings kann dies nicht dadurch erreicht werden, daß man Ratschläge erteilt, die nicht erfüllbar sind. Ich habe zum Beispiel auch Berichte über die polnische Kohlsituation erhalten und ich weiß, daß wir noch lange Jahre in Österreich an einem Mangel an Kohle leiden werden. Polen wird nicht in der Lage sein, seine Lieferungsverpflichtungen in dem Umfange zu erfüllen, wie es dem Vertrag entspricht. Ich bin überzeugt davon, daß wir auch von der Tschechoslowakei nicht jene Kohlenmengen bekommen können, die wir notwendig brauchen. Ich darf aber darauf verweisen, daß unsere eigene Kohlenproduktion zum Beispiel an Steinkohle im September 1946 nur 51,5 Prozent der Produktion des Jahres 1937 ausmachte und daß unsere Braunkohlenförderung, obwohl neue Gruben erschlossen worden sind, nur 68 Prozent der Förderung 1937 erreicht hat. Sehen Sie, wenn wir unseren Kohlenmangel überwinden wollen, dann müssen wir hier mit allen Mitteln, mit allen ökonomischen und psychologischen Mitteln, versuchen, unsere eigene Förderung zunächst so weit zu bringen, daß wir aus dem Ausland möglichst wenig, nur ergänzend, einzuführen brauchen.

Darüber hinaus eine andere Möglichkeit: Das Rohöl wird heute in Österreich absolut unökonomisch verwendet. Durch eine weitergehende Raffinade, durch die Herstellung von Mittelöl, könnten wir einen großen Teil unserer Industrie auf Ölfeuerung umstellen. Es wurden hier Versuche gemacht, die sich absolut als erfolgreich erwiesen haben. Mit großer Energie und mit einer unerhörten Zähigkeit könnte man daher trotz der schweren Verhältnisse auch hier in der Versorgung mit Brennstoffen für unsere Industrie jene Basis herstellen, die einer Produktionsausweitung günstig ist.

Ich bin ferner der Auffassung, daß unser Export und Import, also unser Außenhandel, eine wesentliche Ausdehnung erfahren könnte, wenn wir endlich von diesem Kompensationssystem abkommen könnten. Das Geschäft, das hier Ungarn vorschlägt, unsere

Salzfabriken zu heizen, damit sie Salz dafür bekommen, klingt sehr schön; wenn wir das Ganze wertmäßig vergleichen, dann sehen wir, daß es in Wahrheit auch einem Ausverkauf gleichkommt. Was hier nützt, ist, daß wir versuchen, durch langjährige Lieferungsverträge und Abnahmeverträge für beide Volkswirtschaften, die hier die Verträge schließen, einen auf längere Zeit hinaus dauernden Zustand zu schaffen, der eine Anpassung der Produktionsverhältnisse, also den Aufbau dessen ermöglicht, was wir mit Ergänzungswirtschaft bezeichnen.

Auch der gesamte Außenhandel in Mitteleuropa, wie er jetzt vor unseren Augen abrollt, ist nichts anderes als Alltagsarbeit, dilettantische Organisation, um über den Augenblick hinwegzukommen. Alle diese Volkswirtschaften haben im Zuge des Hitlerkrieges gewaltige strukturelle Änderungen erfahren. So auch unsere. Diese strukturellen Änderungen zu erfassen und jene Folgerungen daraus zu ziehen, die notwendig sind, das ist die Aufgabe, die uns auf dem Gebiet der Handelspolitik erwächst.

Ich glaube kaum, daß irgendein Mann im Lande vorhanden ist, der zu beweisen in der Lage wäre, daß diese Arbeiten ohne gründlichere Planung, ohne genauere Erstellung von Bedarfsplänen durchgeführt werden können. Allerdings bedarf es zur Erstellung solcher Produktionspläne auch einer entsprechenden Wirtschaftsgesinnung, nämlich jener Wirtschaftsgesinnung, die gesamtwirtschaftlich denkt. Ich kann nur von dem Standpunkt meiner Partei aus erklären, wir werden sehr viele und sehr harte Opfer zu tragen haben, bis wir zu einem Zustand gelangen, der uns das Leben wieder lebenswert macht.

Die Arbeiterschaft dieses Landes hat in den letzten eineinhalb Jahren bewiesen, daß sie gemeinwirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich handelt. Die Arbeiterschaft ist auch bereit, das Ihrige dazu beizutragen, das notwendig ist, um die Produktionssteigerung herbeizuführen. Sie ist aber nicht bereit, das ausschließliche Opfer dieser Wirtschaftskrise zu sein.

Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren, wird es sein, auch Ihre Kreise dafür zu gewinnen, daß sie egoistische Privatinteressen zurückstellen und sich einem großen, gesamtwirtschaftlichen Plan einordnen. Sie können versichert sein, daß alle selbständigen Existenzen und auch die Bauernschaft nur dann wirtschaftlich wieder durchdringen werden, wenn sie diesen Weg gehen. Sie können versichert sein, daß jeder andere Weg die österreichische Industrie, das Gewerbe und die Landwirtschaft in einen Zu-

stand dauernder Verschlumpung, dauernder Niederhaltung und einer dauernden Krise führen würde. Diese Tatsachen anlässlich der Beratungen des Budgets zu besprechen, erscheint uns besonders notwendig, weil wir wissen, daß das Jahr 1947 sehr harte Anforderungen an uns stellen wird; wir werden ihnen nur dann gewachsen sein, wenn die Konzentration eine wirkliche Konzentration, eine Planung aller ökonomischen Mittel dieses Landes bedeutet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Kristofics-Binder: Hohes Haus! Im Laufe der verschiedenen Debatten im Hause wurde vieles für und gegen die freie Wirtschaft und den Handel gesagt. Nur das Kernproblem ist nicht berührt worden. Die überspannte Bevormundung der Wirtschaft im allgemeinen, sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie und dem Handel, haben niemals die bestehende Knappheit der lebensnotwendigen Waren bessern können, sondern eher jede Aufstiegsmöglichkeit nachdrücklichst verhindert.

Ich erlaube mir, für alle diejenigen, die zu wenig oder gar kein Verständnis für die Bewegung des freien Handels aufbringen und im Kaufmann ein unproduktives Zwischenglied sehen, in der Folge einige Zahlen zu bringen, die beweisen, daß im Rahmen der freien Wirtschaft der Handel eine der besten Einnahmequellen des Staates ist.

Wer anders als der Handel kann die Aufgabe, die qualitativen und quantitativen Differenzen zwischen Produktion und Konsumption zu überbrücken und dadurch die Produkte der letzten Konsumreife näherzubringen, auf sich zu nehmen? Denken wir nur an die viele Kleinarbeit, die zum Beispiel der Lebensmittel-Detailhandel täglich leistet.

In der Erfüllung dieser seiner Funktion ist aber der Handel einem ungleich größeren Risiko ausgesetzt als alle übrigen Zweige der Volkswirtschaft. Welche entscheidende Bedeutung dem Handel im Rahmen der Gesamtwirtschaft zukommt, können wir daraus ersehen, daß nach den Ergebnissen der Volkszählung im Jahre 1934 ungefähr 450.000 Personen, das sind zirka 15 Prozent der Berufstätigen, allein im Handel beschäftigt waren. Wenn wir den Verkehr dazu rechnen, sind zirka 720.000 Personen sowohl im Handel wie im Verkehr hauptberuflich tätig.

Diese Tatsache allein bleibt trotz der Entwicklung, die der Handel in der jüngsten Vergangenheit durchgemacht hat, bestehen. Bei welcher weltanschaulichen Ansicht immer muß gerechterweise gesagt werden, daß der Handel nicht nur notwendig sondern lebenserhaltend für den Staat ist. Der Umschich-

tungsprozeß von der Kriegs- und der Nachkriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft kann nicht ungestört vor sich gehen, was aber noch lange nicht besagt, daß etwa die kriegswirtschaftliche Planung für die Friedenswirtschaft beibehalten werden muß, weil nur dadurch Aussicht auf eine bessere Versorgung möglich wäre. Aus einer Zwangsbeziehung während und nach dem Kriege, aus einem notwendigen Übel, soll und darf kein Wirtschaftssystem werden.

Wir, die wir Anhänger der bürgerlichen Wirtschaftsordnung sind, sind nicht überzeugt, daß die uns von sozialistischer Seite, insbesondere durch Herrn Nationalrat und Vizebürgermeister Speiser, empfohlene sozialistische Wirtschaftsform die kommende neue und alle beglückende ist. (Zustimmung bei der Österreichischen Volkspartei.) Das beste Beispiel dafür sind ja die seinerzeit von der Sozialistischen Partei auf Grund der sozialistischen Wirtschaftsauffassung geführten Hammerbrotwerke, die nach kurzer Zeit zum kapitalistischen System, das bei gleichen Lohnverhältnissen weitaus billiger arbeitete, zurückkehren mußten, um nicht im Wettbewerb mit der Privatinitiative gänzlich zu verschwinden. Aus der Erwägung heraus, wie Herr Nationalrat Dr. Koref es gesagt hat, sind auch meine Ausführungen nur als eine wohlwollende Kritik, nicht aber als eine absolut feindliche Einstellung zu jenen Betrieben aufzufassen, die als Kommunalunternehmungen in Wien gelten. Eine gerechte Kritik, ungeachtet der Parteieinstellung, soll Unzukömmlichkeiten oder gar Unwirtschaftlichkeiten bannen.

So ein Beispiel — aber es gäbe noch viele andere — ist die Städtische Leichenbestattung in Wien, die bei einem Umsatz von 85 Millionen Schilling durch die sozialistische Bewirtschaftungsmethode kaum 200.000 S Nettoertrag aufweist und dadurch den Staat um eine Million Schilling jährlich an Steuern schädigt. (Zwischenrufe.) In welche Kasse fließt aber dann der nicht aufgezeigte Gewinn? In der Privatwirtschaft würde das Finanzamt diese Verschleierung als eine reine Steuerhinterziehung bezeichnen und würde in einem solchen Falle einen öffentlichen Verwalter, zumindest einen Buch- oder Steuerrevisor bestellen. Die Privatunternehmer der Leichenbestattungen Wiens bezahlen 800.000 S an Gewerbe- und Einkommensteuer bei kleinerem Umsatz, zahlen 33 Prozent höhere Gehälter und Löhne bei gleichen Preisen und Leistungen und fordern dennoch wiederholt die Gemeinde auf, mit den Preisen der Bestattungskosten herabzugehen. Anscheinend aus dem kapitalistischen Gedankengut wartete Herr Vizebür-

germeister Speiser, bis sich die Preise der kommenden Zeit anpassen, denn beim Geschäftemachen und Geldverdienen scheuen auch die sozialistischen Wirtschaftsführer eine privatkapitalistische Wirtschaftsauffassung nicht. Auf keinen Fall geben sie den Wohltäter ab, vielmehr sind unsere Kommunalpolitiker ganz gerne große Verdienner. Die Herabsetzung der Kosten lehnt eben das sozialistische Gebarungssystem ab, ebenso kaltblütig will die sozialistische Wiener Gemeindeverwaltung Geschäftspraktiken einführen, die für den Konsumenten eine zwangsläufige Ausbeutung bedeuten. (Zwischenrufe bei den Sozialisten.) Die Geschäftsführung der Städtischen Leichenbestattung beabsichtigt, das Koppelungsverfahren einzuführen, und hat die gleichartigen Privatunternehmungen eingeladen, diese unlauteren Geschäfte mitzumachen. Was ist nun ein Koppelungsgeschäft? Wenn der Unternehmer den Verbraucher zwingt, Ware oder Leistungen abzunehmen, deren Abnahme ursprünglich gar nicht im Willen des Verbrauchers gelegen war. Diese Koppelung führt der Unternehmer nur durch, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, wenn man die Zwangslage, das Unglück, die Not einer Familie bei einem Todesfall ausnützt, um sich daraus finanzielle Vorteile zu schaffen, nennen wir das in der Privatwirtschaft unter ordentlichen Kaufleuten eine Erpressung. Dem Privatunternehmer ist die Ausnutzung der Zwangslage des Konsumenten, die Koppelung der Verbrauchsgüter mit Luxus- oder anderen Waren unter strengster Strafe verboten. (Ruf bei den Sozialisten: Wird auch nicht gemacht! — Abg. Dr. Migsch: Ist der Schleichhandelspreis etwas anderes? — Anhaltende Zwischenrufe.) Wenn die es so machen, dann soll es die Gemeinde nicht tun.

Die Ausbeutung des Konsumenten ist nur dann möglich, wenn eben der notwendige gesunde Wettbewerb durch übertriebene Verstaatlichung und Kommunalisierung unterbunden wird. So wird in Kürze die Bevölkerung Wiens von weiteren erheblichen Erhöhungen der Preise bei den Wiener Kommunalbetrieben erfahren. Die breiteste Schicht der Bevölkerung bezahlt die Rechnung aller sozialistischen Wirtschaftstheorien. (Abg. Dr. Migsch: Das Gegenteil dessen ist wahr! — Ruf bei den Sozialisten: Im Staat macht Ihr keine solchen Experimente?)

Nur Geduld! (Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe im Saal — Glockenzeichen des Präsidenten Dr. Gorbach.) Bei der Begründung der Preissteigerung in den Kommunal- wie auch den Staatsbetrieben sprechen die

Herren der Sozialistischen Partei von der Betriebsrentabilität. Wenn etwa Privatwirtschaftler von der Rentabilität reden, dann bekommen wir zu hören von „reaktionärem Kapitalismus, der unbedingt vernichtet werden müßte“. (Ruf: Weil er zu persönlichem Vorteil gereicht — das ist nicht dasselbe!) Wieviele Millionen und wieviel Volksvermögen kostete die Steuerträger der Privatwirtschaft die Verstaatlichung des Arsenal, die seinerzeit nach Wunsch und Form der Sozialdemokratie vor sich ging. (Neuerliche Zwischenrufe — Präsident Doktor Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen.)

Ich könnte noch weitere Beispiele bringen, die einen Beweis der Unrentabilität des sozialistischen Wirtschaftssystems liefern und zu Lasten des Konsumenten gehen. Selbst der größte Revolutionär der Wirtschaftsauffassung seiner Zeit, auf dessen Grundmauern die sozialistische Welt aufgebaut ist, Karl Marx, betont in seiner Wirtschaftstheorie, daß vieles dem natürlichen Entwicklungsgezet überlassen werden muß. Der Herr Bundespräsident Dr. Karl Renner schrieb in seiner letzten Arbeit, daß jede Zeit ihren Sozialismus hat.

Wir sollen daher die Zeit, nicht aber Doktrinen sprechen lassen, die ihre eigene, die sozialistische Ideologie Lügen strafen. Die Zeit spricht nicht für die Erhöhung der Preise der dringendsten Güter, die die Ärmsten der Armen täglich brauchen. Dies müßte besonders die Richtschnur einer Kommunalverwaltung sein, selbst dann, wenn die Gemeinde Wien vorübergehend mit Verlust arbeiten müßte; solange die Preis- und Lohnfrage nicht in Einklang gebracht wird, solange soll sie mit der Erhöhung der Preise warten: das wäre sozial!

Die Privatwirtschaft wird ohne weiteres durch die Preisbehörden gezwungen, auf diese Umstände in ihrer Preiskalkulation Rücksicht zu nehmen. (Wiederholte Zwischenrufe von Seiten der Sozialistischen Partei Österreichs.) Das ist wieder ein Beweis, daß jede Verstaatlichung oder Kommunalisierung eine rücksichtslose Diktatur in der Wirtschaft ist! (Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.)

Früher hatten wir den wirtschaftlichen Druck der großen Truste und jetzt werden diese Positionen durch staatliche oder kommunale Monopole abgelöst. Auch der Staatskapitalismus ist in diese Kategorie einzureihen. Er kann und wird sich zum Nachteil des Verbrauchers auswirken, wie die Beispiele eben gezeigt haben. Niemals in der Geschichte ist ein staatlich verwalteter Betrieb mit Preissenkung gekommen, es

sei denn, die Privatwirtschaft erzwang sie. (Ruf bei den Sozialisten: Das hätten Sie dem Lueger erzählen sollen!) Auch Lueger wollte das nicht, was Sie jetzt treiben.

Darum sagte Herr Crosmann mit Recht gelegentlich der sozialistischen Tagung in seiner großen Rede unter anderem (liest): „Das neuartige konstruktive Experiment, das England in seiner Innenpolitik durchführt, ist der Versuch des Aufbaues einer neuen Ordnung durch die Vereinigung von Planwirtschaft und menschlicher Freiheit.“ Solche Versuche in der Wirtschaft, wie sie Herr Crosmann bezeichnet, kann sich wohl nur das noch immer reichere England erlauben.

Unsere bescheidene Meinung ist, daß Österreichs Wirtschaft nach all dem, was sie in den letzten 30 Jahren in allen ihren Sparten mitgemacht hat, nicht mehr die Kraft hat, Experimente, welcher Art immer, über sich ergehen zu lassen (Zwischenrufe bei den Sozialisten), sondern zuzuwarten hätte, bis große und wirtschaftlich mächtige Völker mit Versuchen und Erfahrungen zum Ziele gelangen. Die erreichten Erfolge können wir uns sodann zunutze machen. Österreichs Handel kann daher nur den Weg der bürgerlichen Wirtschaftsordnung gehen und den Weg, den unser Herr Bundespräsident Dr. Renner des öftern propagiert: das ist die freie Entfaltung des Handels in der Welt. Denn jedem denkenden Menschen ist es klar, daß die Wirtschaft allein das Fundament des Staates ist. Keine Ideologien oder Doktrinen können den Staat erhalten.

Durch diesen freien Handel hat Österreich vor dem Jahre 1938 im Transitverkehr der Staatskasse einen Überschuß von 80 bis 100 Millionen Schilling gebracht. Auf den Titel der unsichtbaren Ein- und Ausfuhr vor dem Jahre 1938 entfielen von der österreichischen Zahlungsbilanz zirka 23 Prozent der Gesamtsumme der Zahlungen zwischen Österreich und dem Auslande, daher viele Millionen Schilling. Bei sehr vorsichtiger Schätzung brachte der Handel vor 1938 der Staatsverwaltung an Umsatzsteuer allein zirka 50 bis 60 Millionen Schilling.

Gutinformierte Kreise des Exporthandels sind nicht der Meinung, daß auf die Dauer eine Ausgleichskasse für den Export fördernd sein wird, vielmehr sind wir der Überzeugung, daß sich auch diese Belastung nicht zum Vorteil sondern zum Nachteil der Produktion auswirken wird, da sich die internationalen Handelsgepflogenheiten in ein solches Experiment nicht einschalten lassen.

Wieder ist es der Handel, der jene Millionen herbeischaffen soll, die uns als Differenz für unsere Ernährung fehlen.

Bisher war es üblich, und in anderen Ländern ist es auch so geblieben, daß man Exportprämien erhält, nicht aber daß man damit belastet wird. Der Außenhandel muß ganz besonders hervorgehoben werden (Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch) — diese Sache, Herr Dr. Migsch, geht Ihnen wohl auf die Nerven? (Heiterkeit) —, da die Einnahmen des österreichischen Staates vor 1938 an Zöllen durchschnittlich 200 bis 300 Millionen Schilling betrugen; das sind nicht weniger als 15 Prozent der gesamten Bundes-einnahmen, während beispielsweise die Einkommensteuer nur etwa 10 Prozent der Bundeseinnahmen eingebracht hat.

Aus den oben angeführten Zahlen geht hervor, daß der relative Anteil des Handels am Steueraufkommen einen weit größeren Prozentsatz ausmacht, als sein absoluter Anteil an der Gesamtwirtschaft beträgt. Die große Summe von über 62 Millionen Schilling ist zu einer Zeit der Staatskasse zugeführt worden, als sich schon die Depression der Volkswirtschaft zeigte. Diese Aufwärtsbewegung der österreichischen Wirtschaft war nur möglich durch die innere Ausgeglichenheit der politischen Kräfte.

Die Volkswirtschaft eines Staates braucht nur Ruhe, Ordnung, Hoffnung und Zufriedenheit. Keiner der Berufe soll gegen den anderen ausgespielt werden. Es gibt leider unter unseren maßgebenden Bürokraten dennoch solche, die über die kaufmännische Weltmeinung hinweg nicht nur dort, wo sie nur können, die Einschränkung des Handels betreiben, sondern in ihrer Unkenntnis mit der Behauptung: Wir brauchen keinen Handel! auch ihren wirtschaftspolitischen Dilettantismus zutage fördern. So ein unbelehrbarer Weltfremder sitzt im Innenministerium, Abteilung Preisbildung, ist Oberbaurat, der sich vielleicht beim Ziegelschupfen und bei Bauberechnungen gut auskennt, aber von Preisbildung und Preisgestaltung, von der Notwendigkeit einer Handelsspanne keine blasse Ahnung hat. Er denkt nicht, woher er sein Gehalt bekommt! Er denkt auch nicht, aus welcher Nutzenspanne der Kaufmann seine Unkosten aufbringen soll. Wir können nicht solange zuwarten, bis solche Bürokraten das Allernotwendigste dazugelernt haben.

Die Gewerkschaft aber fordert von den Unternehmern, daß der Gehalts- und Lohnausgleich schon vor der Spannenregelung erfolgen soll, verlangt weiter Härteausgleich und sogar Weihnachtsremunerationen. Dann heißt es weiter: Sollten die Arbeiter von ihren Firmen in den letzten Jahren Geschenke erhalten haben, so ist auf diese Tradition zu drängen, auch dann, wenn es

sich um sogenannte bewirtschaftete Waren handelt.

Ich in meinem Unternehmen werde es befolgen, ersuche aber Herrn Michael Frühwirth und Herrn Egon Kodicek, dies Herrn Dr. Migsch zu berichten, damit er weiß, wohin die Spindeln rollen! In der Textilindustrie sind 130.000 Arbeiter und Angestellte tätig, und die Zuteilung würde bei läufig 450.000 m Ware betragen. Bei Gott, ich gönne es unseren Arbeitern und Angestellten, denn alle, wie sie in unserer Industrie und im Handel tätig sind, sind für die heutigen Lebensverhältnisse unterentlohnt. Aber woher soll der Industrielle, der Kaufmann und der Gewerbetreibende bei dieser Handelsspanne, bei dieser allein auf der ganzen Welt in Österreich bestehenden Kalkulationsart — denn nur bei uns kennt man das Anhängerverfahren — eine bessere Lohnsumme nehmen? Was nützt es, wenn der Herr Minister selbst dies als einen Irrsinn bezeichnet, wenn die anderen zuständigen Ministerien es nicht wagen, an dieses Problem der Preisgestaltung heranzugehen? Diese Herren lassen das zugrunde gehen, was sie nicht ersetzen können. Es ist daher kein Wunder, wenn rund um Österreich die Entwicklung der Wirtschaft raschere Fortschritte macht als gerade in Österreich.

Diese unbelehrbaren wirtschaftsfremden Elemente, die auf verfehlten Posten stehen, sehen das Heil unserer Wirtschaft in überspannter Verstaatlichung, im Kommunal-, Genossenschafts- und Konsumvereinswesen. Sie sind Anhänger einer Ideologie, die wir als eine wirtschaftliche Katastrophopolitik bezeichnen müssen. Sie wollen es nicht begreifen, daß man nebeneinander, aber niemals gegeneinander leben kann. Eine der Wirtschaftsarten wird siegen. Die Privatinitiative bleibt am Leben, aus purem Selbsterhaltungstrieb! Wie würde wohl das Steueraufkommen aussehen, wenn sich die Staatskasse auf die kommunale Wirtschaft, die verstaatlichten Betriebe oder Genossenschaften aller Art verlassen müßte, die alles unternehmen, um nur nicht Steuern zahlen zu müssen. Jeder wie immer geartete Schritt, der etwa darauf hinausgeht, Österreichs Import- und Exporthandel durch staatlichen Einfluß in der Form zu regeln, daß daraus für eine Gruppe von Menschen eine Monopstellung entstehen könnte, wäre ein Verbrechen an der österreichischen Volkswirtschaft. Es ist mir bekannt, daß es eine Interessentengruppe gibt, die aus purem Eigennutz solche Ziele verfolgt. Diesen Bestrebungen wird die Kaufmannschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ernste Kreise unserer Lenker ein derartiges Vorhaben nach Kenntnis der wirtschaftlichen Sachlage und der staatsfinanziellen Leistungen des Handels befürworten oder fördern würden.

Wenn wir den aufgezählten Leistungen des Handels die Leistungen des Staates für den Handel in jeder Hinsicht gegenüberstellen und insbesondere den Bundesvoranschlag 1947 ansehen, so finden wir direkt oder indirekt fast nichts oder nur sehr wenig, was zur Förderung des Handels für alle seine Sparten aufgewendet wird. Der Handel ist trotz seiner großen Aufgaben, die aller Welt bekannt sind, und seiner finanziellen Leistungen für unsere Bürokratie und für die Laien der Wirtschaft der Prügelknabe der österreichischen Wirtschaft.

Auch Verdächtigungen des realen Handels, indem man ihn mit dem Schleichhandel identifiziert, schädigen seinen Stand. Hetzen Sie nicht überdies die Preisüberwachungsstellen und Wirtschaftspolizei auf Menschen, die durch die derzeit geltenden unmöglichen Preisbildungsbestimmungen ohnedies auf das niedrigste Existenzniveau herabgedrückt sind. Suchen Sie nicht die Banditen des Schleichhandels in den Kreisen der Kaufmannschaft! Den überwiegenden Teil der Ware bringen nicht Kaufleute in den Verkehr.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß der Handel, obwohl seine Leistungen nicht einem jeden offenkundig hervortreten, doch einer der produktivsten und nützlichsten Zweige der Volkswirtschaft ist, nicht nur Österreichs, sondern der Weltwirtschaft, dessen Bedeutung trotz aller theoretischen Phantasien der Planer und Lenker nicht abnehmen kann, sondern im Gegenteil aus innerem Bedürfnis der wirtschaftlichen Entwicklung immer weiter steigen wird und muß.

Zu dieser Erkenntnis sind große Männer der Weltwirtschaft gekommen. Die freie Bewegung in den Vereinigten Staaten hat bereits den Anfang gemacht und Bedenken in Kreisen der Wirtschaft Englands wachgerufen. Österreichs Wirtschaft wird sich von dieser Bewegung nicht ausschließen können. Der freie Handel ist das oberste Ziel und der Wohlstand der Welt hängt von dem Umfang dieses Handels ab. Jede Einschränkung des Welt- und Binnenhandels bedeutet Arbeitslosigkeit. Selbst die Todesstrafe der nationalsozialistischen Wirtschaftsmethode hat es nicht vermocht, den wirtschaftlichen Selbsterhaltungstrieb zu beseitigen.

Ich ersuche daher den Herrn Handelsminister, zur Förderung des österreichischen freien Handels die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die es dem österreichischen

Kaufmann weiterhin ermöglichen, seine vaterländische Aufgabe zu erfüllen. (Zwischenrufe aus den Bänken der Sozialisten.) Freier Handel bedeutet freie Wirtschaft, freie Wirtschaft kann nur freie Menschen brauchen. (Beifall bei den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.)

*

Unterdessen hat der Präsident wieder den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Häuslmayer: Hohes Haus! Es wäre verlockend, mit den manchester-liberalistischen Ansichten, die vor einem Jahrhundert die Bevölkerung oder doch gewisse Kreise in Begeisterung versetzt haben, zu polemisieren. Es wäre verlockend, das Problem der freien Wirtschaft, also der planlosen Wirtschaft, und das Problem der planvollen, der sozialistischen Wirtschaft, oder, wenn Ihnen dieses Wort auch heute noch einen Horror einjagt, das Problem einer planmäßigen Wirtschaft zu besprechen.

Aber ich muß mich mit einem anderen Problem beschäftigen, bei dem eine andere Seite des Handels, des freien, wüsten Handels beleuchtet werden kann. Ich habe den Auftrag der Steyrer Arbeiterschaft, mich mit dem Problem der Autoproduktion zu beschäftigen, um hier das Ministerium auf eine ganz große Gefahr aufmerksam zu machen. Ich knüpfe dabei an die Worte an, die mein Parteifreund hier gesagt hat: Wer heute in Österreich ein Auto aus dem Auslande kauft, begeht ein volkswirtschaftliches Verbrechen.

Meine Damen und Herren! Das Zollüberleitungsgesetz, das an die Wirtschaftsverhältnisse vor dem Jahre 1938 anknüpft, war der Anlaß heftiger Pressepolemiken über die Autozölle von Seiten der Händler. Im Zusammenhang damit wurden schwere Angriffe gegen die Steyr-Werke gerichtet, deren Rechtsanwalt ich nicht etwa bin. Hierzu ist grundsätzlich festzustellen, daß gegen einen Freihandel nichts einzuwenden ist, wenn er auf Gegenseitigkeit beruht. Solange die gewaltigen Erzeugerstaaten wie die USA, England, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, auf einem Zollschutz bestehen, solange kann billigerweise auch Österreich auf diesen Schutz nicht verzichten, ohne daß ich hier die Dogmen vom Freihandel und von Schutzzöllen berühren will. Der vor dem Jahre 1938 in Österreich eingehobene Einfuhrzoll war mit Ausnahme der Einfuhrzölle Deutschlands und Englands am allerniedrigsten. Die Zollpolitik Österreichs war also schon damals von der Zollpolitik der anderen Produktionsländer diktiert. Die Steyr-Werke, deren serienmäßige Erzeugung des 3-t-Lastkraftwagens im vollen Gange ist, haben daher ein berechtigtes Interesse auf den Schutz ihrer Artikel.

Das Streitproblem ist aber nicht ein Lokalproblem, es ist also nicht vom kirchenturmpolitischen Standpunkt zu betrachten, es ist auch nicht ein Problem Oberösterreichs, sondern es ist ein gesamtösterreichisches Problem und von dieser Warte aus zu würdigen.

Wegen der wenigen zur Verfügung stehenden Auslandsdevisen ist es auch kaum vertretbar, diese für den Ankauf von ausländischen Fahrzeugen auszugeben, wenn solche in einem völlig ausreichenden Maße im Inland und auch aus inländischem Material erzeugt werden können. Dieses inländische Material ist in genügender Menge vorhanden, seine Hintanstellung würde sofort eine Absatzstockung mit sich bringen, die heimische Industrie zutiefst schädigen und zu Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen zwingen. Solange die österreichische Produktion 3-t-Lastkraftwagen erzeugt, muß sie gegen die freie Einfuhr geschützt werden. Für die Motorradherzeugung gilt im wesentlichen das gleiche.

Nur noch ein ganz kurzes Wort in diesem Zusammenhang über die wirtschaftliche Bedeutung der Autoindustrie in Österreich. Die Autoindustrie ist eine Schlüsselindustrie katexochen. Es handelt sich daher um die Existenz einer langen Reihe von Hilfsindustrien. Zugegeben, daß sich Österreich nicht fünf Autofabriken leisten kann, es ist dies ein Problem der Planung. Diese Planung kann nur eine, muß eine leistungsfähige Autofabrik ins Auge fassen. Hier kommen nur die Steyr-Werke in Betracht, denn dort sind die Betriebsstätten im wesentlichen intakt, dort sind erstklassige Facharbeiter, Konstrukteure und Ingenieure auf dem Platz. Wenn aus Handelskreisen — und die Attacke, die jetzt geritten wird, kommt aus Handelskreisen —, die beim Verkauf von einer Handvoll Autos ein hundertprozentiges arbeitsloses Einkommen bezogen, ohne daß sie die Wagen überhaupt gesehen haben, wenn die Händler beim Verkauf von ein paar Autos so viel verdient haben, daß sie sich Villen bauen konnten, und wenn dann aus diesen Kreisen der hochqualifizierten Arbeiterschaft in Steyr, die mit bewundernswerter Energie in den schwersten Tagen nach dem Umbruch das Werk gerettet, also nicht nur aufgebaut hat, der Rat gegeben wird, nun lieber bei den Tankstellen Kanister zu füllen, dann ist dies, gelinde gesagt, eine unerhörte Frechheit. Ich weiß, daß die gesamte Arbeiterschaft in Steyr hinter mir steht, wenn ich heute diese infamen und auch dummen Zumutungen von dieser Stelle aus mit allem Nachdruck zurückweise.

Auch die Behauptung, daß österreichische Autos wesentlich teurer sind, ist unrichtig.

Wie sonst hätten die Steyr-Werke im Jahre 1937 für 17 Millionen Schilling, vorwiegend aus dem Fahrzeugsektor, exportieren können! Die Statistik zeigt, daß auch der Lastkraftwagenbedarf aller Bundesländer im allgemeinen ohne weiteres aus Österreich selber gedeckt werden kann.

Nun wird von diesen gleichen Kreisen auch noch behauptet, daß die Steyrer Fabrikation finanziell besonders belastet sei, weil die Steyr-Werke unverhältnismäßig hohe Bankschulden hätten. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen, denn die Steyr-Werke haben 1937 große Reserven und Bankkredite besessen. Bei insgesamt 24 Millionen Schilling Verbindlichkeiten stand diesen ein nahezu doppelt so hohes, äußerst vorsichtig bewertetes Umlaufvermögen gegenüber. Wenn weiter behauptet wird, daß man einen Mercedeswagen wegen der Zölle um 17.000 S in Österreich kaufen müßte, so kann man dem gegenüberstellen, daß der im ganzen Ausland anerkannte Steyrerwagen 220 um etwas über 9000 S zu haben ist.

Ich resumiere: Planung der Autoindustrie als erstklassiger und erstrangiger Schlüsselindustrie. Hiefür sind die Steyr-Werke bestens geeignet. Schutz dieser Fabrikation unter den genannten Bedingungen. Weg mit allen unmoralischen, die Wirtschaft schädigenden Zwischengewinnen!

Befolgen die zuständigen Stellen diesen ersten Rat, ja diesen ersten Appell, dann ist ein nicht unwesentlicher Schritt vorwärts im Wiederaufbau Österreichs gemacht. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Brunner: Hohes Haus! Wenn ich mich zum Kapitel Handel zum Wort melde, so tue ich es deshalb, um einem der wichtigsten Stände im Wirtschaftsleben, dem Handel, eine gerechte Verteidigung widerfahren zu lassen.

Es hat sich in den letzten Monaten durch Zeitungsberichte, in Versammlungen und dergleichen die Meinung in der Bevölkerung festgesetzt, daß der Kaufmannstand nahezu in seiner Gänze Geschäfte treibt, die volkschädigend sind. Diese Diffamierung hat ihre Ursachen darin, daß Presseberichte hinausgegeben wurden, Berichte über Kontrollen, die bei der gesamten Kaufmannschaft vorgenommen wurden. Man hat Einzelfälle herausgegriffen und hat dadurch mit einer ganz bestimmten Absicht die gesamte Kaufmannschaft verdächtigt, solche Geschäfte zu machen. Nun, wie kam es zu diesen Feststellungen?

Es ist, meine verehrten Damen und Herren, nicht unbekannt, daß in der Nazizeit, besonders in den letzten Monaten ihrer Herrschaft, die Kaufleute veranlaßt wurden, ihre Waren

möglichst zu dezentralisieren. Sie kamen hinaus aufs Land oder in die unmittelbare Umgebung. Jeder einzelne hatte mehrere Lager. Als dann der Zusammenbruch des Nazireiches kam, wurden diese Lager nicht immer zurückgebracht, die Zonen oder irgendwelche Sicherheitsgründe machten eine Zurückbringung unmöglich. Es kam dann die Anmeldung, die allgemein in der Presse verlautbart wurde, die aber der einzelne oft nicht so ernst genommen hat, wie es hätte sein sollen.

Es kamen nun tatsächlich vor einigen Monaten die Kontrollen und es wurden Bestände gefunden. Ich bin kein Ex-offo-Verteidiger für jene Kaufleute, die wesentlich große Mengen von Lebensmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen verheimlicht und dem Konsum entzogen haben. Aber es muß Stellung genommen werden gegen Kontrollkommissionen, die beanstandeten, daß Lebensmittel von 1 bis 2 kg, Textilien von 3 bis 4 m oder Schlosseranzüge nicht aufgeschrieben waren, weil dieselben Schlosseranzüge, die vorhanden waren, als Arbeitsmäntel deklariert waren, oder weil Umstandskleider als Kleiderschürzen deklariert waren — das eine war gemeldet, das andere nicht. Kurz und gut, in diesem Tohuwabohu haben die Kontrollkommissionen den einzelnen beschuldigt, daß er von diesem Artikel mehr, von dem anderen weniger hat, und die Presse war daran und hat diese vorgefundenen Unregelmäßigkeiten der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dadurch entstand ein falsches Bild. Die Leute wurden zu den Behörden zitiert und nicht selten schwer bestraft.

Ich möchte darauf verweisen, daß man der Kaufmannschaft nach einigen Monaten wiederum Gelegenheit gegeben hat, ihre Vorräte anzumelden. Man hat es aber nicht für notwendig befunden, auch die früheren Bestrafungen einer Revision zu unterziehen. Ich glaube, daß wir nicht zweierlei Recht gelten lassen dürfen. Es wurden beispielsweise bei den Konsumvereinen der Obersteiermark ungefähr 50.000 kg Lebensmittel gefunden, bei den Kaufleuten ungefähr 9000 kg. Der eine Teil hat sich damit verantwortet, daß er sagte: Ja, es ist wahr, aber wir taten es, damit die Bevölkerung versorgt werden kann, wenn Zeiten noch größerer Not kommen. Bei den Kaufleuten, die 9000 kg nicht angemeldet haben, sagte man, es sei Habsucht. Ich stehe auf dem Standpunkt des Abgeordneten Migsch, wenn er sagt, daß heute vielleicht dieser Standpunkt, den wir mit Habsucht bezeichnen, wohl ganz richtig sein möge für diejenigen Personen, die die Mittel haben, diese Waren zu besitzen. Morgen ist dieser Standpunkt überholt und übermorgen ist es ein Verbrechen an der Gesamtheit unseres

Volkes. Aber wir müssen den Leuten Zeit geben und wir müssen sie darauf aufmerksam machen, daß sie mit der schärfsten, mit der vollen Auswirkung der Gesetze zu rechnen haben. Es geht nicht an, daß in den Zeitungen Verordnungen veröffentlicht werden, die nur der aufmerksame Leser liest, und wenn diese dann nicht befolgt werden, man die Leute bestraft, in der Presse diffamiert und um ihren guten Ruf bringt.

Es darf daher nicht zweierlei Recht geben. Wenn man den Leiter der Konsumvereine mit einer gewissen vorsichtigen Gebarung entschuldigt, dann muß man auch für den einzelnen Kaufmann so viel Verständnis haben. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das bei keinem gutzuheißen ist, aber es gibt nicht zweierlei Recht. Wenn man dem Kaufmann das Geschäft zusperrt, die Ausübung seines Geschäftes untersagt, dann darf man den anderen Teil nicht loben, wenn er das gleiche im erhöhten Maße — sagen wir ruhig — verbrochen hat. Es wäre für unser gesamtes Volk ein Unglück, wenn wir derlei Dinge irgendwie pardonieren würden oder wenn vielleicht eingewendet würde, daß Schiebern und Schleichhändlern, weil sie gewisse Verbindungen haben oder gewissen Parteien angehören, nicht das Handwerk gelegt werden könne. Es ist für keine Partei eine Schande, wenn sie in ihren Reihen so einen Schieber oder Schleichhändler als Mitglied hat. Aber es ist eine Schande, wenn diese Partei nicht die Kraft aufbringt, solche Leute abzustößeln. (Beifall bei den Sozialisten.) Wir decken keinen dieser Volkschädlinge. Wenn heute jemand in dieser Not des Volkes wichtige Gegenstände und vor allem Nahrungsmittel der Bevölkerung entzieht und sie zu Preisen veräußert, die ans Wahnsinnige grenzen, dann — ich sagte es schon bei der Budgetberatung vor sechs Monaten — ist dieser Mensch ebenso wie jeder Kriegsverbrecher zu behandeln. In dieser Zeit der Not gibt es für Schieber und Schleichhändler keine Entschuldigung. (Beifall.)

Ich habe nun angeführt, daß hauptsächlich durch die Zeitungsberichte eine falsche Meinung über die gesamte Kaufmannschaft in die Öffentlichkeit getragen wird. Nun, wie Zeitungsberichte aufgenommen werden, das haben Sie hier vor einer halben Stunde gehört. Abgeordneter Honner hat Ihnen erzählt, daß in Aussee zwei Millionen Tonnen Salz lagern, und hat daraus die Folgerung gezogen, daß unser Herr Handelsminister nicht die richtigen Fähigkeiten besitzt, diese zwei Millionen Tonnen Salz im Kompensationswege in für uns lebenswichtige Güter umzutauschen.

Nun, schauen Sie: der Abgeordnete Honner ist bestimmt ein Mann, der wissen muß, was ein Quantum von zwei Millionen Tonnen bedeutet; das wären ungefähr tausend Lagerhäuser zu je zwei Millionen Kilogramm. Ich glaube, der überwiegende Teil des Salzes ist noch in den Bergwerken drinnen, aber er hat es gelesen und geglaubt. (Abg. Honner: Ich habe Bezug genommen auf die amerikanische Mitteilung!) Ja, bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben Bezug genommen auf die amerikanische Zeitungsmeldung — aber damit will ich ja nur sagen, daß die vielen Leute, die keine Volksvertreter sind, nicht alles so gewissenhaft durchschauen und auf seine Richtigkeit prüfen. Die Massen draußen im Volk glauben ja auch die Märchen, die man ihnen vorsetzt; wenn es heißt, daß man bei irgendeinem Greißler zwei Meter Flanell, tausend Meter Zwirn gefunden hat, wie es in den Zeitungen veröffentlicht war, glauben sie, daß es sich in Wirklichkeit um tausend Spulen Zwirn handelt. Ich wollte absichtlich diesen Vergleich ziehen, damit Sie und die ganze Öffentlichkeit sehen, wie Zeitungsnachrichten einer bestimmten Presse zu werten sind. (Rufe: Dann muß sie es rechtzeitig dementieren! — Man muß der Presse das Handwerk legen!) Ich möchte jetzt nicht mehr sagen, darüber reden wir, wenn das Pressegesetz zur Verhandlung steht.

Zur Warenverteilung, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich sagen: Wir von der Volkspartei sind nicht für die Auflassung der Wirtschaftsämter jetzt in dieser Zeit. Sie haben ja unsere Stellungnahme dazu kennengelernt. Wir haben darüber bei der Verlängerung dieses Gesetzes gesprochen. Wir sind voll dafür, weil wir derzeit nichts Besseres an die Stelle der Wirtschaftsämter setzen können, aber wir verlangen eines: Wir verlangen eine absolut gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Waren! Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es nicht immer so ist. Wir haben Großunternehmungen, die in gewissen Sparten bei den Sonderzuteilungen gegenüber allen kleineren Leuten, die keine Dachorganisation von einer solchen Größe haben, bevorzugt werden. Deswegen bitten wir, daß der Herr Handelsminister darauf achtet, daß die Wirtschaftsämter ihre Aufgaben, ihre Funktionen so erfüllen, daß keine Klagen notwendig sind.

Die Auflassung des Untersagungsgesetzes wird vielfach gefordert. Ja, wir sind auch dafür, daß eine Auflockerung erfolgt, aber in einer Zeit, wo der Handel nichts besitzt, nur die Mangelwaren, bei denen er eine Verdienstspanne von vier bis fünf, höchstens sechs Prozent hat, in dieser Zeit können wir

die Zustimmung zu einer Lockerung des Untersagungsgesetzes nicht geben.

Zweitens sind wir der Meinung, daß auch unsere Kriegsgefangenen erst zurückkehren sollen. Wir haben noch eine halbe Million Kriegsgefangene draußen, sagte uns kürzlich der Herr Innenminister. Da gibt es bestimmt viele Kaufleute darunter, die sich auch um eine Existenz bewerben wollen. Erst dann werden wir über dieses Gesetz reden und darauf eingehen. Es ist ja heute so, daß infolge der geringen Spanne die Kaufleute ihre Angestellten und vielfach auch die Lehrlinge entlassen müssen oder sich keine halten können. Es muß daher auch von den übrigen Ständen in unserem Lande dafür Verständnis aufgebracht werden, daß der Kaufmann nicht von seinen Substanzwerten zehren kann. Bei einem Bruttoverdienst von vier bis sechs Prozent der Lebensmittel kann der Kaufmann seine Regien nicht bezahlen. Die Handelsspanne muß erhöht werden.

Wir Kaufleute, wir Vertreter der Wirtschaft haben vollstes Verständnis bei den verschiedensten Lohnforderungen, Gehaltserstellungen und Gehaltsforderungen gezeigt. Wir haben es auch neuerlich im Finanzausschuß bei der Verhandlung über das Gehaltsgesetz bewiesen. Wir verlangen und bitten auch die übrigen Stände, daß sie für unser Verlangen ein ebensolches Verständnis aufbringen. Mit dieser Spanne kann der Kaufmann für die Dauer nicht existieren. Wenn Sie glauben, daß sich in den letzten Monaten und Jahren nichts geändert hat, dann kann ich Ihnen nur ein Beispiel vor Augen führen. Butter zum Beispiel kostet dem Lebensmittelkleinhändler 440 S. Verkauft hat er sie um 480 S. Er hat also eine Spanne von 40 Groschen pro Kilogramm. Das entspricht ungefähr zehn Prozent. Heute kostet dieselbe Butter 720 S. Er darf aber Butter nicht höher als zu 760 S verkaufen. Auch hier hat er 40 Groschen Spanne, aber die Verdienstspanne ist bei einem doppelten Kapitalaufwand prozentuell auf fünf Prozent heruntergesunken. Aus diesem Beispiel, das ich Ihnen vielfach erweitern könnte, mögen Sie ersehen, wie der Handelsstand heute zu leben gezwungen ist.

Ich bitte Sie daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie auch für unseren Beruf Verständnis und glauben Sie nicht, daß die Repräsentanten dieses Berufes irgendwie für einen Stand eintreten, der es nicht verdient. Der Kaufmannsstand verdient seine Achtung so wie jeder andere. Bedenken Sie, daß die Inhaber von Kaufläden, speziell von Lebensmittelgeschäften, mit ihren gesamten Angehörigen, Frauen und Kindern, halbe Nächte beschäftigt sind, um die Marken, so wie es die Vorschriften erfordern, zeit-

gerecht den Lebensmittelämtern und Bezugsstellen abzuführen. Erkennen wir alle gemeinsam die Not, so wie es der Herr Abgeordnete Dr. Migsch sagte. Erkennen wir die Not, arbeiten wir zusammen, dann werden wir auch, davon bin ich überzeugt, schwere Zeiten überbrücken können und uns, kurz gesagt, gegenseitig besser verstehen lernen! (Lebhafter Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Dr. Kolb: Hohes Haus! Im vergangenen Monat ist in Innsbruck der Universitätsprofessor Dr. Max Kulisch gestorben, der als besonderer Kenner und Herausgeber der Gewerbeordnung, also des für die ganze gewerbliche Wirtschaft grundlegenden Gesetzes, aber auch als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes und als Lehrer des Staatsrechtes großes Ansehen genossen hat. In seinen Vorlesungen hat er dargelegt, daß der Name und die Einrichtung des Parlaments aus England kommt. Dort wurde schon vor mehr als 700 Jahren ein Staatsgrundgesetz geschaffen, dessen wesentlicher Inhalt war, daß der König keine Steuern und Hilfsgelder einheben dürfe, ohne eben vorher das Parlament gefragt zu haben. Seither hat überall dort, wo Demokratie und Parlamentarismus eingeführt wurden, die erste Forderung gelaute, daß die Abgeordneten den Jahresvoranschlag genehmigen müssen. In allen echten Demokratien war es erste Pflicht der Volksvertretung, den Voranschlag zu prüfen, zu schauen, ob nicht überflüssige Ausgaben vorgesehen sind, die Wähler, die ja in erster Linie Steuerzahler sind, zu schützen, damit nicht Steuergelder vergeudet werden.

Wer der Beratung des Voranschlages 1947 bisher beigewohnt hat, mußte von unserem Parlament einen ganz anderen Eindruck bekommen, einen gegenteiligen, und es war ganz begründet, daß ein Herr Vorredner den Vergleich mit der Versteigerung gebraucht hat. Jeder möchte vom Staate noch mehr fordern. Da ist es für einen Abgeordneten der Wirtschaft wohl angebracht, bei der Beratung des Voranschlages die eigentliche Abgeordnetenpflicht zu erfüllen und einmal daran zu erinnern, daß der Staat uns nicht zuviel zumuten darf. Hitler und sein Krieg haben uns alle zu Bettlern gemacht, den Staat ebenso wie die Wirtschaft.

Es sei erlaubt, an ein paar Gebieten zu zeigen, wie notwendig es ist, dieses Bewußtsein frisch zu erhalten. Die Männer der Wirtschaft werden, seitdem es wieder ein Österreich gibt, außerordentlich gerne zu Tagungen berufen, nach Bad Ischl, nach Pörschach, nach Dürnkrut, ja in noch abgelegene Orte. Das ist eine Zumutung an die Wirtschaft, die man nicht ohne weiteres hin-

nehmen kann, und zwar aus verschiedenen Gründen. Es klingt vielleicht eigenartig, wenn ein Föderalist sagt, derzeit komme überhaupt nur Wien als Tagungsort in Betracht, und doch ist das sehr wohl begründet. Wenn nämlich der Tagungsort außerhalb Wiens verlegt wird, dann müssen alle, die aus der Provinz dorthin reisen, mindestens gleich lang auf der Fahrt sein, wie wenn sie nach Wien kämen, und zwar aus dem einfachen Grund, da die Anschlüsse bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ungünstig sind. Es bedeutet auch für die Wiener Beamten keine Ersparnis sondern einen Verlust, denn auch sie müssen in diesen entlegenen Ort reisen, können in dieser Zeit nicht in Wien in ihren Büros arbeiten und verursachen Auslagen, auch dem Staat, denn die Beamten, die von Wien an den Tagungsort beordert werden, legen nachher ihre Rechnungen. Sie bräuchten sie nicht legen, wenn die Tagung in Wien stattfände. Wer schon auf der Reise ist, würde gerne etwas miterledigen, und da ist kein Ort so geeignet, wie eben Wien, wo die gesamte zentrale Verwaltung ist. Wer in der Wirtschaft so drinnensteht, daß er öfter zu Tagungen muß, der hat in Wien bereits Quartier, während es in anderen Orten schwierig ist, ein solches zu beschaffen. Je entlegener ein Tagungsort ist, um so größer ist für den einzelnen Teilnehmer die Versuchung, mit dem Wagen hinzukommen; es kommen dann auch Herren aus Wien mit dem Wagen hin, es wird also wieder Benzin verbraucht, den man so notwendig anderswo haben sollte, Reifen werden abgenützt, obwohl ihre Beschaffung zu den schwersten Aufgaben des Handelsministeriums gehört. Der Staat sollte sich daher bei Einberufung von Tagungen der Armut, in der er und die Wirtschaft sich befinden, bewußt sein.

Ein zweites Gebiet, auf dem zum Ausdruck kommt, daß der Staat der Wirtschaft viel zuviel zumutet, ist der Preisstopp. Preisstopp und Lohnstopp sind mindestens 10 Jahre alt, setzen also Umstände und Gegebenheiten voraus, die längst überholt sind. Nun mutet der Staat der Wirtschaft zu, sie müsse diesen Lohn- und Preisstopp bei ganz anderen Voraussetzungen, selbstverständlich auf ihre Kosten, zum eigenen Schaden aufrecht erhalten, so daß die Frage bald heißt: Zahlungsunfähigkeit, zumindest in großen Kreisen des Handels, oder weiterhin Lohn- und Preisstopp? Es ist vorgekommen, daß maßgebende Leute der Staatsverwaltung gemeint haben, das Beste wäre, wenn man den Handel so zum Erliegen brächte, er sei ohnehin unnütz.

Bei einer Einstellung, die der Wirtschaft derartiges zumutet, ist es hoch an der Zeit, daß eine geschlossene Interessenvertretung

der Wirtschaft auftritt. Heute ist der Geburtstag dieser Interessenvertretung. In dem festlichen Raum, in dem die Errichtung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gefeiert wurde, hängt ein kunstvoller Wandteppich, auf dem ein lateinischer Vers besagt: „Auch Verwüstung erlebt Wiedergeburt und neue Blüte, wenn Merkur sie berührt.“ Das wäre die richtige Auffassung des Handels, die man nur recht gerne bei den staatlichen Stellen sähe. Daß sie noch nicht da ist, zeigt ein kürzlich amtlich verlautbarter Steckbrief gegen den Handel, der gerade dazu aufgefordert hat, jeden, der im gewerblichen Leben steht, von vornherein als einen Schleichhändler und Preistreiber anzuschauen und in jedem Geschäft zuerst zu fragen: Wo ist die Genehmigung für diese Preisbildung, wer hat diesen Preis in der Höhe festgesetzt? Eine Maßnahme, die auch praktisch undurchführbar ist.

Ein weiteres Gebiet, wo man dem Staat Leistungen zumutet, die er nicht erbringen kann, wo man aber wieder recht über die Wirtschaft ungehalten ist, ist die Bewirtschaftung, hauptsächlich die der Bekleidung. Die meisten übersehen dabei, daß das Dritte Reich, dessen Organisation zugegebenermaßen in vielen Belangen besser war, ganz andere Voraussetzungen gehabt hat. Viele Leute sind gerne in die Reichsstellen gegangen, weil sie dort unabkömmlich waren und nicht in den Krieg gehen mußten; ferner waren die Strafmaßnahmen drakonisch, die sich mit den Grundsätzen des Rechtsstaates Österreich nicht vereinbaren lassen, und insbesondere hat das Geld keine Rolle gespielt. Die Reichsstelle Textil, die hier so aktuell wäre, hat 700 Beamte gehabt. Wo soll Österreich 700 Beamte hernehmen, um bloß wieder Spinnstoffe zu verteilen und zu verwalten, um die Bewirtschaftung vom Ministerium bis zum letzten Wirtschaftsamt aufs genaueste zu überprüfen? Das wäre eine zu große Zumutung. Wir sind nicht so reich, daß wir uns das leisten können.

Das vierte Gebiet, das freilich recht bedenklich ist und zu dem alle Abgeordneten sprachen, ist die Personalpolitik. Zwei Sachen sind in der bisherigen Debatte am meisten aufgefallen: daß die Schuld an allen Mißständen von der einen Gruppe auf die andere, alle Last aber auf den Staat geschoben wurde. Der eine Redner führte Klage, der Bauer liefere nichts ab, der andere, der Handel gebe nichts weiter, ein dritter, die Industrie arbeite nur für den Export, ja man klagte sogar über die Arbeiter, die nicht arbeiten wollen. In einem aber waren sich alle Redner einig: alle Last auf den Staat zu laden. Er sollte neue Stellen

schaffen und noch mehr Leute versorgen und unterbringen. Das ist auch eine starke Zumutung an die Wirtschaft. Als ob nicht auch sie Leute brauchte, fähige Köpfe notwendig hätte. Die Armut in der Wirtschaft und im Staat ist so groß, daß zuerst daran gedacht werden muß, Ämter abzubauen, und nicht, Personal unterzubringen. Worte, die besonders Abgeordnete der Sozialistischen Partei über die Arbeit gefunden haben, verklingen ungehört, wenn wir den Leuten nicht auch sagen, daß in der Wirtschaft dem Tüchtigen und Fähigen eine Laufbahn offensteht. Wir leben nicht mehr im Dritten Reich, wo es wirklich schön war, Beamter zu sein, weil es geheißen hat, der Bescheid braucht nicht begründet zu werden und es gibt kein Rechtsmittel dagegen. Einen solchen Bescheid kann jeder herausgeben, er braucht dazu keine Rechtskenntnisse.

Manches Mädchen zum Beispiel, das ein Handwerk richtig erlernt und die Gesellenprüfung abgelegt hatte, wurde zu einer Behörde dienstverpflichtet und hat dort mit Entsetzen festgestellt, daß im Staatsdienste sehr wenig gearbeitet wurde. Diese Auffassung vom Staatsdienst besteht heute noch. Da müssen wir den Leuten sagen: Heute können im Staate nur Leute unterkommen, die etwas verstehen und auch gewillt sind zu arbeiten, und zwar haben sie, wenn sie eine auch nur einigermaßen führende Stellung innehaben, mehr als acht Stunden im Tage zu arbeiten. Es gibt aber auch in der Wirtschaft Stellen, in denen man vorankommt. Der Handel, die Industrie, das Handwerk, der Verkehr, der Fremdenverkehr und das Bankwesen sind Gebiete, die für den Fähigen reichliche Entwicklungsmöglichkeiten und eine lohnende Laufbahn eröffnen. Die richtige Berufsauffassung ist etwas, was uns vor allem tut. Dann wird der Staat der Wirtschaft auch nicht mehr Opfer zumuten, die sie nicht bringen kann. Bei späteren Verhandlungen über den Voranschlag können wir dann wieder zu den eigentlichen parlamentarischen Aufgaben zurückkehren und im Voranschlag Abstriche machen, indem wir sagen: Der Staat hat genügend Kräfte für seine Aufgaben, die übrigen besorgen wir in der Wirtschaft! (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Abg. Wedenig: Hohes Haus! Schon bei der Beratung des Staatshaushaltes für das Jahr 1946 wurden wir reichlich mit den Schwierigkeiten vertraut gemacht, die sich dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens entgegenstellen. Wir alle wissen, daß wir unsere Wirtschaft ohne innige Beziehungen, insbesondere ohne Handelsbeziehungen zu den anderen Völkern, nicht werden aufrichten

können. Gewiß fehlen uns dazu noch manche Voraussetzungen. Im Zuge dieser Budgetdebatte wurde bereits wiederholt davon gesprochen und das Fehlen eines Staatsvertrages als Ursache genannt. Wir wissen, daß dies auch zum Teile zutrifft. Ebenso wirken sich — das ist uns auch bekannt — die Verteilung unseres kleinen Landes in Zonen und die Besetzung als solche nachteilig und hemmend für die Gesundung des Wirtschaftslebens aus. Aber wir glauben, daß dies allein nicht die Ursachen des schleppenden Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Wir haben im Laufe dieses Jahres immerhin in allen Bundesländern, namentlich in der Bundeshauptstadt Wien, einige Ausstellungen industrieller und gewerblicher Erzeugnisse sehen können, die uns von dem Fleiß, den zweifelsohne schöpferischen Kräften und dem Lebenswillen dieses Volkes Zeugnis gaben. Wir haben trotz all dieser bewunderungswürdigen Leistungen unseres Volkes dennoch feststellen müssen, daß sich gerade die Lage des werktätigen Volkes unseres Landes in den letzten Monaten wesentlich verschlimmert hat.

Es drängt sich dem Volk die Frage auf: Was geschieht mit allen diesen Dingen, die hier von der österreichischen Industrie und dem österreichischen Gewerbe erzeugt wurden? Wo wandern diese Waren hin? Wir selbst haben ja nichts davon zum Kauf angeboten bekommen? Man argumentiert hier mit der Notwendigkeit des Exports. Richtig, das wird niemand in diesem Haus bestreiten, daß der Export für uns eine Lebensnotwendigkeit ist, aber man muß sich fragen: Was bekommen wir für diese exportierten Waren? Was gibt man uns dafür? Und da scheinen sich die Dinge, im Blickfeld des Volkes, etwas anders zu zeigen, und so spricht man sehr gerne davon, daß all diese Erzeugnisse nicht unter der Kontrolle des Staates, sondern anscheinend von der sogenannten privaten Initiative aus verschiedene unkontrollierte Wege und Kanäle geht. Ich stelle die Frage: Hat das Handelsministerium, das für den Export zuständig ist, auch alles getan, um die Interessen des Staates und damit die Interessen des Volkes zu wahren, als diese Erzeugnisse zum Export gelangten? Dies scheint nicht immer der Fall gewesen zu sein. Aus verschiedenen Pressenotizen in den wirtschaftlichen Rubriken der Zeitungen ersehen wir große Widersprüche. So erfahren wir beispielsweise, daß die tschechoslowakischen Zeitungen bei ihren Importbilanzen von größeren Summen zu erzählen wissen, als sie die österreichischen Exportziffern aufweisen. Hier muß daher irgendwo etwas nicht stimmen.

Hohes Haus! Ganz besonders aber vermissen wir den Ausbau inniger Handelsbeziehungen zu den Ost- und den Südoststaaten. Gerade wir, die wir aus dem Grenzland Kärnten stammen, die wir doch das rege Leben von einstens zwischen diesen zwei Völkern, zwischen Jugoslawien und Österreich, kannten, vermissen heute noch immer eine Besserung in den Beziehungen zum jugoslawischen Staat.

Aus Anlaß des Jahrestages der Gründung der jugoslawischen föderativen Republik hat der Herr Bundesminister Dr. Heisl in einer Ansprache bei irgendeinem Festakt betont, daß Jugoslawien schon vor dem Kriege zu jenen Ländern gezählt hat, die einen ganz besonders regen Warenaustausch mit Österreich pflegten. In der jugoslawischen Handelsbilanz jener Zeit tritt die Wichtigkeit des Handels mit Österreich deutlich hervor. Österreich erschien unter den für die jugoslawische Einfuhr bedeutenden Ländern an zweiter Stelle. (Ruf: Aber mit Textilien!) Textilien, Industrieerzeugnisse, Maschinen und so weiter haben wir auch dort hinunter exportiert. Wenn der Herr Bundesminister heute der Notwendigkeit eines regen Handelsverkehrs mit Jugoslawien das Wort spricht, so sind wir mit ihm einer Meinung. Ich habe bereits bei der Behandlung des ersten Staatsvoranschlags in diesem Hause auf diese Notwendigkeiten hingewiesen. Wenn man sich nun jetzt auch dazu bequemt — ich meine, daß es schon ziemlich spät ist —, dann begrüßen wir es; denn gerade wir wissen, daß sich dies für unser Bundesland Kärnten, das durch Jahrhunderte in Eintracht mit diesem Nachbarvolk gelebt hat, und für die Wirtschaft unseres Landes günstig auswirken wird. Wir glauben aber, daß wir damit schon reichlich spät kommen. Wir entnehmen nämlich ebenfalls Pressemeldungen, daß Marschall Tito bei einem ähnlichen Anlaß einen großen industriellen Erzeugungsplan für die jugoslawischen föderativen Volksrepubliken verkündet hat. Da Österreich früher vornehmlich Industrieerzeugnisse in dieses Land geliefert hat, glaube ich, müssen wir schon sehr rasch handeln, damit uns nicht der Export, der uns einmal dort offen stand, durch diese neuen Maßnahmen drüben verloren geht. Es wird daher Aufgabe des Handelsministeriums sein — und ich bitte den Herrn Handelsminister darum, daß er sich gerade hierfür besonders interessiert —, die wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen unseres Staates in Jugoslawien für die Zukunft zu sichern.

Wenn der Herr Bundesminister auch noch die Hoffnung hat, daß eine Besserung der

Handelsbeziehungen mit Jugoslawien in Bälde zu erwarten sei, so wollen wir ihm seinen Optimismus nicht absprechen. Wir werden es alle begrüßen, wenn diese Hoffnung Erfüllung findet. Nicht nur aus rein wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen ist der Zustand, den wir heute noch in dieser Beziehung haben, absolut nicht erfreulich. Wir würden es begrüßen, wenn diese Hindernisse, die sicherlich nicht durch die gegenwärtige Regierung entstanden sind, sondern die der nationalsozialistischen Ära zuzuschreiben sind, beseitigt werden könnten.

Hohes Haus! In diesem Zusammenhange möchte ich auch auf ein anderes Kapitel zu sprechen kommen, und zwar auf die Kärntner Handelskammer. Den Handelskammern oder Länderkammern, wie sie jetzt nach dem neuen Gesetz heißen, wurde in der Wirtschaft eine ganz besondere und bedeutende Stellung eingeräumt. Produktion und Verteilung geht nahezu ausnahmslos durch diese Einrichtungen.

Am 25. November wurde die Kärntner Landeskammer konstituiert. Auf Vorschlag des Österreichischen-Volkspartei-Wirtschaftsbundes wurde Ing. Rappatz vom Herrn Bundesminister zum Präsidenten der Kärntner Landeskammer ernannt. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Bundesminister bekannt war, daß Ing. Rappatz Mitglied des NSKK und der NSDAP gewesen ist und seine Mitgliedsbeiträge bis zum Untergang des Dritten Reiches brav und fleißig bezahlt hat. War dies dem Herrn Bundesminister bekannt, so muß die Bestellung des Ing. Rappatz zum Präsidenten auf einem so exponierten Posten in einem so exponiertem Lande, wie es das Grenzland Kärnten ist, nicht nur als politisch unklug, sondern geradezu als eine Herausforderung betrachtet werden. Und wenn es dem Herrn Bundesminister zur Zeit der Bestellung nicht bekannt war, daß Ing. Rappatz Mitglied der NSDAP gewesen ist, so hat er es inzwischen durch eine Anfrage der Abgeordneten des Bundeslandes Kärnten erfahren. Um so mehr wundert es mich, daß ich heute erfahre, daß Ing. Rappatz heute auch bereits als Präsident vereidigt wurde. Ich glaube nicht, Hohes Haus, daß die Bestellung eines Nationalsozialisten auf eine so hervorragende Stelle im Interesse des Landes und des Staates Österreich liegen kann.

Es wird so viel von Entnazifizierung und Säuberung der Wirtschaft gesprochen, und wir wissen, daß wirklich kleine Leute schon aus der Wirtschaft hinausgefliegen sind. Kleine, unbedeutende Leute, die im politischen oder wirtschaftlichen Leben nie eine Rolle gespielt haben, Angestellte, die nichts

anderes getan haben, als, den Aufforderungen und den Befehlen ihrer Dienstgeber gehorchend, vielleicht zur SA zu gehen, die sind entfernt, Nationalsozialisten aber, wie zum Beispiel Ing. Rappatz, erfreuen sich des Vertrauens und Wohlwollens der österreichischen Regierung und nehmen noch hervorragende Stellen im Wirtschaftsleben ein.

Herr Bundesminister! Ich würde Sie im Interesse Österreichs und auch im Interesse des Bundeslandes Kärnten dringend ersuchen, Rappatz von seinem Posten zu entheben. Sie würden damit dem Lande einen gewaltigen Dienst erweisen. Ing. Rappatz war kein einfaches Mitglied der NSDAP. Er war in seiner Eigenschaft als Ingenieur und Baumeister an den Befestigungsbauten in Oberkärnten hervorragend beteiligt. (Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört!) Ing. Rappatz mußte daher wohl ein zuverlässiger Parteigenosse gewesen sein, daß er sich eines solchen Vertrauens würdig erwiesen hat. Ing. Rappatz, der registrierungspflichtig ist, wurde von der Sicherheitsdirektion schon dreimal aufgefordert, sich registrieren zu lassen. Dieselbe Behörde hat nun gegen den Kammerpräsidenten Ing. Rappatz die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, und dieser Präsident, gegen den ein Strafverfahren läuft, ist heute hier in Wien vereidigt worden. (Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört! — Skandal!)

Wenn man sich daran erinnert, daß zum Beispiel der ehemalige Präsident der Staatseisenbahndirektion Villach und der Präsident des Gewerkschaftsbundes im Kärnten auf Drängen der Österreichischen Volkspartei von ihren Stellen enthoben werden mußten, obwohl sowohl die Österreichische Volkspartei als auch Funktionäre der Kommunistischen Partei Österreichs bestätigten, daß sie niemals Nationalsozialisten waren, nachgewiesenermaßen in der Widerstandsbewegung aktiv gestanden sind, also nicht Hörer der ausländischen Sendungen, sondern Aktivisten, daß sie trotzdem von diesen Stellen entfernt werden mußten, muß man sich fragen, mit welchem Maßstab hier gemessen wird. (Ruf bei den Sozialisten: Weil sie nicht der Österreichischen Volkspartei angehört haben! — Gegenruf bei der Österreichischen Volkspartei: Aber wieso hat der Vizepräsident diese Bestellung mitunterschrieben, er muß es doch auch gewußt haben?!)

Präsident: Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen.

Abg. Wedenig (fortsetzend): Diese Art der Behandlung von Nationalsozialisten, wie sie die Österreichische Volkspartei macht, scheint

mir aber nicht nur zu den bisherigen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in Widerspruch zu stehen, sondern ich erachte sie als außerordentlich gefährlich.

Ich ersuche den Herrn Bundesminister, den Zustand bei der Landeskammer Kärnten so rasch wie möglich durch die Enthebung des Ing. Rappatz als Präsident zu ändern und damit wieder eine politisch erträgliche Atmosphäre im Lande zu schaffen.

Gestatten Sie mir, noch einige Mißstände aufzuzeigen, die sich im Sektor Bauwesen ergeben. Ich will nicht die Hunderte von Beschwerden, die mir als Abgeordneten aus dem ganzen Lande zukommen, hier einzeln besprechen, sondern ich will Ihnen nur einen ganz kurzen Einblick geben, wie auf diesem Gebiet planlos gewirtschaftet wird. Wir empfinden gerade hier den Mangel eines Gesetzes. Es wurde in diesem Hause wiederholt von der Notwendigkeit eines Wiederaufbaugesetzes gesprochen. Dieses Wiederaufbaugesetz wäre sicherlich dringend notwendig, weil sich eine Planbewirtschaftung der Baustoffe und dergleichen als notwendig erweist. Wir sehen aus den Beschwerden, daß dieser Mangel es unmöglich macht, zu überprüfen, wer heute baut.

Präsident: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie die vereinbarte Redezeit bereits um fünf Minuten überschritten haben.

Abg. Wedenig: Ich bin sofort zu Ende. — Ich habe hier vom Bürgermeister der Stadt Völkermarkt in Unterkärnten einen Bericht. Ein einfacher Mann aus dem Volk berichtet hier, daß über seinen Kopf hinweg ohne die zuständige örtliche Baubehörde vielen Nationalsozialisten, die Hausbesitzer sind, Baubewilligungen erteilt werden, so daß sie zu einem bestehenden Hausbesitz noch Neubauten aufführen können. Das kann nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen sein. Damit ist weder dem österreichtreuen Teil gedient noch der Sicherheit unseres Landes. Sie können mir glauben, daß diese Herrschaften nicht bauen, um Wohnungen zu schaffen, sondern daß sie bauen, um ihre in der Nazizeit erzielten Gewinne unterzubringen.

Ich bitte Sie, Herr Minister, daß Sie in Zukunft auch in dieser Richtung Sorge tragen, daß bei der Vergebung von Baubewilligungen solche Dinge nicht mehr vorkommen können, vor allem deswegen, weil diese Leute noch nebenbei — und das ist das Krassere — ohne Zuteilung von Baustoffen gebaut haben, sich also die Baustoffe auf schwarzem Wege beschafft haben. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Seilinger: Hohes Haus! Wenn ich mich als Eisenbahner zu dem Kapitel Handel zum Worte gemeldet habe, so deswegen, weil gerade der Betrieb der Österreichischen Staatseisenbahnen sehr viele Wünsche an den Herrn Minister für Handel und Wiederaufbau zu richten hat und weil wir hoffen, daß im kommenden Budget die Österreichischen Staatseisenbahnen durch den Herrn Minister für Wiederaufbau besser als bisher berücksichtigt werden, um dem von den Eisenbahnen selbst vorangetragenen Wiederaufbau nicht hemmend entgegenzustehen. Deshalb, Herr Minister, richte ich an Sie — obwohl ich weiß, daß nicht das Ministerium für Handel und Wiederaufbau das allein tonangebende bei den Österreichischen Staatseisenbahnen ist — das Ersuchen, den Österreichischen Staatseisenbahnen und ihren Bediensteten mehr als bisher ein Augenmerk zu schenken.

Wir wissen, daß die Österreichischen Staatseisenbahnen an gewisse Bedingungen und an Vorschriften gebunden sind, daß auch bei den Bauvorhaben der österreichischen Eisenbahnen das alliierte Baukomitee, das im Handelsministerium sitzt, ein Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht hat. Wir wissen auch, daß die österreichischen Eisenbahnen bis zu einem Betrag von 30.000 S aus eigenem bauen können. Wir wissen auch, daß von 30.000 bis 100.000 S die Zustimmung des Herrn Ministers für Handel und Wiederaufbau notwendig ist, wir wissen auch, daß über 100.000 S hinaus die Zustimmung der Alliierten vonnöten ist und daß gerade bei dem alliierten Komitee im österreichischen Handelsministerium die Ursachen zu suchen sind, warum die Forderungen des Wiederaufbaues vielleicht zum Großteil gehemmt sind. Wir wissen zum Beispiel aus Erfahrung, daß der Bau der Lokomotivreparaturwerkstätte in Floridsdorf, verbunden mit der Wagenreparaturwerkstätte, die nach Jedlersdorf verlegt werden soll, nicht die Zustimmung des alliierten Baukomitees findet, weil ein Element, das russische Element, dagegen Einspruch erhebt und sagt: Da wir mit Baumaterialien zu sparen haben, müssen diese Werkstätten in leerstehenden Objekten, in Holzbaracken untergebracht werden, während das andere, das amerikanische Element des alliierten Komitees den Standpunkt vertritt, man möge die Wagenreparaturwerkstätten nach Oberösterreich, nach Linz, verlegen, weil dort die geeigneten Bauobjekte vorhanden sind. Verstehen Sie, meine Damen und Herren, es ist begreiflich, daß man weder dem einen noch dem anderen Ansinnen dieser beiden alliierten Elemente zustimmen kann, denn, wenn man eine Wagen- oder Lokomotiv-

reparaturwerkstätte in kostspieligen Holzbaracken unterbringt, so ist das zunächst nur ein Notbehelf, der bei dem derzeitigen Holz-mangel allerdings sehr kostspielig wäre und einer Betriebsorganisation und einer modernen Werkstättenleitung nicht entsprechen würde; auf der anderen Seite ist es ebenso mit dem Vorschlag der amerikanischen Alliierten, da auch dieses Bauvorhaben aus betriebstechnischen oder aus wirtschaftstechnischen Gründen nicht durchzuführen ist, weil man eine Reparaturwerkstätte ja nicht vom Hauptknotenpunkt des Verkehrs — das ist Wien — wegziehen kann. Also alle diese Gründe machen es begreiflich, daß hier immerhin nicht fachgemäß gearbeitet wird und daß trotz aller guten Vorsätze auf den Österreichischen Bundesbahnen nichts vorstatten geht.

Diese Verzögerung, die dadurch eintritt, daß nichts erledigt wird, bedeutet für uns, meine Damen und Herren, den ungeheuren Verfall unserer Betriebsmittel, die ja durch den Gang des Krieges, durch die Ereignisse, die wir hinter uns haben, so sehr gelitten haben. Wenn man uns nicht ehestens durch Zuteilung von bau- und betriebstechnischen Stoffen die Möglichkeit gibt, unsere Betriebsmittel, unsere bautechnischen Einrichtungen auf den Eisenbahnen instand zu setzen, so wird die Verkehrslage in kurzer Zeit eine trostlose sein. Es nützt uns nichts, wenn eine Besprechung die andere jagt und das Resultat gleich Null ist. Die Eisenbahnen haben bis heute weder eine Stellungnahme noch einen Entscheid erhalten, so daß eigentlich das kleine Bauvorhaben der österreichischen Staatseisenbahnverwaltung nicht ausgeführt werden konnte, weil ja eben verschiedene Menschen verschiedene Verkleinerungen der Bauvorhaben verlangt haben, sich aber nicht entschieden haben, diese kleinen Projekte ausführen zu lassen. Wenn wir heute, wo noch keine Entscheidung vorliegt, diese kleineren Bauprojekte durchführten, so hätten wir damals, als wir oder vielmehr die österreichische Staatseisenbahnverwaltung den Antrag zur Stellungnahme eingebracht hatten, das größte Bauvorhaben oder das größere mit jenen Geldern durchführen können, die jetzt das kleine kostet, weil mittlerweile die Betriebskosten, die Löhne und andere Dinge so gestiegen sind, daß diese Gelder eben für solche Dinge aufgehen.

Die zweite, vielleicht ebenfalls ausschlaggebende Behinderung ist die ungenügende Zuweisung von Baustoffen seitens des Handels- und Wiederaufbauministeriums. Ich will Ihnen nur ganz kurz die in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November dieses Jahres durchgeführten Anforderungsmengen ein-

zelner Bau- und Betriebsstoffe vorlegen. So wurden zum Beispiel an Dachpappe 1.299.500 m² angefordert, während die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen nur 368.000 m² erhalten hat. Eine Anforderung auf 3.219.000 Stück Dachziegel wurde mit 424.000 Stück bewilligt, statt 6.182.000 Stück Mauerziegel wurden nur 2.244.000 zugewiesen, statt 10.641 t Zement 5470 t, statt 3330 t Kalk 1460 t, statt 249.810 m² Bauglas 67.250 m². Ich könnte natürlich diese Zahlen unendlich lang fortsetzen, nur mangelt es mir dazu leider an Zeit. Feststeht, daß wir zu all dem noch 40.000 t Schienen anforderten, von denen wir 10.000 t, also ein Viertel, zugesprochen erhalten haben. Was für den Fachmann, für den Eisenbahner 10.000 t Schienen oder Schienenmaterial bedeuten, brauche ich nicht zu erwähnen, weil wir bei 10.000 t solchen Materials keine einzige Schiene erhalten, weil das ja nur kleines Material, Laschenmaterial und so weiter ist.

All diese Dinge hemmen natürlich den Wiederaufbau, und Sie sehen, wenn wir uns an unsere Vertrauensmänner draußen in den Beschaffungsdirektionen wenden, dann heißt es, es ist kein Eisen, kein Stahl vorhanden. Nicht einmal die Werkstättenbetriebe erhalten dieses für die dringenden Reparaturen benötigte Material. Und trotzdem können wir, wenn wir auf den Markt gehen, sehen, daß Tonnen von Schmiedeeisen für sogenannte kunstgewerbliche Arbeiten verwendet werden. Sie können Leuchter, Ständer und so weiter sehen, alles Dinge, mit denen praktisch der Wirtschaft Rohstoffe entzogen werden und die dadurch den Wiederaufbau unseres Staates hemmen.

So wurden zum Beispiel ebenfalls durch die Staatseisenbahndirektion beim Ministerium für Wiederaufbau vom 26. Juni bis 15. November 97.696 t Eisenmaterial angefordert; erhalten haben wir jedoch nur 16.184 t, das ist also eine Zuweisung von 16,57 Prozent oder ein Sechstel der angeforderten Menge. Dabei müssen wir feststellen, was hier in Wien die große, modern eingerichtete Waggonwerkstätte stillsteht, weil sie keine baustofftechnischen Zuteilungen erhält, wir aber keinen Wagenpark besitzen und die nochwertigen Handwerker dieses Betriebes Ruhetage eingeschaltet haben, oder wenn sie arbeiten, minderwertige Aufräumarbeiten durchführen müssen, zu denen ja unsere hochqualifizierten Kräfte ganz bestimmt nicht da sind.

Weil gerade auf diesem Sektor der Zuweisung des Eisenmaterials nichts vorstatten geht, so dürfen Sie sich, meine Damen und Herren, nicht wundern, wenn es bei den Eisenbahnen nicht vorwärts geht. Sie dürfen

sich aber auch nicht wundern, daß in allen Teilen unseres Landes unsere Eisenbahnbrücken, so zum Beispiel hier die Tullner Brücke oder die Stadlauer Donaubrücke und so weiter, nicht der Vollendung zugeführt werden können, weil ja für alle diese Dinge das notwendige Material fehlt.

Es ist dies natürlich nicht allein für den Lokomotiv- und Wagenpark besonders nachteilig, sondern auch für den Oberbau, für die Weichen- und Signalanlagen. Wenn Sie alle diese Zustände, wie sie uns der nazistische Krieg hinterlassen hat, und wenn Sie die Opfer, die die Eisenbahner gebracht haben, um die Bahn halbwegs wieder auf jenen Zustand zu bringen, der endlich ein Langsamfahren ermöglicht, in Betracht ziehen, dann begreifen Sie, daß, wenn wir nicht ehestens dazukommen, diesem primitiven Zustand ein Ende zu setzen, es zum Schaden des ganzen Eisenbahnwesens, zum Schaden unserer Sicherungs-, unserer Oberbau- und unserer maschinentechnischen Anlagen überhaupt wird. Unsere hochwertigen Maschinen stehen still und warten, weil wichtige Metalle für einzelne Dichtungen oder Kupfer- und Messingbestandteile der Lokomotiven nicht vorhanden sind, nicht gegeben werden. Während in den Auslagen Kupfer-Aschenbecher, Kupfer-Brieföffner, Messingschnallen ausgestellt werden, hat man für die leistungsfähigen Lokomotiven unseres Betriebes all diese Metalle nicht.

Wenn ich noch sagen darf, daß ich vom Hörensagen ebenfalls erfahren habe, daß eine Militärmacht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nach Italien Stahlmaterialien liefert, so finde ich es allerdings begreiflich, daß man exportieren will, dies auch kann und soll, daß aber in allererster Linie der Inlandbedarf zu decken ist und daß dabei auf die Eisenbahnen gesehen werden muß, denn sie sind ja das erste und wichtigste in unserem Wirtschaftskörper. Wenn Sie bedenken, daß wir die Möglichkeit hätten, 20.000 bis 25.000 t Schrott gegen 50.000 bis 60.000 t tschechische Braunkohle einzutauschen, und dies die Zustimmung des Herrn Kanzlers und des Herrn Bundesministers für Handel hatte, daß auch die Alpine-Montangesellschaft zugesagt hat, darauf zu verzichten, daß aber ein Herr Rößler — ich weiß nicht, wo er sitzt, ich weiß auch nicht, in welcher Eigenschaft er dort sitzt — dies nicht will und es deshalb auch nicht geschieht, so werden Sie verstehen, daß dann den Eisenbahnern klar wird, daß hier Sabotage getrieben wird, und bei den Eisenbahnern — es sind nicht alle Sozialisten, die das behaupten — die Meinung besteht, daß, wenn die Personalvertretungs-

wahlen nicht so ausgefallen wären, wie sie ausgefallen sind, diese Sabotage gegen die Eisenbahnverwaltung nicht bestünde. Ein anderer Teil ist der Meinung, wäre der Herr Minister für Verkehr kein Sozialist, würden vielleicht die Zuteilungen bei den Eisenbahnen andere sein.

Ich glaube an diese Meinungen nicht, bin aber berechtigt zu sagen, daß die sozialistischen Eisenbahner, die ja den Hauptteil der Eisenbahner bilden, nach wie vor einig und geschlossen zu ihrem Minister stehen. Wir bitten das Handelsministerium, daß es künftighin der aufbaufreudigen Schicht der Eisenbahner mehr Augenmerk zuwendet und, wenn es sein muß, in einem Ministerium den Saboteuren der Wirtschaft die nötige Antwort gibt. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Weikhart: Hohes Haus! Es ist eine bekannte Tatsache, daß der derzeitige Mangel an Baustoffen aller Art den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Wohn- und Industrieanlagen besonders hemmt und stört. Gerade diese Erkenntnis hätte das zuständige Ministerium für Handel und Wiederaufbau veranlassen müssen, für die Baustoffkontingentierung einen strengen, aber auch einen gerechten Maßstab anzulegen.

Eine planvoll gelenkte Aufteilung, beziehungsweise Verteilung hätte in erster Linie auf die vorhandenen Kriegsschäden Rücksicht nehmen müssen. Es muß aber einmal gesagt werden, daß das Ministerium diese so notwendig erforderliche Planung vermissen läßt. Wenn das Bundesministerium auf Grund der angeforderten Unterlagen konstatiert, daß das Land Wien von den in Österreich vorhandenen Kriegsschäden allein 46 Prozent auf sich vereinigt und die Gebäudeschäden allein mit 2½ Milliarden Schilling errechnet wurden, dann muß der für das Land Wien zugebilligte Aufteilungsschlüssel für das Jahr 1946 für Baustoffe in der Höhe von 277 Prozent als maßlos ungerecht und für die Zukunft als unhaltbar bezeichnet werden, ebenso auch jener Maßstab, der in neuer Höhe vom Ministerium zugebilligt wurde und 285 Prozent beträgt. Das Land Wien hat an Gebäude-Kleinschäden 27.719, Gebäude-Teilschäden 12.929 und an Gebäude-Totalschäden 6214, also insgesamt 46.822 Gebäudeschäden zu verzeichnen, die sich auf 38.807 Wohngebäude, auf 3723 Industriegebäude und auf 4332 sonstige Gebäude verteilen und außer wertvollen Industrieanlagen praktisch den Verlust von 100.000 Wohnungen bedeuten.

Aber auch der im Verhältnis zu den vorhandenen Schäden bereits zugebilligte Verteilungsschlüssel in der minimalen Höhe von 277 Prozent wurde vom Ministerium in keiner

Weise eingehalten, wie ich auf Grund einiger Zahlen beweisen möchte.

In Österreich wurde vom Jänner bis einschließlich Oktober an Baumaterialien erzeugt: Als Gesamterzeugung an Zement 300.000 t. Davon wurden dem Lande Wien 28.440 t zugewiesen. Das ergibt bloß 87 Prozent. Wenn die Bedarfsmenge auf Grund der vorhandenen Arbeitskräfte vollständig gewesen wäre, hätte die Gemeinde Wien 42.500 t Zement verarbeiten können. An Dachpappe wurde in Österreich eine Gesamterzeugung von 7.140.000 m² errechnet. Der Gemeinde Wien wurden 1.109.000 m² zugebilligt, also insgesamt nur 16 Prozent, obwohl sie mit den vorhandenen Arbeitskräften 2.388.000 m² hätte verarbeiten können. An Dachziegeln, augenblicklich das wichtigste Baumaterial, das in Österreich benötigt wird, wurden 33.845.000 Stück erzeugt und dem Lande Wien 3.341.000 Stück zuteilt. Das sind bloß 9,8 Prozent, obwohl mit den vorhandenen Arbeitskräften 19.263.000 Stück hätten verarbeitet werden können. An Bauholz wurden in Österreich 350.000 m³ erzeugt und davon an das Land Wien 62.620 m³, das sind 18 Prozent, zuteilt. An Eternit wurden in Österreich 548.000 m² erzeugt. Das Land Wien erhielt 11.714 m² zugebilligt. Das sind 2,15 Prozent der Erzeugung. An Glas wurden 2.380.000 m² erzeugt und der Gemeinde Wien 589.307 m², das sind 25 Prozent der Erzeugung, zugebilligt.

Bis Mitte Oktober des laufenden Jahres waren in Wien 28.643 unbenutzbare Wohnungen und 68.102 gefährdete Wohnungen amtlich gemeldet. Nach dem Stand per Mitte Oktober des laufenden Jahres wurden in diesem abgelaufenen Baujahr 10.045 Wohnungen ungefährdet und 3023 Wohnungen wieder benutzbar gemacht. Das ist im Vergleich zu der ungeheuren Wohnungsnot wenig, und gerade wir Sozialisten sind damit mehr als unzufrieden. Wien hatte im abgelaufenen Baujahr genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Auf Grund dessen hätten in diesem Jahre außer den bisher instandgesetzten Wohnungen weitere 20.000 Wohnungen mindestens ungefährdet gemacht werden können. Wenn dies nicht geschehen ist, so trägt daran das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau einen maßgeblichen Schuldanteil.

Der Herr Minister Heindl hat selbst in mehreren Besprechungen stets den Standpunkt der gerechten Verteilung der produzierten Baustoffe vertreten und unserer Meinung beigestimmt, daß als Grundlage hierfür die tatsächlichen Kriegsschäden zu gelten haben. Wir wollen an diesem guten Willen des Herrn Ministers nicht zweifeln,

aber von dem guten Willen des Herrn Ministers allein abhängig, erhält das Land Wien um keine Tonne Baustoff mehr zuteilt. Dieser gute Wille und dieser Gerechtigkeitssinn müssen in das Ministerium selbst einziehen.

Es liegt uns ferne, für das Land Wien nur die geringste Bevorzugung und Besserstellung erreichen zu wollen. Wir verlangen nur das selbstverständliche Recht und — wie Abgeordneter Brunner zuvor gesagt hat — Gerechtigkeit. Wie sehr wir uns auch freuen, daß in den Ländern draußen die Wiederinstandsetzungsarbeiten der Kriegsschäden erheblich bessere Fortschritte machen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß unser Wien durch die Kriegsergebnisse schwersten Schaden erlitt und daß hier wegen der geringen Baufortschritte eine allgemeine und berechtigte Unzufriedenheit der Bevölkerung herrscht.

Es ist unmöglich, daß in manchen Bundesländern zu Neubauten übergegangen wird, während in Wien ein Mangel an Dachziegeln für sonst bewohnbare Wohnungen herrscht, die ja jetzt beim Eintreten der schlechten Witterung wieder unbewohnbar werden würden, ja dem Verderben preisgegeben werden, womit die ohnehin so große Wohnungsnot noch entsetzlicher gestaltet würde. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß in Wien seit der Entfernung der Sozialdemokraten aus dem Rathaus im Februar 1934, außer einigen Familienasylan zwischen 1934 und 1938 und außer den dem Kriege dienenden Zweckbauten seit 1938, gar nichts an Wohnanlagen geschaffen wurde.

Das Land Wien hat nun an das Ministerium eine Minimalanforderung gestellt. Es benötigt für das Jahr 1947 an Dachziegeln 20 Millionen, das sind 16 Prozent der Erzeugung, an Eternitplatten 300.000 m², das sind 30 Prozent der Gesamterzeugung, an Dachpappe 6 Millionen m², das sind 23 Prozent der Produktion, an Mauerziegeln 60 Millionen Stück, das sind 10 Prozent der Produktion, an Bauholz 150.000 Festmeter, das sind 25 Prozent der Produktion, an Eisen 30.000 t, das sind 15 Prozent, an Zement 75.000 t, das sind 6 Prozent, und an Glas 2.500.000 m², das sind 64 Prozent der Erzeugung.

Mit Ausnahme des Zements, das vom Bundesministerium bisher für das kommende Baujahr voll bewilligt wurde, ist der Gemeinde Wien für keinen einzigen Baustoff eine Bewilligung vom Bundesministerium zugebilligt worden, obwohl mit diesen Materialmengen lediglich 23.000 bewohnte Wohnungen, die in ihrem jetzigen Zustand gefährdet sind, ungefährdet gemacht werden können, 3000 infolge Dachschäden unbewohn-

bare Wohnungen, weitere 3000 Wohnungen, die außer Dachschäden auch andere Bauschäden aufweisen, wieder bewohnbar gemacht werden können und zusätzlich eine Million Quadratmeter Produktionsfläche für die Industrie wieder gewonnen werden könnten. An Neubauten kann die Gemeinde Wien unter diesen Umständen auch im Jahre 1947 nicht denken.

Sie ersuchen daraus, daß Wien in seiner schwierigen Situation keine überspitzten Kalkulationen und Programme aufstellen kann. Es ist vor allem notwendig, daß im kommenden Jahre eine planmäßige Bauwirtschaftung erfolgt und eine gerechte Verteilung der Baumaterialien durchgeführt wird. Um dies zu erreichen, haben wir bereits im Finanzausschuß bei der Beratung des Budgets einen diesbezüglichen Antrag eingebracht.

Über die politischen Gegensätze hinweg wende ich mich insbesondere an die Wiener Abgeordneten des Hohen Hauses und bitte Sie, sich ebenso wie wir für unser schwer leidendes Wien einzusetzen. Wien braucht keinen Vorrang gegenüber den anderen Bundesländern, Wien braucht keine Besserstellung gegenüber den anderen Bundesländern, aber Wien ist durch den unheilvollen Krieg in großer Not, das Wiener Volk erwartet daher von uns Einsicht und Gerechtigkeit. Helfen Sie mit, daß die Minimalforderung Wiens erfüllt werden kann, damit diese Stadt Wien in neuer Pracht und Herrlichkeit ersteht und sich ihres Namens als Bundeshauptstadt würdig erweist. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Springschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Kapitel 21: Bauten, habe ich mich aus dem Grunde zum Wort gemeldet, weil uns Burgenländern so manches am Herzen liegt. Es wird den Damen und Herren des Hauses nicht unbekannt sein, daß in den Jahren 1944 und 1945 ein Ostwallbau durch das Burgenland von Kittsee bis Jennersdorf gezogen wurde. Dieser Bau hat in unserem Lande besondere Schäden verursacht, denn dadurch wurden 1200 ha Grund und Boden verwüstet, so daß nicht weniger als 12.000 q Frucht im Jahre der Ernährung entzogen wurden, die uns heute in unserer Ernährung fehlen. Diese Arbeiten zur Verschüttung der Panzergräben, der Artilleriestellungen, der Laufgräben und so weiter — sogar Straßen wurden zu diesen Artilleriestellungen durch die Felder gebaut — könnten wir heute mit den zur Verfügung stehenden Menschen und Materialien nicht bewerkstelligen. In den Jahren 1944 und 1945 wurden ja aus allen Himmelsrichtungen Arbeiter herangezogen,

um diese Bauten durchzuführen. Wenn wir auch heute über eine solche Arbeiterschaft nicht verfügen, so gibt es doch eine Möglichkeit, diese unbedingt notwendigen Verschüttungsarbeiten zu machen. Mit Schürfraupen und mit Baggern sowie unter Heranziehung von mehreren Firmen könnte man diese Arbeiten durchführen und fertigstellen.

Es mögen doch mehrere Firmen herangezogen werden, damit diese Arbeit, bei der es sich um Hunderttausende von Quadratkilometern handelt, in mindestens 12 bis 15 Monaten fertiggestellt werden kann. Es ist unbedingt notwendig, daß diese Arbeit so rasch als möglich in Angriff genommen wird.

Nun zur zweiten Sache, über die ich sprechen möchte. Die Nazi haben auch so manche Brücke abgetragen und glaubten, dadurch den Feind aufzuhalten. Der Wiederaufbau dieser Brücken ist sehr notwendig.

Zum Wiederaufbau und zum Bauwesen hätte ich noch die Bitte an die zuständigen Ministerien und an das Hohe Haus, daß dem Burgenland anlässlich seines fünfundsingzigjährigen Bestandsjubiläums besondere Zuschüsse für den Wiederaufbau seines Straßennetzes gewährt werden, da das Burgenland eine so schlechte Eisenbahnverbindung, ja fast überhaupt kein Eisenbahnnetz hat. Diese Straßenbauten sind auch aus wirtschaftlichen Gründen sehr notwendig. Es weiß jeder einzelne, daß es im vergangenen Jahr wegen der schlechten Straßenverhältnisse fast nicht möglich gewesen ist, das Obst aus dem Burgenland nach Wien zu transportieren.

Wir haben für den Straßenbau im Burgenland selbst das nötige Material, und es wäre daher ein leichtes, diese Arbeiten durchzuführen, wenn uns die Hilfe des Bundes gewährt würde. Wir können am Pauliberg — was keinem anderen Bundesland möglich ist — auch Basaltschotter gewinnen, der sogar für den Auslandsexport verwendet werden kann.

Wir haben eine schöne Gegend bei Bernstein, wo wir Erholungsheime aufbauen und uns auch für den Fremdenverkehr einrichten könnten. Unweit von Bernstein befindet sich Bad Tatzmannsdorf, ebenfalls ein schöner Ort, der noch ausgebaut werden sollte. Auch hierfür brauchen wir eine besondere Hilfe.

Ich glaube sicher, daß wir Burgenländer Verständnis finden und daß uns zu unserem fünfundsingzigjährigen Jubiläum unter allen Umständen geholfen wird, damit unser schönes Burgenland ausgebaut werden kann. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Obrutschka: Hohes Haus! Für die Förderung des Fremdenverkehrs sind im

Kapitel 20 des Bundesvoranschlages 1947 500.000 S für sachliche Ausgaben vorgesehen. Gegen den finanzgesetzlichen Ansatz 1946, der nur 12.000 S betrug, ist dies zwar eine ganz bemerkenswerte Erhöhung und damit eine wesentlich richtigere Einschätzung der für Österreich entscheidenden Bedeutung des Fremdenverkehrs, doch darf nie vergessen werden, daß im Bundesvoranschlag 1938 der Förderungskredit „Fremdenverkehr“ 17 Millionen Schilling betrug, also mehr als dreimal soviel als heute, daß aber der Fremdenverkehr heute einer noch viel intensiveren Unterstützung bedarf als damals vor neun Jahren.

Was der Fremdenverkehr für Österreich bedeutet, ist uns bekannt. Ich will nur einige wenige Angaben wiederholen: bereits 1924 konnte ein Viertel, im Jahre 1934 aber schon mehr als die Hälfte des Handelspassivums durch die Erträge des Fremdenverkehrs gedeckt werden. Im Jahre 1937 flossen durch den Fremdenverkehr der österreichischen Volkswirtschaft rund 235 Millionen Schilling an Valuten und Devisen zu. In diesem Jahre konnte in Österreich eine Zahl von 6.831.400 Auslandsnchtigungen erzielt werden. Das Gastgewerbe hat im Jahre 1936 allein an Verbrauchssteuern eine Summe von 77 Millionen Schilling eingebracht.

Nach meiner Überzeugung muß gerade auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs mit aller Kraft eingegriffen werden, damit die in der jüngsten Vergangenheit zugefügten Schäden geheilt werden und der Fremdenverkehr wieder seinen früheren hohen Stand erreicht. Wie heute die Hotellerie und das Fremdenbeherbergungsgewerbe dasteht, ist kein Geheimnis. Ein großer Teil der Baulichkeiten ist durch Bomben oder Kampfhandlungen zerstört, das sogenannte kleine Inventar, angefangen vom Geschirr und Besteck bis zur Wäsche und der Einrichtung von Küche und Keller, verloren, es fehlen Gläser, das Hotelsilber und so weiter. Die Kosten der Nachschaffungen werden mit 600 bis 700 Millionen Schilling beziffert.

Aber auch die Gebiete, die von direkten Kriegseinwirkungen, Bombenschäden und Verlusten durch Kampfhandlungen verschont geblieben sind, befinden sich in schwerer Lage. In diesem Zusammenhange möchte ich Salzburg und die beiden Heilbäder Badgastein und Bad Hofgastein als die wichtigsten Kurorte Österreichs dem Hohen Hause vor Augen führen.

Schon während des Krieges folgte Beschlagnahme auf Beschlagnahme, die ehemalige Wehrmacht nahm ein Hotel nach dem anderen für Kriegslazarette in Anspruch, die ehe-

malige NSV richtete in Beherbergungsstätten ihre Betriebe ein, und nach der Befreiung erfolgten durch die Besatzungsbehörden Zwangseinquartierungen und Requirierungen von Inventar und Vorräten. Die früher wunderschönen, den größten Anforderungen entsprechenden Fremdenunterkünfte, Hotels und Kuranstalten sind zum großen Teil nicht mehr zu erkennen, die Einrichtungen fehlen, das Geschirr ist zerbrochen, Vorräte und Einrichtungen beschlagnahmt, und laufende Zwangseinlogierungen haben auf lange Zeit dem Unternehmer die Möglichkeit genommen, sein Haus wieder in Ordnung zu bringen.

Damit wurden nicht nur die Betriebsinhaber, sondern in gleichem Maße die zahlreichen Angestellten und Bediensteten der Hotellerie schwer getroffen. Welche Schwierigkeiten auf diesem Gebiete bestehen, möchte ich nur streifen: Durch Einrückung der heimischen männlichen Bevölkerung mußten die zugewiesenen ausländischen Arbeitskräfte, die sich im übrigen ausgezeichnet bewährt haben, in die Betriebe eingestellt werden. Nach der Befreiung kehrten diese heim, eigener Nachwuchs fehlt, und so ergibt sich das zwingende Muß, einen fachlich auf der Höhe der Zeit stehenden Angestelltenstand der Hotellerie erst heranzubilden. Dies kann erst erfolgen und mit aller Gründlichkeit in praktischer Arbeit durchgeführt werden, wenn die Betriebsstätten freigemacht sind und die Zukunft der Hotellerie sichergestellt erscheint. Dies ist aber dringlich, da die Ausbildung Zeit erfordert und wir doch nächstes Jahr wieder mit internationalem Reise- und Fremdenverkehr rechnen müssen.

Bei diesen aus dem Fremdenverkehr stammenden Devisen- und Valuteneinnahmen handelt es sich um Zugänge an ausländischen Zahlungsmitteln, die fast zur Gänze unmittelbar dem Staate zufließen und nicht, wie es bei Exporten leichter möglich ist, zur Bereicherung und Devisenhortung einzelner führen können. Die Valuten und Devisen werden meist bei Eintritt in das Land in Schilling umgetauscht und zum größten Teil mit inländischen Gegenleistungen befriedigt. Es fehlt im wesentlichen die unliebsame Notwendigkeit, für das erhaltene ausländische Geld Österreich im Kompensationswege auszuverkaufen und unser Land an dringend benötigten Rohstoffen und Waren verarmen zu lassen. Schon deshalb ist gerade der Fremdenverkehr eine Lebensfrage für Österreich, und die Regierung muß alles unternehmen, um diesen Bereich unserer Volkswirtschaft auf die alte Vorkriegshöhe zu bringen.

Aber auch der inländische Fremdenverkehr ist von großer Wichtigkeit für unser Vaterland. Es gibt wohl keine Schicht unseres Volkes, die nicht an Gesundheit und Lebenskraft gelitten hätte. Die schwere Kriegszeit, die furchtbaren Schwierigkeiten in der Ernährung, das Leid, das fast jede Familie getroffen hat, haben an den Nerven und an der Energie jedes einzelnen gezehrt, und der arbeitende Mensch braucht eine Wiederherstellung seiner Schaffenskraft, wenn er den Anforderungen des Wiederaufbaues gerecht werden soll. Dazu sind die Heilbäder und klimatischen Kurorte notwendige Heilbehelfe, besonders für unsere Kinder, an denen sie oft und oft ihre unersetzliche Heilwirkung erwiesen haben. Welche Notwendigkeit sie auch für die Beseitigung der im Kriege erlittenen Körperbeschädigungen sind, ist bekannt. Alle diese für den Staat so wichtigen Momente müssen immer wieder berücksichtigt werden, und ich hoffe, daß im nächsten Jahre auch dieser Posten im Budgetentwurf auf die entsprechende Vorkriegshöhe gesetzt werden kann.

Zur Zeit ist es nicht anders möglich, als mit äußerster Einschränkung die Staatsausgaben anzusetzen, damit wir vor einer Inflation, die auch für das Gaststätten- und Fremdenbeherbergungsgewerbe von den verderblichsten Folgen wäre, bewahrt bleiben. Deshalb will ich nicht gegen die Höhe dieses Voranschlages Stellung nehmen, vielmehr meiner Zustimmung hiefür Ausdruck geben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Minister auf einige das Hotel- und Fremdengewerbe betreffende besonders wichtige Umstände aufmerksam machen: Trotz Not und Entbehrungen haben die Fremdenverkehrszentren Österreichs im Jahre 1946 offenkundige Erfolge erzielt. Vor allem die Salzburger Festspiele. Diesen Salzburger Festspielen muß im österreichischen Fremdenverkehr eine ganz hervorragende Bedeutung beigemessen werden, denn gerade Salzburg als Festspielstadt wird wieder die Gäste aus aller Welt heranziehen und damit für ganz Österreich den internationalen Ruf als Fremdenverkehrsland bringen.

Besonders die Kur- und Heilbäder haben in der Mehrzahl einen Rekord an Übernachtungen und Verabreichung von Heil- und Kurmitteln zu verzeichnen. Trotz der Verkehrsmisere und der unzulänglichen Ernährung ist eine Steigerung der Frequenz festzustellen, was auf das große Heilbedürfnis der geschwächten Generation zurückzuführen ist. Allgemein hat sich in der Saison ergeben, daß die Nachfrage nach Unterkünften

größer war als das Angebot. Dies hat aber seine Ursache auch in der Tatsache, daß ein großer Teil des dem Fremdenverkehr sonst zur Verfügung stehenden Raumes von der Besatzungsbehörde für sich beansprucht oder landfremden displaced persons als Lager oder Wohnstätten zugewiesen wurde.

Ein anderes grundlegendes Problem von entscheidender Bedeutung ist die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil von Hotels und Pensionen zerstört oder baulich derart beschädigt ist, daß den Anforderungen eines internationalen Publikums nicht mehr entsprochen werden kann. Es ist selbstverständlich in erster Linie die Pflicht der Hotellerie, durch eigene Initiative das möglichste daranzusetzen, die Kriegs- und Nachkriegsschäden zu beheben; aber allein sind die Inhaber der Hotels, Kurhäuser, Pensionen und Gaststätten hiezu nicht in der Lage.

Was die ungebetenen Fremden anlangt, die einzelne Kurorte zum Nachteil der Heilung suchenden Menschheit zugewiesen erhalten haben, so ist meines Erachtens darauf zu dringen, daß Flüchtlinge, die sich nicht in die Ordnung Österreichs einfügen und nicht am Wiederaufbau unseres arm gewordenen Staates mitarbeiten wollen, uns nicht das wenige Brot wegessen und die schönsten Kurhäuser beanspruchen sollen. Je eher unsere Kurorte und Heilbäder von diesen unerwünschten Gästen befreit werden, desto eher werden andere Gäste aus Österreich und auswärts wieder Gelegenheit haben, Erholung und Heilung zu finden. Diese Befreiung von unerwünschten Elementen kann aber nur über Intervention der Regierung von der Besatzungsbehörde aus erfolgen.

Die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Betriebe in Österreich muß vorrangig behandelt werden. Die Schwierigkeiten der Material- und Bauarbeiterbeschaffung sind allerdings groß. Auch die bürokratischen Vorfragen zur Erwirkung einer Baubewilligung sind sehr beträchtlich und oft scheinbar unüberwindlich. Der Wiederaufbau der zerstörten Fremdenbetriebe muß gleich nach dem Wohnbauprogramm in Angriff genommen werden, damit auf diese Weise nicht nur zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird, sondern Österreich mit seinem Fremdenverkehr wieder wettbewerbsfähig wird. Dazu ist es erforderlich, daß die notwendigen Bauvorhaben unter Kontrolle gebracht werden und von den zuständigen Stellen, in Salzburg vom Amt für Wiederaufbau bei der Landesregierung, in die Dringlichkeitsstufe II genommen werden. Es müßte eine Weisung herausgegeben werden, daß Bauvorhaben zur Wiederherstellung zerstör-

1114 38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — V. G. P. — 10. Dezember 1946.

ter oder beschädigter Beherbergungsbetriebe besonders dringlich zu behandeln sind.

Auch die Frage der Beschaffung eines allenfalls benötigten Leihkapitals ist brennend. Wie für den Wiederaufbau zerstörter Wohnungen käme auch hier die staatliche Ausfallhaftung, beziehungsweise das Gesetz vom 3. Juli 1946 über die Errichtung einer Kommission zur Lenkung des öffentlichen und privaten Kredits zur Anwendung. Es wird die Hilfe der Kreditlenkungs-kommission angesprochen werden müssen, und diese Hilfe soll im Hinblick auf die eminente Wichtigkeit des Wiederaufbaues rasch und großzügig gewährt werden, selbstverständlich unter Gewährleistung der Sicherheit des in Anspruch genommenen Kredits.

Schließlich muß darauf verwiesen werden, daß die Verteilung von Lebensmitteln, von Wein und Bier in allen Ländern und Teilen Österreichs gerecht vorgenommen werden soll. Als Salzburger bin ich gezwungen, auf Unzukömmlichkeiten in dieser Beziehung aufmerksam zu machen. Nach Kriegsende hat Salzburg von seinen Lebensmittelbeständen den östlichen Ländern abgegeben, desgleichen von seinen Vorräten an Wein und Bier. Jetzt verweigert Wien und das Burgenland die Weinlieferung und verweist auf das viele Bier in Salzburg. Tatsächlich erzeugt Salzburg 10 Prozent, Niederösterreich aber 40 Prozent der Produktion von 1944. Es wird eine gerechte Aufteilung und eine Abkehr von dieser Vergeltungspolitik gefordert. Das Märchen vom goldenen Westen hat sich schon längst in das Gegenteil gewandelt.

Aus den angeführten Gründen bitte ich den Herrn Minister, erstens bei den Besatzungsbehörden zu intervenieren, damit die Zwangseinlogierungen in den österreichischen Kurorten und Heilbädern, in Salzburg vor allem in Badgastein und Bad Hofgastein, beendet werden; zweitens, daß die Einreichung der Bauvorhaben für zerstörte und beschädigte Beherbergungsbetriebe in eine vordringliche Stufe erfolgen soll; drittens, daß bei Inanspruchnahme eines Wiederaufbaukredits durch Übernahme von staatlichen Garantien Kredithilfe gewährt wird, und viertens, daß die Verteilung der Lebensmittel und Getränke, von Wein und Bier an alle Gaststätten in Österreich gerecht durchgeführt wird. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

*

Damit ist die Beratung der Gruppe XI beendet.

Die Verhandlung wird abgebrochen und die nächste Sitzung für Mittwoch, den 11. Dezember 1946, 10 Uhr, einberufen mit der Tagesordnung: Spezialdebatte über die Gruppe XIV: Verkehr, sowie Gruppe IX: Finanzen.

Um 12 Uhr findet die Abstimmung über die erledigten Gruppen statt.

Nach Erledigung der Gruppen XIV und IX erfolgt die Beratung über das Bundesfinanzgesetz und eventuell über andere fertiggestellte Ausschlußberichte.

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 50 Minuten.